neue

Entschließung des SDS-Bundesvorstands / Doppelte Loyalität kontra schlechtes Gewissen / Volkard Mosler — Bedingungen revolutionärer Betriebsarbeit heute / Zdenek Mlynar — Bemerkungen über die Beziehungen sozialistischer Politik und wissenschaftlich-technischer Revolution / Peter Sass — Gesellschaftliche Aspekte der ökonomischen Reformen im sozialistischen Osteuropa / Volkard Mosler — Zur Reaktion der britischen Linken auf Versuche staatlicher „Einkommenspolitik" / Knapp-Schweichel — Neue Hochschulpolitik? / Hartmut Lange — Warum Kulturpolitik? / Reimut Reiche — Wilhelm Reich: Die sexuelle Revolution / Dokumentation

kritik

August 1968 48/49

3		Entschließung des SDS-Bundesvorstands vom 10. August 1968
5	*Bernhard Blanke*	Doppelte Loyalität kontra schlechtes Gewissen
10	*Volkard Mosler*	Bedingungen revolutionärer Betriebsarbeit heute
18	*Zdenek Mlynar*	Bemerkungen über die Beziehungen sozialistischer Politik und wissenschaftlich-technischer Revolution
34	*Peter Sass*	Gesellschaftliche Aspekte der ökonomischen Reformen im sozialistischen Osteuropa
50	*Volkard Mosler*	Zur Reaktion der britischen Linken auf Versuche staatlicher „Einkommenspolitik" (Teil I)
79	*Udo Knapp* *Eike Schweichel*	Neue Hochschulpolitik?
86	*Hartmut Lange*	Warum Kulturpolitik?
92	*Reimut Reiche*	Wilhelm Reich: Die sexuelle Revolution
102	*Dokumentation*	Parlamentarismuskritik — Der Prozeß des SDS gegen die Bundesregierung in der 2. Instanz
		Aufruf zu einem Wahlbündnis für 1969
		Werner Hofmann, Aktions- und Wahlbündnis 1969
		Ein Flugblatt aus Marburg
		Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition, Stellungnahme zu: Entwurf: Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands

NEUE KRITIK - Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik
Nr. 48/49, August 1968, 9. Jahrgang
Herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in Zusammenarbeit mit dem Verlag Neue Kritik KG
Herausgeber: Wolfgang Abendroth, Hans-Jürgen Krahl, Herbert Lederer, Klaus Meschkat, Oskar Negt, Bernd Rabehl, Helmut Schauer, Klaus Vack, Frank Wolff, Karl Dietrich Wolff. Redaktion: Bernhard Blanke, Reimut Reiche, Wolf Rosenbaum, Ursula Schmiederer (verantwortlich)
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
Verlag und Redaktion: 6 Frankfurt 1, Wilhelm-Hauff-Straße 5
Telefon (0611) 778670
NEUE KRITIK erscheint jeden zweiten Monat. Jahresabonnement (6 Ausgaben): DM 18,— zuzüglich DM 1,50 Porto, Einzelheft DM 3,— zuzüglich Porto
Postscheckkonto: Ffm 150774. Dresdner Bank Ffm 282680
Umschlagentwurf: Eberhard Fiebig. Druck: Alfred W. Dunker, Frankfurt/M.

Entschließung des SDS-Bundesvorstandes vom 10. August 1968

5 Genossen * sind während der IX. Weltjugendfestspiele in Sofia wiederholt als Sprecher einer „SDS-Delegation" gegen Initiativen des SDS aufgetreten, obwohl der Bundesvorsitzende sie darauf hingewiesen hatte, daß ein derartiger politischer Anspruch angesichts der Auffassungen der Mehrheit der in Sofia anwesenden Genossen wie auch der Zufälligkeit der politischen Zusammensetzung der SDS-Teilnehmer absurd erscheinen müsse und daß ihre politischen Positionen sich inhaltlich gegen den SDS richteten.

Sie haben insbesondere öffentlich wiederholt die Initiative des SDS zu einer Demonstration vor der US-Botschaft in Sofia als spalterisch diffamiert und die handgreiflichen Aktionen gegen diese Demonstranten für notwendig erklärt und ausdrücklich begrüßt. Sie haben sich an den Aufmärschen der SDAJ und „spontaner bulgarischer Arbeiter" vor der US-Botschaft beteiligt, obwohl diese Aufmärsche mit Brachialgewalt das vom SDS einberufene sit-in auflösen sollten. Sie haben während der anschließenden Diskussion im Arbeitskreis Festival über diese Demonstration zwar bei einer Abstimmung über den Ausschluß des SDS-Bundesvorsitzenden aus dem Teilnehmerkreis sich der Stimme enthalten, jedoch in Diskussionsbeiträgen keinen Zweifel daran gelassen, daß sie diese Maßnahme für gerechtfertigt hielten.

Sie haben in Foren und Kolloquien des Festivals mehrfach erklärt, sich vom SDS-Bundesvorstand nicht repräsentiert zu fühlen, einer erklärte dies sogar unmittelbar nach dem Faschismus-Vorwurf gegen den SDS-Bundesvorsitzenden durch einen bulgarischen Delegierten.

Sie haben beschlossen, sich an einem Empfang der Freien Deutschen Jugend (FDJ) der DDR zu beteiligen, obwohl sie wußten, daß der SDS-Bundesvorsitzende als einziger Teilnehmer aus der BRD „ausgeladen" worden war.

* Die Namen wurden von der Redaktion gestrichen, weil sie für die Auseinandersetzung nicht wichtig sind.

Sie haben nach dem tätlichen Angriff durch bulgarische Polizei in Zivil auf Besucher der chinesischen Botschaft die Erklärung des SDS-Bundesvorsitzenden, demonstrativ der Botschaft einen Besuch machen zu wollen mit einem Flugblatt der „SDS-Delegation" beantwortet, in dem diese Initiative als „billige Provokation" mit der „objektive(n) Wirkung eines ‚Antifestivals' " apostrophiert wurde.

Die Situation des IX. Festivals war geprägt von latenten politischen Differenzen innerhalb der sozialistischen Weltbewegung. Eine rationale Diskussion um diese Differenzen wurde jedoch durch die Festivaladministration zu verhindern versucht. Manipulation von Rednerlisten, Behinderung der Delegation unserer Genossen der Conföderation Iranischer Studenten CISNU, Nichtzulassung der UNEF und Beschlagnahme von CSSR-Material bei ungehinderter Verteilung von regierungsfreundlicher BRD-Propaganda beschrieben die Öffnung des Festivals nach rechts bei Einengung schon der Diskussion unter Sozialisten. Die 5 Genossen haben nicht nur in wesentlichen Fragen (beispielsweise der Kritik an Aspekten der sowjetischen Koexistenzpolitik) mit dem politischen Anspruch einer „SDS-Delegation" mit der Linie des SDS nicht übereinstimmende Auffassungen vertreten, sondern bei ihrer Identifizierung mit der Festivaladministration sogar Brachialgewalt und Polizeieinsatz in Kauf genommen. Der Bundesvorstand des SDS stellt deshalb gegen die 5 Genossen Antrag auf Ausschluß aus dem Verband. Der Bundesvorstand hat sie gemäß § 13a der Bundesausschlußordnung mit sofortiger Wirkung von ihren Mitgliedsrechten suspendiert.

Der Bundesvorstand ist sich bei dieser Entscheidung darüber klar, daß in der antiautoritären Phase des Verbandes derartige organisatorische Maßnahmen der besonderen Begründung bedürfen; das schon, weil von vornherein nicht der Eindruck entstehen darf, als werde in sozialdemokratischer Manier mit mißliebigen Meinungen im „SDS" „abgerechnet". Wir sind aber der Auffassung, daß der Bundesvorstand auf eine nicht bloß politische, sondern handgreifliche Infragestellung der Aktionseinheit im SDS nicht passiv reagieren kann. Das selbstverständliche Recht auf unterschiedliche theoretische Ansätze und Differenzen um Taktik und Strategie kann in einem vielschichtigen Verband wie dem SDS nicht als Möglichkeit zum je möglichen Kampf gegeneinander mißverstanden werden. Den SDS bloß noch als organisatorische Hülle mit gemeinsamen Abziehmaschinen zu begreifen, vernachlässigt den grundlegenden Anspruch sozialistischer Organisation. Der Bundesvorstand hält eine schnelle politische Antwort für erforderlich, gerade um rationalen Argumenten im SDS wieder ihren gebührenden Platz einzuräumen. Eine Suspendie-

rung bedeutet keinen Ausschluß aus dem Verband; der Bundesvorstand beansprucht nicht, sich zum Tribunal für „Wohlverhalten" der Genossen aufzuschwingen. Die Suspendierung beschreibt die Dringlichkeit zur Klärung der politischen Situation, wie sie der Bundesvorstand anstrebt und in die Gruppendiskussion tragen möchte. Der Bundesvorstand bedauert — gerade weil er eine politisch-organisatorische und nicht eine juristische Entscheidung zu fällen hatte — daß ein Mitglied des BV der Sitzung nicht bis zum Schluß beigewohnt hat und in eine inhaltliche Diskussion nicht hat eintreten wollen, weil die Betroffenen bis auf einen nicht anwesend seien.

Doppelte Loyalität kontra schlechtes Gewissen

Ein Kommentar zur Entschließung des Bundesvorstandes des SDS

Der SDS-Bundesvorstand hat am 10. August 1968 einen denkwürdigen Beschluß gefaßt. 5 Mitglieder des Verbandes, Teilnehmer der IX. Weltjugendfestspiele, sind mit sofortiger Wirkung von ihren Mitgliedsrechten suspendiert worden. Der BV hat ihren Ausschluß aus dem Verband beantragt. Angesichts dieses schwerwiegenden Sachverhaltes verwundert die *Begründung*, die der Bundesvorstand für seine Maßnahmen lieferte. Diese Begründung offenbart einerseits ein mehr subjektives Betroffensein, andererseits ein einziges Erschrecken über die möglichen Konsequenzen einer doch als unvermeidlich angesehenen Handlung.

Zunächst fällt auf, wie *formal* der BV argumentiert. Man vergleiche zu diesem Zweck die Resolution des Berliner Landesverbandes zur Suspendierung der „Kommune" *. Wird dort der Ausschluß damit begründet, daß Auseinandersetzungen nur dann eine treibende Kraft sein können, wenn in ihrem Zentrum die demokratische, rationale Diskussion und die Spontaneität und Selbsttätigkeit der SDS-Genossen steht, *gerade deshalb* aber sich eine bloß *taktisch-administrative Ausnutzung* dieser Offenheit und dieses administrativen Defizits von selbst verbietet, dann gilt

* abgedruckt in: nk 41, S. 14 ff.

diese präzise Begründung ebenfalls für den jetzigen Beschluß des Bundesvorstandes. Schon bei jener zum Ausschluß führenden Aktion der „Kommune" zeigte sich, worin solche taktisch-administrative Ausnutzung der diskutierenden Offenheit des SDS bestehen kann: nämlich in einer „spontanen" Provokation der den SDS bekämpfenden Bürokratien zu einer Konteraktion, welche den SDS in eine *Situation* zwingt, die er sich nicht selbst aufgrund rationaler Erörterung der Lage und planmäßiger Bereitstellung von Konzeptionen und taktischen Mitteln ausgesucht hat. Diese „Politik der vollendeten Tatsachen" ist eine zwielichtige Form von *doppelter Loyalität*. Was sich als Selbsttätigkeit und Spontaneität tarnt, entpuppt sich als Auslieferung an jene Bürokratien, die Selbsttätigkeit überall verhindern.

Immer wieder haben bürokratische Geister auf diese Politik der vollendeten Tatsachen mit dem Verdacht reagiert, es handele sich bei ihren Urhebern um *agents provocateurs*, wenngleich sie solche Behauptungen gern in die Pseudodialektik eines „subjektiven Wollens" und einer „objektiven Wirkung" zu kleiden geneigt waren. Dieser Weg ist gefährlich: einmal wird aus dem Spielchen mit subjektiv-objektiv schnell jene hinlänglich bekannte Dialektik als administratives Mittel zur Bekämpfung unliebsamer *politischer* Gegner, insbesondere in Situationen, in denen bürokratisch handelnde Verfechter dieses Spiels nur noch *Macht* anstelle von *Diskussion* und *Programm* einzusetzen in der Lage sind. Zum anderen unterstellt diese Argumentation denjenigen, die sie vertreten, daß sie tatsächlich in der Lage sind, als historisches Subjekt der Revolution zu sprechen, von dessen Warte allein eine Unterscheidung in subjektiv und objektiv revolutionär oder konterrevolutionär möglich ist. Aber selbst hier ist noch eine wichtige Unterscheidung am Platz: es ist etwas grundsätzlich anderes, ob eine Partei oder eine Grupppe, die über *Machtmittel* verfügt, solche Differenzierung in subjektiv und objektiv trifft, und eben zugleich in der Lage ist, aus dem *theoretischen Urteil* eine *administrative Verfolgung* zu machen, oder ob sie von jemandem getroffen wird, der entweder nicht in der Lage ist, aus einer möglichen falschen Theorie eine *irreversible* Verfolgung werden zu lassen (der gegenüber „Rehabilitierung" ein schwacher später Trost ist), oder der in klarer historischer Verantwortung einen bewußten, wirksamen Trennungsstrich zwischen Urteil und Verfolgung zieht.

Man sieht, ohne eine jeweils eindeutige Klärung der objektiven Situation, i. e. der Lage der revolutionären Bewegung, ihrer Kräfte und derjenigen der Gegner, führt die Berufung auf objektiv-subjektiv unweigerlich zu der einen oder anderen Art von *Dogmatismus*. Der Bundesvorstand hat

deshalb völlig zu Recht auf die naheliegende Retourkutsche verzichtet, den Fünf etwas vorzuwerfen, was diese selbst gegen ihn zu Felde führten, nämlich irgendeine „objektive Wirkung". Zugleich jedoch ist seine Begründung denkbar schwach und offenbart eine unbewußte Form von *Dogmatismus:*

1. den Satz von der „Gefahr sozialdemakratischer Manier";
2. den Satz von der „antiautoritären Phase des Verbandes", in welcher „derartige Maßnahmen der *besonderen* Begründung" bedürfen (solche Maßnahmen bedürfen immer der besonderen Begründung);
3. den Satz von der bestimmenden Funktion „handgreiflicher" Maßnahmen (eine Reproduktion jener längst überfälligen Polizeifixierung);
4. die Betonung eines nicht näher explizierten „grundlegenden Anspruchs" sozialistischer Organisation, der mehr sei als die Interpretation des SDS „als organisatorische Hülle mit gemeinsamen Abziehmaschinen".

Der letzte Punkt hat zwar das bedingte Recht eines geplagten Bundesvorstandes für sich, der in einer Phase der Erprobung und Herausentwicklung neuer Organisationsformen oft nicht mehr war als *technische* Zentrale, ohne daß wenigstens dieser technische Aspekt sinnvoll gefaßt werden konnte, etwa als „Schaltstelle" der internen Verbandsöffentlichkeit, als Informationszentrale. Aber beim Tatbestand, für den diese Formulierung gewählt wurde, ist das Argument denkbar falsch am Platze. Zweifelsohne handelt es sich bei den Fünf um Vertreter einer „Fraktion", die sich selbst kaum scheuen würde, den SDS als mehr zu begreifen, denn als *„Abziehmaschine"*, vielmehr dem SDS — erhielte sie die Mehrheit auf einer DK und damit den Bundesvorstand — ihr *administratives* Konzept aufzwingen würde. Genau dieses administrative Verhalten läßt sich aus jenem Tatbestand entwickeln, welcher in Punkt 3 als „handgreifliche Infragestellung der Aktionseinheit im SDS" formuliert wurde.

Analysieren wir die Lage vor der US-Botschaft in Sofia, so entdecken wir jene schon zitierte zwielichtige *doppelte Loyalität.* Daß der Vietnam-Krieg der adäquate Ausdruck des amerikanischen Imperialismus ist, darüber sollte im SDS kein Zweifel mehr bestehen. Daß sich jedes Verhalten dem amerikanischen Imperialismus gegenüber an der Einschätzung dieses Krieges und seiner Beendigungsmöglichkeiten nach der Seite der Revolution oder der Konterrevolution hin entscheidet, darüber sollte kein Zweifel mehr bestehen, seitdem die Losung des SDS „Sieg der vietnamesischen Revolution" die pazifistisch-reformistische Losung „Frieden in Vietnam" endgültig überwunden hat. Über den Wert oder Unwert der Koexistenzpolitik ist noch lange nicht jener Konsensus im Verband erreicht, der eine Linie behauptbar machen würde. Aber festzuhalten ist, daß in die-

sem SDS für eine bloß *taktische Subsumtion* des Vietnam-Konfliktes unter eine wie immer geartete „Gesamtstrategie" der sozialistischen Weltbewegung kein Platz mehr ist. Man sollte deshalb ganz klar den Streitpunkt benennen, vor allem festhalten, daß es eine völlige *Umkehrung* Marxscher und Leninscher Dialektik darstellt, eine mögliche *Diskrepanz* zwischen der Erkenntnis des *höchsten Ausdruckes des Imperialismus* (Vietnam-Krieg) und der mangelnden Analyse der vielfältigen Vermittlungen, Fraktionen, Eingriffsmöglichkeiten *innerhalb* des imperialistischen Systems nach der Seite der *abstrakten Totalität*, i. e. einer möglicherweise falschen Koexistenzpolitik hin entscheiden zu wollen. Damit wird das *klare Faktum* einem sich *verselbständigenden Verum* subsumiert, Politik dogmatisiert und die Entscheidung darüber, ob der oder jener Anlaß „handlungs- oder aktionswürdig" sei, den Repräsentanten der abstrakten Totalität überantwortet.

Die antiautoritäre Phase des SDS bezeichnet aber gerade den Übergang von einer bürokratisch gehandhabten Politik zu marxistischer Praxis, die dem zitierten dialektischen Prinzip folgt. Ihre Erfolge, d. h. die Gewinnung einer immer breiter werdenden revolutionären Basis, verdankt sie dieser den gesellschaftlichen Widersprüchen adäquaten Praxis. Wehrt hier der SDS mit Recht alle verdinglichten Ansprüche nach *totalen* Konzepten ab und betont theoretisch wie praktisch die konkreten Widersprüche und Eingriffsmöglichkeiten, aus deren *Aktualisierung* sich erst jene revolutionäre Klasse entwickeln kann, die nach dogmatischer Ansicht objektiv da, aber subjektiv nicht entwickelt sei, so wehrt sich der SDS zugleich mit Recht gegen seine eigene *Subsumtion* unter eine sozialistische „Gesamtstrategie", welche mit historischem Rechtsanspruch auftritt, der sowohl verdinglicht wie zweifelhaft geworden ist. Auch das „Vaterland aller Werktätigen" muß es sich endlich gefallen lassen, daß seine Politik innerhalb der sozialistischen Weltbewegung in Frage gestellt wird. Es muß sich insbesondere gefallen lassen, daß seine Presse, seine Administration, seine Partei *keine ewig gültige Kompetenzvermutung* auf ihrer Seite haben. Denn das Verlangen nach Anerkennung dieser Kompetenzvermutung (i. e. Suprematie) muß vor allem *dann* zurückgewiesen werden, wenn es sich unter dem Deckmantel der „inneren Angelegenheiten" davor schützt, daß irgendwelche *diplomatischen* Beziehungen im Interesse der *Revolution* getrübt werden.

Auch das große sozialistische Lager ist nur *eine* Fraktion der revolutionären Weltbewegung, sicherlich die größte, sicherlich nicht die revolutionärste. Gleich, wie man es von sozialistischer Seite her einschätzt, diese Fraktion kann nicht andere Fraktionen dominieren wollen, auch wenn sie

noch so klein sind, wie etwa der SDS. *Jede* Politik, die dazu beiträgt, daß das in der KPdSU und anderen kommunistischen Parteien geltende *Fraktionsverbot* auf die internationale Ebene übertragen wird, die innersozialistische Diskussion, die Widersprüche im sozialistischen Lager abgewürgt werden, verstößt nicht nur gegen „Prinzipien", sondern verhindert, daß die marxistisch-leninistische, revolutionäre Methode von Diskussion und Praxis und der Lösung von Widersprüchen ihre volle Kraft entfalten kann. Jede Politik, die so zu *administrativer* Abwürgung sozialistischer Praxis führt, vertritt im SDS eine doppelte Loyalität: zum Verband einerseits, zu einer verbandsexternen „Gesamtstrategie" andererseits, würgt die Voraussetzung ihrer eigenen Existenz im Verband selber ab, die Möglichkeiten der Fraktionsbildung, der innerverbandlichen Widersprüche und Diskussionen, kann also nur als *Pervertierung der innerverbandlichen Solidarität* interpretiert werden. Diese Solidarität ist allein unter Bedingungen möglich, in denen garantiert ist, daß die Offenheit, das organisatorische Defizit nicht manipulativ-administrativ genutzt werden.

Diese Thesen wären m. E. die *besondere* Begründung gewesen, die zur Suspendierung der Mitgliedsrechte der Fünf hätten angeführt werden müssen. Der Bundesvorstand hätte sich sein schlechtes Gewissen sparen können, möglicherweise in sozialdemokratischer Manier gehandelt zu haben. Indem er demonstriert, daß jeder, der das organisatorische Defizit des Verbandes dazu ausnutzt, dem Verband direkt oder auf dem Umweg über befreundete Administrationen inoffiziell eine für *andere* als für die SDS-Mitglieder *kalkulierbare* Struktur einzuziehen, die Bedingungen revolutionärer Aktivität unter den gegenwärtigen Umständen zerstört und deshalb ausgeschlossen werden muß. Man sollte sich nicht von den Geistern des „Anarchismus", des „Abenteurertums" schrecken lassen. Sind die Erfolge der „antiautoritären" Bewegung unter den spätkapitalistischen Bedingungen der Bundesrepublik gerade darin zu sehen, daß sie aus Mangel an Rücksichtnahme auf die Kalkulierbarkeit ihrer Praxis, selber für jeden bürokratisch verfahrenden Gegner gefährlich unkalkulierbar wurde, so ist das Maß an innerverbandlicher Offenheit gerade der *objektiv mögliche und nötige Spielraum* für unmittelbare Befreiung zu revolutionärer Praxis. Tut sie diesen jeweils der Entwicklungsstufe des Kampfes entsprechenden Schritt der „Kulturrevolution", i. e. unmittelbar möglicher Befreiung nicht *vor* jeder *effektiven Organisierung*, so kann sie nur die bürokratischen Strukturen der Gesellschaft reproduzieren, die sie bekämpft.

Bernhard Blanke

Volkard Mosler

Bedingungen revolutionärer Betriebsarbeit heute*

I

Die bisherige Ablehnung der Mehrheit des SDS, sich linken Wahlkartellen anzuschließen, und ihr mehr oder weniger instinktiver Drang zum Betrieb als dem Ausgangspunkt einer politischen Arbeiterbewegung ist aus folgenden Gründen richtig:

1. Dem Großbetrieb kommt heute eine wesentlich größere Rolle in ökonomischen und potentiell auch in politischen Kämpfen zu als vor und nach dem Ersten Weltkrieg.

2. Der wachsenden sozialpolitischen Bedeutung des Großbetriebes entspricht ein Funktionsverlust des Parlaments und auch, wie ich versuchen werde zu zeigen, der parlamentaristisch-reformistischen sozialdemokratischen Parteien. Gleichzeitig zeichnet sich ein Funktionswandel und Prestigeverlust der zentralen Gewerkschaftsbürokratien unter den Zwängen und Auswirkungen einer an Schärfe zunehmenden staatlichen Einkommensplanung ab, wie seit einigen Jahren in allen westeuropäischen Ländern zu beobachten ist.

3. In allen westeuropäischen Ländern haben die betrieblichen Interessenvertretungen der Arbeiter, in England die shop-stewards, die Fabrikkomitees in Frankreich und die Betriebsräte und leider in geringerem Maße auch die Vertrauensleute in Deutschland sozialpolitisch an Bedeutung gewonnen. Überspitzt könnte man sagen, der Betriebsrat eines Riesenkonzerns wie VW oder Höchst hat den sozialdemokratischen Abgeordneten der Kaiserzeit oder der Weimarer Republik als „den" Interessenvertreter der Arbeiterschaft verdrängt. Der sozialdemokratische Abgeordnete bedeutet der Masse der Arbeiterschaft heute nichts mehr. Das gilt für die verknöcherten Überreste des alten „linken" Reformismus (etwa des Linken Flügels der parlamentarischen Labour-Party in England) ebenso wie

* Die nicht direkt auf Deutschland bezogenen allgemeinen Thesen zum Funktionswandel des Parlaments und der reformistischen Arbeiterparteien, sowie zum Verhältnis Gewerkschaftsbürokratie und betriebliche Interessenvertretung stützen sich stark auf das in diesem Jahr erschienene Buch von Michael Kidron, Western Capitalism Since the War, Weidenfeld and Nicholson, London 1968. Dieses Buch wird demnächst im Scherz-Verlag auch auf deutsch erscheinen.

für die zum Stimmvieh degradierten Parlamentarier der SPD nach Godesberg. Ich würde sogar sagen, daß die Reste des traditionellen linken Reformismus durch diese Entwicklung noch härter getroffen wurden als die Teile der sozialdemokratischen Bewegung, die sich zu technokratischen Reformparteien des Kapitalismus weiterentwickelt haben.

Die gestiegene sozialpolitische Bedeutung des Großbetriebs erwächst aus zwei Ursachen:

1. der ungeheuren Konzentration des Kapitals zu immer riesigeren und wenigeren Unternehmenseinheiten und
2. der relativen Arbeitskräfteknapppheit seit dem 2. Weltkrieg.

Es geht hier nicht darum, diesen Konzentrationsprozeß empirisch in seinem vollen Ausmaß nachzuweisen. Wichtig ist aber, daß dem typischen und dominierenden Unternehmen heute an Größe und damit auch an politischer Bedeutung eine ganz andere Dimension zukommt als dem typischen Einmannbetrieb des 19. Jahrhunderts, aber auch wie der Aktiengesellschaft Anfang des 20. Jahrhunderts. Der typische Kapitalist des 19. Jahrhunderts verfügte über relativ geringe Kapitalreserven und befand sich im eigenen Land in einer weit schärferen Wettbewerbsposition als der typische Kapitalist heute. Wenn der Kapitalist des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts der Arbeiterklasse Sozialreformen konzedierte, dann meist nur unter der Bedingung, daß seine Konkurrenten ebenso belastet würden wie er. Sozialreformen wurden daher vorwiegend zentral und indirekt über die Abgeordneten im Parlament durchgesetzt. Zwar gab es in den fünfziger Jahren unter Adenauer noch einmal einen Schub parlamentarischer Sozialreformen, aber diese zentralen Reformen werden immer mehr unterhöhlt und verdrängt durch betriebliche Sozialfürsorge (vergl. unten). Das Management von Industriegiganten wie etwa VW, ICI, Renault oder Höchst und deren Belegschaften handeln Reformen kaum mehr über den Staat bzw. die Abgeordneten aus, sondern vorwiegend über shop-stewards, Fabrikkomitees und Betriebsräte. Gemeint sind die betrieblichen Sozialreformen „von der Wiege bis zur Bahre": betriebliche Altersrenten, Gratifikationen, Urlaubsvergütungen, Weihnachtsgelder, Heiratsgelder usw. sind zwar nicht über alle Industriezweige gleichmäßig verteilt, haben aber für den deutschen Arbeiter immer größere Bedeutung. Gleichzeitig ist zu beobachten, daß die zunächst scheinbar freiwillig gegebenen betrieblichen Sozialreformen immer mehr Gegenstand kollektiver, tarifähnlicher Auseinandersetzungen werden.

Die Konzentrationsbewegung des Kapitals und die anhaltende Arbeitskräfteknappheit haben dazu geführt, daß der Staat sein Monopol als Träger von wichtigen Sozialreformen verloren hat. Solange fachlich quali-

fizierte Arbeitskräfte knapp sind, besteht beim finanzkräftigen Großunternehmen absolut kein Interesse, Sozialbeiträge für staatliche Sozialeinrichtungen abzugeben. Sozialreformen sollen dazu dienen, die knappen Arbeitskräfte an den Betrieb zu binden. Diese betrieblichen Sozialreformen machen heute nach Schätzungen von Sozialstatistiken etwa 10 % des Gesamtlohnes aus.

Die gleichen Ursachen, die für die Dezentralisierung von Sozialreformen verantwortlich sind, haben auch zu einer Dezentralisierung der Lohnbewegung geführt. Zwar ist das Aushandeln von zentralen Minimallöhnen durch die Gewerkschaftsorganisationen weiterhin bedeutsam. Aber auf der anderen Seite gibt es seit dem 2. Weltkrieg zusätzlich Verhandlungen auf betrieblicher Ebene. Das Ergebnis ist die sogenannte Lohndrift als Unterschied zwischen den zentralen von den Gewerkschaften ausgehandelten Tarifen und den lokalen Effektivlöhnen. Heute beträgt diese Drift oft über 30 %. Der durchschnittliche Metallarbeiter hat einen Stundenlohn von ca. DM 5,—, sein Tariflohn liegt bei DM 3,50 oder DM 3,00. In den Wachstumsbranchen beträgt diese Drift bis zu 50 % des Gesamtlohnes! Diese Dezentralisierung bei der Gewinnung von Sozialreformen hat tiefgreifende Veränderungen im Muster des Klassenkampfes hinterlassen.

II

Die Umformung der reformistischen Arbeiterparteien alten Stils in Reformparteien des Kapitalismus läßt sich in allen westeuropäischen Ländern verfolgen: Die alten sozialdemokratischen Massenparteien, in denen die Masse der Mitglieder sich aktiv betätigte (wenn auch oft nur in Freizeitvereinigungen), die eine eigene Subkultur entwickelten, haben sich zu staatsfinanzierten Wählerparteien gemausert, die keine bewußte, aktive Mitgliedschaft mehr brauchen können, sondern nur noch eine Wahl- und Werbemaschinerie zur Mobilisierung von Wählerstimmen. Im Ideologischen verband sich dieser Wandel mit der „Befreiung" von Dogmen und „marxistischem Ballast" aller Art. Am plötzlichsten vollzog sich dieser Wandel in Deutschland. 1959 in Bad Godesberg wurde der entscheidende Sprung von Schuhmachers Sozialistischer Volkspartei zum heutigen Keynesianismus Schillers getan. In Italien hat es vier Kongresse der PSI gedauert, nämlich von 1959 bis 1965, bis Nenni den Sprung zur linken Mitte geschafft hat (nicht ohne Opfer); 1966 hat dieser Prozeß in der Wiedervereinigung mit den Sozialdemokraten seinen Abschluß gefunden. In Schweden war das schon 1944 passiert, in Österreich 1956, in Belgien 1950. In England hatte Gaitskell den Sprung schon 1961 einmal versucht, war aber zunächst gescheitert. Erst unter dem „Technokraten"

Wilson fand der Funktionswandel einen gewissen, wenn auch nicht endgültigen Abschluß.

Mehr als die rechten sozialdemokratischen Parteien haben die Reste des traditionellen linken Reformismus gelitten. Der Ruf der „Linken" nach echten Struktur- und Sozialreformen, der gerichtet ist an den Staat, bzw. an das Parlament, dokumentiert das tragische Festhalten dieser Strömungen am Parlament als einer Institution des sozialen Wandels.

Zwar können diese linken Sozialdemokraten (linker Labourflügel in England, PSU in Frankreich, PSIUP in Italien, Linkssozialisten in Skandinavien) unter Umständen Wahlerfolge erzielen (ebenso wie die rechten Sozialdemokraten!), aber das ändert nichts an der politischen Ohnmacht und Isolierung von den tatsächlichen Klassenkämpfen. Wichtig ist, daß es eine Lockerung zwischen Mitgliedsbasis und Parteiapparat gibt. Exemplarisch ließe sich das am linken Labourflügel zeigen, der völlig konzeptionslos und ohnmächtig dem zuschauen muß, was in Wilsons Kabinett entschieden wird. Zwar kommt es gelegentlich zu verbalen Protesten, aber der Gedanke einer konservativen Regierung an Stelle der herrschenden Labourregierung genügt, alle Revolten im Keim zu ersticken. Der linke Labourabgeordnete hat auch in seinem Wahlkreis keine Verbindung zur wirklichen Arbeiterbewegung. Für die SPD und ihre Linke gilt dasselbe. Die Umfunktionierung dieser Parteien von Mitglieds- zu Wählerparteien, ihre Entfunktionalisierung als wie auch immer verrottete Interessenvertretung der Arbeiter, macht alle entristischen Positionen in dieser Partei meiner Ansicht nach gegenstandslos. Positionen, wie sie etwa vom „expreß international" oder von der Guppe um Peter von Oertzen in Hannover vertreten werden, gehen von Voraussetzungen aus, die heute nicht mehr bestehen. Nach dieser Strategie würden bei einer Verschärfung der Klassenkonflikte die wichtigsten politischen Risse in der SPD auftreten. Aufgabe von Marxisten ist es danach, an jener Stelle zu operieren, wo sozialdemokratische Mitgliedermassen in Konflikt mit ihrer Führung geraten. Aber die Tendenz in den „reformierten" sozialdemokratischen Parteien geht nicht in Richtung „Revolte", sondern Resignation.

Ein anderes Ergebnis dieses Funktionswandels ist die Lockerung des Verhältnisses von Partei und Gewerkschaft gewesen. Das gilt nicht nur für die deutschen Gewerkschaften, sondern auch für die italienischen und französischen kommunistischen Gewerkschaften und für die Trade Unions in England. Gleichzeitig vollzieht sich ein umgekehrter Prozeß. Waren bisher die sozialdemokratischen Parteien Sprachrohre der Gewerkschaften im Parlament, so versuchen seit einigen Jahren die regierungsfähig gewordenen Sozialdemokraten die Gewerkschaften zu beeinflussen und zu

disziplinieren. So schrieb der „Industriekurier" im Februar 1967: „Die engen Verbindungen zwischen SPD und den Gewerkschaften, die bisher als Einfluß der Gewerkschaften auf die Sozialpolitik der SPD in Erscheinung traten, müssen jetzt umgekehrt die Einflußnahme der SPD auf die Gewerkschaftsführer ermöglichen."

Die Umfunktionalisierung der Sozialdemokratischen Parteien wurde notwendig zu einem neuen Experiment; Staatliche Einkommenspolitik hat in allen westeuropäischen Ländern über die letzten zehn Jahre immer schärfere Umrisse angenommen. Für eine zentrale „Einkommensplanung" — solange diese von der „freiwilligen" Mitarbeit der Gewerkschaften abhängig bleibt — bedarf es der Beteiligung sozialdemokratischer Parteien an der Regierung. Diese Experimente mit der staatlichen Einkommensplanung haben angefangen in Holland in den fünfziger Jahren, in England seit 1958, in Österreich seit 1957, in Deutschland erst in den letzten beiden Jahren im Rahmen der „Konzertierten Aktion", in Italien gab es Ansätze seit 1965. Wesentlich ist, daß fast gleichzeitig die sozialdemokratischen Parteien in die Regierung aufgenommen wurden, sei es in Große Koalitionen, sei es auch allein wie in England. Staatliche Lohnkostenplanung getarnt als Einkommensplanung zu Beginn der sechziger Jahre spiegelt meines Erachtens das Bedürfnis des westeuropäischen Kapitalismus wieder, angesichts einer sich latent verschärfende Konkurrenz auf den internationalen Märkten, Inflationsraten auf nationaler Ebene nicht mehr durch einfache Fiskalpolitik in Form von Deflationspolitik einzudämmen, sondern durch direkte Kontrolle besser zu managen, weil eben jede Deflationspolitik den Nachteil wirtschaftlicher Stagnation zunächst mit sich bringt, während bei erfolgreicher Einkommenspolitik die Inflationsraten ohne diesen Nachteil nach unten korrigiert werden sollen.

III

Die Aufnahme der sozialdemokratischen Parteien in die Regierungen hat in den meisten Fällen paradoxer Weise gerade auf einer anderen Ebene den politischen Konsensus gefährdet, der zur Durchführung eben dieser staatlichen Einkommensplanung absolut notwendig ist. In dem Maße nämlich, wie es gelingt die Gewerkschaftszentralen zu disziplinieren, und zu lohnpolitischer Zurückhaltung zu bewegen, wächst die Bedeutung der untersten Interessenvertretung der Arbeiter auf Betriebsebene. Die Arbeiter nützen ihre noch vorhandenen Marktchancen, indem sie sich an betriebliche Interessenvertretungen wenden. Das ist der objektive Hintergrund auf dem die shop-stewards in Großbritannien eine so große Bedeutung gewonnen haben. In Deutschland sieht die Sache etwas anders aus.

Wenn es Schiller gelingen sollte, die Gewerkschaftszentralen im Rahmen

der Konzertierten Aktion auch in der Aufschwungphase zu relativer lohnpolitischer Zurückhaltung zu bewegen, dann verlieren die Arbeiter in gleichem Maße das Interesse an diesen Gewerkschaftszentralen und werden sich dem nächstbesten Vertreter, hauptsächlich der betrieblichen Interessenvertretung zuwenden.

Deutschland ist in vieler Hinsicht als Sonderfall zu bezeichnen: im Gegensatz zu England hat nämlich der Bedeutungsgewinn des Großbetriebs bisher nicht zur Herausbildung radikaler Interessenvertretungen auf dieser Ebene geführt. Ich habe vorhin schon auf die shop-stewards in England und die Fabrikkomitees in Frankreich hingewiesen. Diese betrieblichen Interessenvertretungen sind der natürliche Ausdruck der oben geschilderten Machtverlagerungen. In Westdeutschland ist es den Unternehmern vor allem durch das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 gelungen, eine wesentliche Bresche in jede zukünftige deutsche Arbeiterbewegung zu schlagen, indem sie nämlich den Betriebsrat als den natürlichen Repräsentanten dieser Machtveränderung integriert haben und als radikalen Interessenvertreter der Belegschaften ausgeschaltet haben. Wo die Betriebsräte in diesem Sinn ausgeschaltet wurden, haben sich oft Vertrauensleutekörper herausgebildet, die aber eben doch meist noch im Windschatten der Betriebsräte stehen. Die Vertrauensleute sind bisher zwischen diesen beiden Polen, den Betriebsräten und den Gewerkschaftszentralen zu keiner vollen Entfaltung gekommen.

Die zweite Ursache warum sich in Deutschland keine radikale betriebliche Interessenvertretung herausgebildet hat, liegt meines Erachtens darin, daß die betrieblichen Konzessionen aufgrund der günstigen Wettbewerbsposition des westdeutschen Kapitalismus und der relativ höheren Wachstumsraten zum großen Teil kampflos gewonnen werden konnten, während etwa in England aufgrund bestimmter ökonomischer Schwierigkeiten, es dazu immer des ständigen organisierten Drucks auf Betriebsebene bedurfte. Deshalb sind die shop-stewards Kampforganisationen.

Politische Betriebsarbeit trifft in der ersten Phase meines Erachtens weniger auf den Widerstand der Gewerkschaftsbürokratien als auf die Macht alteingesessener Betriebsräte, die über die Belegschaft und mögliche politische Verschiebungen im Betrieb strengstens wachen und neuen Tendenzen mit allen Mitteln entgegentreten werden. Das Ansehen und die Macht der Betriebsräte stammt hauptsächlich aus ihrem falschen Anspruch, es sei ihr persönlich geschicktes Taktieren gegenüber der Unternehmensleitung, dem die übertariflichen Zusatzleitungen etc. zu verdanken sind. Die Betriebsräte haben sich in der Vergangenheit erfolgreich gegen jede Einmischung in diese „ihre" Domäne seitens der Gewerkschaften oder

auch seitens rivalisierender Gruppen innerhalb des Betriebes gewehrt. Am Beispiel der Altersrenten soll dieses Prestige der Betriebsräte noch einmal ganz kurz erläutert werden. Während die staatlichen Altersrenten immer mehr ausgehöhlt werden, gewinnen die betrieblichen Pensionskassen eine immer größere Bedeutung. Die vorgeschriebene Anpassung der gesetzlichen Altersrenten an die gestiegenen Löhne wies 1966 eine Lücke von 38 % auf, so daß die staatlichen Altersrenten heute — im Durchschnitt — nur 45 statt wie ursprünglich vorgesehen 70 % des letzten Gehaltes bzw. Lohnes ausmacht. Die Kürzung der Renten um 2 % im letzten Jahr durch den Abzug von Krankenkassenbeiträgen und die Zurückhaltung der staatlichen Pflichtbeiträge für die Rentenkassen haben diese Aushöhlung im letzten Jahr verschärft. Der Großangriff wird durch die Stimmungsmache gegen den „Rentenberg" langsam psychologisch vorbereitet. Gleichzeitig haben die privaten betrieblichen Pensionskassen immer mehr an Bedeutung gewonnen. Schon heute sind 60 % der Lohnabhängigen in Werkspensionen erfaßt. Die meisten dieser Werkspensionen sind in keiner Weise abgesichert und können gerade in den Betrieben am leichtesten gekürzt werden, in denen die Macht des Betriebsrates ausschließlich auf dem Wohlwollen und gute Einverständnis mit der Betriebsleitung fußt. Die gleiche Tendenz läßt sich übrigens auch für die Krankenversorgung beobachten. Diese Tendenzen beweisen die These, daß staatliche Sozialreformen immer mehr ausgehöhlt werden und zwar auf Betreiben der Monopole, die es vorziehen, solche Reformen in eigener Regie zu übernehmen, um so einmal knappe Arbeitskräfte zu binden, zum anderen aber, um die einmal gewährten Reformen wenn nötig leichter abstoßen zu können.

Die Popularität der Betriebsräte fußt auf diesem Zusammenhang. So waren nach einer Meinungsumfrage (1967) in den Höchster Farbwerken 41 % Arbeitnehmer der Meinung, die Arbeit des Betriebsrates sei erfolgreich. 47 % der Befragten erklärten, sie seien zufrieden, aber nur 31 bekannten sich zu einer engen Bindung an die Gewerkschaften. Höchst ist zwar ein Extremfall, aber der Betrieb zeigt einige Tendenzen, die es überall gibt. Die Gewerkschaft ist am Arbeitsplatz nicht stark genug verankert, der einzige Sprecher der Belegschaft ist der Betriebsrat, und auch der Vertrauensleutekörper wird im großen und ganzen von ihm kontrolliert. Die Verankerung einer politischen Betriebsgruppe kann also nur in der ständigen Auseinandersetzung mit der Politik solcher Betriebsräte erfolgen. Die Chancen dazu waren gerade in den letzten beiden Jahren äußerst günstig, da zum ersten Mal klar wurde, daß die Betriebsräte keine Garanten der betrieblichen Zusatzleistungen waren.

Eine Repräsentativumfrage der Wickert-Institute bei 1378 Betriebsräten aller Branchen im Bundesgebiet ergab, daß 91 % der befragten Betriebsräte die Sicherung des Arbeitsplatzes vor die Sicherung der Sozialleistungen stellten. Ein typisches Arbeitgeberargument zur Begründung von Kürzungen im letzten Jahr!

Der Industriekurier vom 13. 7. 67 berichtete daraufhin erfreut, die Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Betriebsleitung klappe offenbar in den letzten Monaten ausgezeichnet, denn 86 % der Arbeitnehmer sagten aus, betriebliche Sparmaßnahmen seien abgesprochen worden, 69 % der Betroffenen äußerten die Ansicht, daß diese im Betrieb getroffenen „Sparmaßnahmen" von der Auftrags- und Ertragslage her gerechtfertigt waren, 82 % sind der Ansicht, daß sich durch solche Maßnahmen Entlassungen vermeiden lassen. Soviel zu dieser Umfrage. Aufgabe von politischen Betriebsgruppen wäre in dieser Situation gewesen, überall dort wo Kürzungen vorgenommen wurden, Gegenpropaganda und Abwehraktionen anzuregen.

Aber auch bei Tarifverhandlungen der Gewerkschaftszentralen und gegen das Maßhalten in der Konzertierten Aktion müßte propagandistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit betrieben werden. Vor allem müßte in der Aktion und der Propaganda der allgemeine wirtschaftliche und politische Hintergrund der betrieblichen und überbetrieblichen Konflikte aufgezeigt werden.

IV

Sozialistische Arbeiterpolitik muß in den Großbetrieben *ansetzen*. Erst in dem Maße wie sich politische Kader im Tageskampf legitimieren, können sie auch damit rechnen, als Wortführer akzeptiert zu werden. Diese Arbeit birgt jedoch in sich die Gefahr der Verzettelung. Die allgemeine Bedeutung betrieblicher Konflikte aufzuzeigen und womöglich über den Betrieb hinauszuführen, muß das letzte Ziel unserer Arbeit sein. Die gewerkschaftliche Interessenvertretung am Arbeitsplatz ist Voraussetzung aber nicht Endzweck sozialistischer Betriebsarbeit. Ich sage ‚gewerkschaftliche Interessenvertretung' nicht nur, weil die Vertrauensleute die Vertreter der Gewerkschaften am Arbeitsplatz sind, sondern vor allem, weil es sich auch zunächst meist um trade-unionistische Konflikte handelt. Aber auch eine überbetriebliche revolutionäre Gewerkschaftsarbeit wird gerade im Zusammenhang einer sich verschärfenden staatlichen Einkommensplanung, immer notwendiger. Die bewußte Verknüpfung der betrieblichen mit einer überbetrieblichen Gewerkschaftspolitik kann viel zur Generalisierung und Politisierung betrieblicher Einzelkämpfe beitragen und uns vor Betriebsblindheit schützen.

Zdenek Mlynar

Bemerkungen über die Beziehungen sozialistischer Politik und wissenschaftlich-technischer Revolution*

Als Ausgangspunkt der nachfolgenden Erwägungen nehme ich den gedanklichen Inhalt einer Konzeption, die bei uns insbesondere von R. Richta bearbeitet und in einer kurzgefaßten Skizze in der Arbeit eines Autorenkollektivs — „Die Zivilisation am Scheideweg" (Prag, 1966) — ausgedrückt wurde. Ich betrachte also im Einklang mit dieser Konzeption in dem wissenschaftlich-technische Revolution genannten Prozeß die Gesamtheit quantitativer Veränderungen, die die neue Dimension menschlicher Zivilisation gerade darin begründen, daß die Möglichkeit geschaffen ist, das „Gesellschaftskapital" als integrierende Kraft der menschlichen Gemeinschaft zu überwinden, zu einer neuen Umkehrung von Subjekt und Objekt in der gesellschaftlichen Bewegung in dem Sinne zu gelangen, daß der Mensch imstande sein wird, die Grenzen seiner abstrakten Existenz zu überwinden, und in einer freien Arbeitsgemeinschaft ein unmittelbares Subjekt der menschlichen Bewegung werden kann, in diesem Sinne der Wirkung der Kräfte seiner eigenen Produkte, seines Werkes, zuvorkommen kann. [1]

* Zdenek Mlynar ist Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der CSSR. Das hier in einer tschechischen Originalübersetzung abgedruckte Referat wurde gehalten auf einer Konferenz zum Thema „Mensch und Gesellschaft" 1968 in Marianke Lazne (Marienbad) stattfand. Diese Konferenz wurde vom Philosophischen Institut in Zusammenarbeit mit dem Ökonomischen und anderen Forschungsinstituten der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften veranstaltet. Im Mittelpunkt der Konferenz standen die Untersuchungen der seit drei Jahren bestehenden Gruppe für die Erforschung gesellschaftlicher und menschlicher Zusammenhänge der wissenschaftlich-technischen Revolution, die von Radovan Richta geleitet wird.

[1] Ich berufe mich in diesen Zusammenhängen auf die Arbeit „Die Zivilisation am Scheidewege" insbesondere deshalb, weil dies inzwischen die einzige veröffentlichte Arbeit ist, die die theoretische Auffassung der angeführten Fragen betrifft. Es handelt sich allerdings um eine Arbeit, die als solche eine Reihe wichtiger theoretischer Fragen und Widersprüche nicht löst, die sich bei einer ähnlichen theoretischen Konzeption der kommunistischen Revolution ergeben — und die Autoren haben sich dies in den gegebenen Zusammenhängen auch nicht zum Ziel gesetzt. Diese Arbeit abstrahiert nach meiner Ansicht gleichzeitig von vielen Zusammenhängen zwischen der eigentlichen theoretischen Konzeption und der em-

Sobald wir diese Konzeption akzeptieren, werden aber zu den Hauptberührungspunkten der Wirklichkeit der kommunistischen kritischen Theorie mit den empirischen Wirklichkeiten die Prozesse der praktischen Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution in der heutigen sozialistischen Gesellschaft. Hieraus ergibt sich dann allgemein auch für das politische System dieser Gemeinschaft die Hauptbindung an den Prozeß der kommunistischen Revolution in jenem Maße, in dem dieses politische System zielbewußt die praktische Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution unterstützt (in jenem weiten Sinne ihrer gesellschaftlichen und menschlichen Zusammenhänge, von dem die Rede ist). [2]

Die Politik und Tätigkeit des politischen Systems können aber die Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution im Sozialismus nicht wirklich fördern, wenn sie sich nicht ihren eigenen Charakter als relativ selbständige, mit spezifischen Qualitäten notwendigerweise ausgestattete Sphäre empirischer menschlicher Praxis vergegenwärtigen. Sie können ihre eigenen Möglichkeiten und ihre eigenen unüberschreitbaren Grenzen nicht übersehen und glauben, daß sie jedwede Prozesse durch die Kraft ihres Willens und die Konsequenz ihres Wollens fördern können.

Die Politik ist eine Gegebenheit empirischer gesellschaftlicher Praxis. Wenn ein eigenes „Programm" der Politik im allgemeinsten Sinne in der Sphäre kritischer Theorie entsteht, kann die Politik zum Werkzeug eines solchen „Programmes" nur dann werden, wenn dieses Programm aus der Sphäre dieser Theorie richtig in ihre qualitativ unterschiedliche Welt empirischer Praxis übermittelt wird.

Ein empirisch wirkender vermittelnder Faktor sind die gesellschaftlichen

pirischen Wirklichkeit des gegenwärtigen Sozialismus, von denen bei eingehender Analyse ähnlicher Fragen nicht abstrahiert werden kann (wenn die eigentliche kritische Theorie schließlich nicht nur propagandistisch und ideologisch verwertet oder mißbraucht werden soll). Im Rahmen dieser Abhandlung ist es nicht möglich, in irgendeiner Weise auf die angeführten Probleme einzugehen.

[2] Dies spiegelt schließlich auch die politische Linie der Kommunistischen Partei der Sowjetunion durch die Orientation auf die Entfaltung der „materiell-technischen Grundlage des Kommunismus" wider, wie immer auch dieser Begriff viel ärmer ist und das Wesen, den qualitativen Unterschied in der neuen zivilisatorischen Dimension der Entwicklung verzerrt. Hinsichtlich des Erkennens dieses „Zieles" mit der Sphäre der politischen Gemeinschaft (des Staates) ist allerdings dieses Erkennen in der politischen Linie noch nicht enthalten denn als teilweise Vorahnung notwendiger Veränderungen (Verkündigung des „allmenschlichen Staates" als neue Qualität für die Klassendiktatur, aber ohne wesentlichen Inhalt des Begriffes) in gleichzeitiger Verbindung mit dem Fortbestand der konservativen Vorstellung, laut der Staat und Politik doch nur zur „Lösung" qualitativ neuer „Aufgaben" wieder in der alten Weise beitragen: „sie sich zum Ziele setzen" und „organisatorische Funktion" entfalten usw.

Interessen der Menschen, die in der gegebenen politischen Gemeinschaft vereinigt sind. Das Adjektivum „gesellschaftlich" hat hier jedoch inhaltlich dieselbe Bedeutung, wie dies die eigentliche Qualität des abstrakten Begriffes „Gesellschaft" bestimmt, d. h. dort, wo die Gesellschaft noch eine durch die gesamte Bewegung des Gesellschaftskapitals vermittelte Gesamtstruktur ist, sind auch die gesellschaftlichen Interessen in dem Maße das Interesse der Menschen, in dem sie sich auf diese Struktur beziehen. In dem Maße, in dem hier also die Gesellschaft noch in diesem Sinne „nicht menschlich" ist, erscheint auch die Politik auf Grund der Natur der Sache in demselben Sinne als „nicht menschliche" Tätigkeit.[3]
Die Politik hat also — solange sie besteht — auch notwendigerweise immer die Tendenz zur Veränderung des Menschen in ein Zweckobjekt eigener politischer (gesellschaftlich entfremdeter) Ziele; ihr Spezifikum ist notwendigerweise die Manipulation des Menschen, ein anderer Ausdruck der Tatsache, daß sie die Subjektivität in der gesellschaftlichen Bewegung nicht unmittelbar aus der Subjektivität des Individuums ableitet.
Jedwedes politisches System wird stets — auch im Sozialismus — notwendigerweise diese Qualität aufweisen. Im Rahmen der Politik können aber auf unterschiedliche Weise die folgenden Fragen gelöst werden:
a) Wer manipuliert, wer stellt in diesen werkzeugmäßigen Beziehungen zum Menschen die Gesellschaft dar? Hier allerdings stehen wir auch im Falle der Konzeption „der gesamten Menschheit" unmittelbar vor dem Rousseauschen Problem „des allgemeinen Willens" (sowohl gnoseologisch als auch soziologisch) und können die Tatsache der Einteilung in „leitende" und „geleitete" Menschen nicht umgehen.
b) Welche Interessen drückt der Begriff Manipulation aus, welche Interessen werden also in der empirischen Wirklichkeit zu „gesellschaftlichen"?
Der Charakter der Antworten auf diese Fragen ist in der empirischen Wirklichkeit des Lebens der Gesellschaft dann immer vor allem dadurch gegeben, wie die Qualität der Bindungen ist, die empirisch zwischen dem manipulierenden Subjekt (dem offiziellen Vertreter der politischen Gesellschaft, dem Staate usw.) und dem Menschen wirken, und zwar sowohl in der Ebene ihrer abstrakten Existenz (als Bürger) als auch in der Ebene ihrer gesellschaftlich bestimmten sozialen Existenz (als Klassen, Gruppen, Schichten usw.).[4]

[3] Dies ist eine tiefere Ebene des Problems, die schon Machiavelli kannte und klassisch ausdrückte, insbesondere z. B. in der Schlußfolgerung, daß in die Politik das Postulat menschlicher Moral nicht mit Gewalt übermittelt werden kann.
[4] Wie sich klarer aus dem weiteren Text ergibt, betrachte ich gerade die Notwendigkeit des Verfolgens dieser zweierlei Beziehungen der politischen Gemeinschaft

Ein sehr wesentliches spezifisches Merkmal, mit dem der Prozeß der Vermittlung aus anderen Sphären der menschlichen Tätigkeit in die Politik immer in den Vordergrund tritt, ist die Natur der Politik als vorwiegend institutionalisierte Tätigkeit der Menschen. Damit der Mensch überhaupt für die politische Gemeinschaft relevant als Subjekt erscheinen kann, muß er als Träger ganz bestimmter institutionalisierter Bindungen und Beziehungen auftreten. [5]

Der Prozeß der politischen Institutionalisierung hat jedoch im Sozialismus seine eigenen spezifischen Qualitäten, die durch ihre Wirkung die Beziehungen der Politik zu anderer menschlicher Tätigkeit bedeutungsvoll beeinflussen.

Wenn wir uns — sehr schematisch und vereinfacht — die Gesamtheit der Beziehungen vorstellen, die notwendigerweise dort entstehen, wo eine bestimmte Tendenz der Entwicklung in Verknüpfung mit der wissenschaftlich-technischen Revolution (z. B. Änderung der Struktur der Qualifikation, quantitative und qualitative Zunahme der Bildung usw.) in der empirischen Praxis in die Politik vermittelt werden soll, entsteht etwa das folgende Schema:

Zuerst muß eine solche Tendenz als praktisch einflußreiches soziales Interesse in die Sphäre der sozialen Beziehungen und Interessen der Menschen eintreten; von hier muß sie die Möglichkeit haben, sich auch in der Sphäre der institutionalisierten Interessen geltend zu machen. Sowohl im ersten als auch im zweiten Prozeß wirkt hierbei auf sie eine Reihe sekundär, oft kontradiktatorischer Einflüsse ein: andere Einflüsse jener sozialen Gruppe, die eine solche Tendenz als ihr Interesse ausdrückt, andere Interessen anderer sozialer Gruppen, für die diese Tendenz entweder noch nicht oder überhaupt nicht ein subjektiv erfaßtes Bedürfnis ist, oder im Widerspruch zu anderen, möglicherweise nur „kurzfristigen" Interessen steht, die jedoch als Interessen bewußt betrachtet werden; besondere Interessen von Institutionen, insbesondere jener, die schon in ihrem Wesen aus der Vergangenheit der empirischen Realität leben, aber auch aller anderen, einschließlich solcher, die die gegebene Tendenz als „ihr Interesse"

zum Menschen (seiner so wirklichen Doppelrolle in der gesellschaftlichen Realität) als sehr wesentliche Bedingung der richtigen Vermittlung in die Sphäre der Politik, als eine Bedingung, die wir in Theorie und Praxis der Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaft am wenigsten eingehalten haben, und zwar mit sehr negativen Folgen sowohl für die Menschen als auch für die „politische Leitung".

[5] Am typischsten sind jedoch die Rechte des Bürgers. Aber diese Beziehungen sind historisch sehr veränderlich, zu ihnen gehört unstreitig auch die Stellung in Interessenkorporationen usw.; Gramsci spricht in diesem Sinne auch von der Presse als Institution (z. B. die Londoner „Times" zu seiner Zeit als faktische politische Partei).

transformieren wollen usw.

Wenn sie alle diese Stationen durchläuft, kommt die gegebene Tendenz als politischer Einfluß zur Geltung. Um sich als entscheidender Einfluß zu integrieren, als Element der gesamtgesellschaftlichen „politischen Linie", muß sie sich noch in der Hierarchie des institutionalen Systems im Konflikt mit anderen, gleichfalls institutionalisierten Interessen „durchkämpfen" und ihren Einfluß bis zur Institution, die der offizielle Vertreter der „gesamten Gesellschaft" ist, geltend machen.

Wenn schließlich eine solche Tendenz als Element „der politischen Linie der gesamten Gesellschaft" ausgedrückt wird, so bedeutet dies letzten Endes eigentlich nur, daß die politische Gemeinschaft (der Staat) die Schaffung der Bedingungen für ihre Realisierung präferieren wird (denn die politische Gemeinschaft als solche kann z. B. den „Stand der Bildung" nicht erhöhen, auch dann nicht, wenn sie die entsprechenden Beschlüsse faßt). Hierauf setzt der ganze Prozeß der Realisierung der betreffenden „poltischen Linie" ein, d. h. unter anderem der Prozeß der Einwirkung weiterer deformierender Einflüsse (insbesondere bürokratischer Einflüsse der Exekutivorgane usw.).

Eine reale Veränderung der empirischen Wirklichkeit als praktisches Ergebnis dieser Anabasis der gegebenen Tendenz muß nicht allzuviel Gemeinsames mit den notwendigen „Anforderungen" dieser Tendenz der Produktivkräfte haben.

Wir nehmen an, daß sich hier der folgende allgemeine Grundsatz zeigt: Durch Vermittlung der Unterstützung der politischen Gemeinschaft setzen sich empirisch am erfolgreichsten (was aber auch nur einen pragmatischen Erfolg bedeuten kann) jene Tendenzen durch und werden präferiert, die am leichtesten in dieser Sphäre als gesamtgesellschaftliche anerkannt werden. Im derzeitigen politischen System setzt dies voraus, daß im Prozeß ihrer Transformation in ein soziales Interesse sie praktisch die stärkste soziale Kraft auf „ihrer Seite" hat und ihnen deshalb auch der direkteste Weg zur Institutionalisierung als unmittelbares Interesse der gesamten Gesellschaft (des Staates bzw. der Partei) offen steht.

Die vulgäre Ideologie des Dogmatismus der vergangenen Jahre schildert die Dinge so, als ob gerade in diesem Sinne schon durch die politische Emanzipation der Arbeiterklasse selbst der Weg immer gerade jenen Tendenzen geöffnet würde, die den Fortschritt der kommunistischen Revolution bedeuten. Die Logik ist hier einfach: Die Arbeiterklasse herrscht und ihre Klasseninstitutionen drücken unmittelbar das Interesse ihrer Klasse aus. Die historische Mission der Arbeiterklasse, ihr wesentlichstes Interesse ist der Kommunismus. Den am weitesten geöffneten Weg

haben also im sozialistischen System die Interessen des Kommunismus.
Diese Vorstellung ist eine falsche Vereinfachung insbesondere aus den folgenden Gründen:
Unter der historischen Mission der Arbeiterklasse kann nur die Tatsache verstanden werden, daß diese Klasse eine menschliche Emanzipation nicht anders als durch die Emanzipation aller Menschen (durch die kommunistische Revolution) erreichen kann. Dadurch kann jedoch keineswegs die Tatsache aus der Welt geschafft werden, daß die empirischen sozialen Interessen dieser Klasse in ihrem gesamten breiten Register und in der Form, in der sie als bewußt empfundene Bedürfnisse auftreten, nicht durch die Zukunft des Kommunismus ausgebildet werden, sondern durch die empirische Wirklichkeit der Beziehungen der Arbeitsteilung, der Ungleichheit in der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen und durch die Gesetzmäßigkeiten der Bewegung des gesellschaftlichen Kapitals.
Es kann also ein Widerspruch zwischen diesen bedingten Interessen (sog. „kurzfristigen") und dem „historischen Interesse" der Arbeiterklasse an eigener menschlicher Emanzipation als völliger Emanzipation aller Menschen auftreten. Als Kraft in der Beziehung zur Politik und dem politischen System wirken auch im Sozialismus deshalb notwendigerweise vor allem empirisch effektiv und im Durchschnitt durch den Willen der Angehörigen der Arbeiterklasse als Interessen die bewußt gewordenen Bedürfnisse (wie höhere Löhne bei gegebener Qualifikation und Intensität der Arbeit, mehr Freizeit, größerer absoluter Verbrauch usw.). Diese Interessen finden auch die soziale Unterstützung der größten Massen und treten deshalb bei Vermittlung durch die Politik am leichtesten als stärkster Druck in die Sphäre der politischen Gemeinschaft mit „der Forderung" ihrer unmittelbaren Anerkennung als gesamtgesellschaftliches Interesse. Dieser Weg eröffnet jedoch real und in der sozialistischen Politik die Möglichkeit, als gesamtstaatliches Interesse vor allem das zu präferieren, was schon dem Durchschnitt der Bedürfnisse, der zum Bewußtsein gelangten Forderungen (und also auch der Meinungen) des sozial zahlreichsten Teiles der Gesellschaft entspricht. Diese Gesellschaft selbst ist jedoch historisch durch bestimmte Bedingungen der Arbeitsteilung usw. deformiert, sie ist insbesondere z. B. durch ihre gegebene Qualifikation, Gewohnheiten usw. unmittelbar immer an den Status quo der Produktivkräfte gebunden, deren qualitative Bewegung an sie vom Gesichtspunkt der augenblicklich empfundenen Interessen vor allem weitere unerwartete Ansprüche stellt. [6]

[6] Dies ist in unserer Politik z. B. die Frage des bekannten Problems der Nivellisierungstendenzen (nicht nur im Sinne der Löhne, sondern im Kontext mit der

Die Tatsache der Konstituierung der politischen Gesellschaft als Emanzipation der Arbeiterklasse im Sozialismus ist also infolge ihrer Beziehung zum eigentlichen Prozeß der menschlichen Emanzipation der gleichen Klasse innerlich widersprüchlich: Hieraus ergeben sich für diesen Prozeß der menschlichen Emanzipation nicht nur positive, sondern auch negative Folgen. Der hauptsächliche negative Faktor ist die Tatsache, daß, während die wesentlichen Merkmale dieser menschlichen Emanzipation sich erst nach Überschreiten der „Knotenlinie der industriellen Zivilisation" entwickeln können, das Faktum der politischen Emanzipation die Möglichkeit bietet, daß die Politik im Sinne der Aufrechterhaltung des Zustandes vor einem solchen Überschreiten dieser „Knotenlinie" einwirkt, denn sie gewährt ihre Machtunterstützung dem Interessendruck der durchschnittlichen Bedürfnisse der Menschen, die empirisch gänzlich unter der Botmäßigkeit der Lebensbedingungen vor einem solchen „Überschreiten" stehen. [7]

Struktur empirisch wirkender Wertskalen usw.). Diese Tendenzen dominieren in einer bestimmten historischen Periode, und die von der Politik faktisch präferierten waren der unmittelbare Ausdruck dieses Interesses. Erst bei ihrer langwährenden Einwirkung, wenn sie praktisch zur Störung der Dynamik der Entwicklung, zur Stagnation führen und damit zur Bedrohung auch z. B. der „Konsuminteressen" desselben „sozialen Durchschnittes", der sie durch seinen Druck zuerst hervorgerufen und durchgesetzt hat, so beginnt sich die Denivellisationslinie als „gesamtgesellschaftliches Interesse" auch der politischen Gemeinschaft auszubilden (die vorher den Druck auf Denivellisierung als besonderes „Standesinteresse" der Minderheit der Intelligenz erklärte usw.).

[7] Dies gilt begreiflicherweise bei weitem nicht nur für die Arbeiter, sondern für den Menschen der sozialistischen Wirklichkeit überhaupt, und nicht nur für die eigentlichen ökonomischen (die sog. materiellen) Interessen, sondern auch für das gesamte Profil der Menschen überhaupt.

„Denn wer sind, oder wer waren, diese Einzelnen? Wer ist dieser „Mensch", der auf die Bühne der Geschichte tritt? Wie wir gesehen haben — sind dies Wesen, die durch die Entwicklung der kapitalistischen Zivilisation formiert wurden. Wenn auch konkret das Antlitz eines Angehörigen dieser Masse wie immer ist, es stellt stets eine bestimmte Konkretisierung des abstrakten Einzelnen vor, der unmittelbar von den natürlichen und gemeinschaftlichen Bindungen getrennt ist. Seine menschliche Haupttätigkeit ist durch die Industrie bestimmt, in der er als „lebende Arbeit" wirkt; das Profil seines Lebens geht vom Niveau industrieller Quellen aus (wir wollen die Liquidation der Ausbeutung annehmen) und überragt daher nicht allzusehr den Kreis der Reproduktion der Arbeitskraft; dem entsprechen die Bedürfnisse und Motive, die er in sich trägt (auch das Konsumsystem ist eine Erscheinung, keineswegs die Ursache einer tieferliegenden Entfremdung; mutatis mutandis von ihm gilt im Sozialismus das gleiche wie von der Warenproduktion); seine spezifische menschliche Einteilung des eigenen Lebens wird vorwiegend von außen modelliert, seine Beziehung zur Welt trägt ein starkes Siegel der Adaption, und seine Betrachtung der Welt wird in der Oberflächensphäre absorbiert, in werkzeugmäßigen Denken . . . Das sich selbst ausbildende freie Individium, begabt mit eigener ständiger Selbstentfaltung, ist nicht mehr Ausgangspunkt, sondern erst das Produkt der Geschichte, das Ergebnis des Überschreitens der Knotenlinie industrieller Zivilisation". (R. Richta, Zur

Das existierende politische System als institutionelles System ist eng mit diesem Kreis empirisch wirkender Interessen und Bedürfnisse der Arbeitenden verknüpft, die allseitig noch fest in der industriellen Zivilisation verankert sind. Schon das grundlegende Verständnis der Funktionen der Politik als solches, die Struktur des politischen Systems im ganzen und seine Komponenten im besonderen, ein historisch bestimmter Typ der Elite der politischen Gemeinschaft (insbesondere im Sinne professioneller Kader des Mechanismus der Macht und der Leitung) — all dies ist in den derzeitigen politischen Systemen des Sozialismus an die Etappe der politischen Emanzipation geknüpft und muß, aufrechterhalten in seiner heutigen Qualität, notwendigerweise zu einer bedeutenden praktisch wirkenden Kraft des Konservierens der politischen Emanzipation werden, auch gegen die schon anklingenden Tendenzen zur Schaffung der Bedingungen menschlicher Emanzipation der arbeitenden Menschen im Sozialismus. Denn — und dies zum erstenmal in der Geschichte — im Falle der Arbeiterklasse ist ihre menschliche Emanzipation ein Negieren ihrer eigentlichen politischen Emanzipation. [8]

Dies ist nicht nur das Problem einer bestimmten Schicht konservativer Kader der Elite der politischen Gemeinschaft — es ist ein Problem der Qualität mancher Hauptbindungen zwischen der politischen Gemeinschaft und dem Menschen in einer Zeit, in der schon mit der Freimachung des Raumes für die wissenschaftlich-technische Revolution im weiten Sinne der neuen Zivilisationsdimension begonnen werden soll. Hinter der existierenden Qualität der politischen Gemeinschaft und ihres institutionellen Systems steht der empirisch reale Durchschnitt des Interesses des deformierten Menschens der industriellen Zivilisation, und zwar in den heutigen sozialistischen Ländern außerdem noch das in den „Konsumdimensionen" „ungesättigte" Interesse. Eine Qualitätsänderung sollte also darin beruhen, daß die Stellung dieses Menschen im politischen System so gestaltet wird, daß unabhängig davon schon gleichzeitig einem perspektivischen, historisch langfristigen Interesse des gleichen Menschen der Vorzug gegeben wird, obwohl es seinem durchschnittlichen Bewußtsein bislang „manifest unverständlich" dort ist, wo es sich gegen ein ganz

Dialektik des Menschen und seines Werkes in der modernen Zivilisation, Studienmaterial Nr. 25 der Studiengruppe „Gesellschaftliche und menschliche Zusammenhänge der wissenschaftlich-technischen Revolution", S. 26-28.)

[8] Die derzeitige Ideologie des „allmenschlichen Staates" widerspiegelt klar den Grad, in dem sich dieser Prozeß inzwischen im Bewußtsein der politischen Vertreter der sozialistischen Gemeinschaft geltend macht. Es wird die Möglichkeit eines Vertauschens des Ausdrucks „Klassendiktatur" mit einem anderen Wort und bestimmten Modifikationen vorausgesetzt, insoweit es sich um die Anwendung staatlichen Zwangs zu einem solchen „Übergang" handelt.

„verständliches" kurzfristiges Interesse und seine volle Befriedigung richtet. Erst nach einer richtigen Lösung wird auch eine qualitative Entwicklung der Elite möglich sein, die der autonome Schöpfer des Systems zu sein scheint. [9]

[9] Ich stelle fest, daß die Dialektik der Beziehungen zwischen diesen Interessen des „Durchschnittes" und den Interessen der Elite im Sozialismus niemals von verschiedenen Varianten der Theorie der „neuen Klasse" erfaßt wurde, die den Gegensatz zwischen der Elite und der Masse einerseits aus der „Begünstigung" der Elite gegenüber der Masse in manchen „kurzfristigen" Interessen ableiten und andererseits aus dem Gegensatz zwischen der Tätigkeit der Elite und der „historischen Mission des Proletariats". Diese beiden Erscheinungen — die empirisch real feststellbar sind — stehen aber nicht in unbedingtem Widerspruch und können im Einklang mit der Tatsache sein, daß die Elite die politische (keineswegs die wirklich menschliche) Emanzipation des „durchschnittlichen arbeitenden Menschen" der industriellen Zivilisation ohne kapitalistisches privates Ausbeuten repräsentiert. Sie steht also zu diesem Menschen (zur Arbeiterklasse) eben in der folgenden Beziehung: wie sein entfremdetes Bild und keineswegs als eine besondere ihm feindliche Klasse der „Bürokraten".

Die Tatsache der Befriedigung dieser Bedürfnisse und Interessen des Lohnarbeiters, der selbst ein Produkt der industriellen kapitalistischen Zivilisation ist (wenn auch in ihrem Rahmen ohne Möglichkeit wirklicher Emanzipation) und in seiner empirischen Existenz wesentlich an sie adaptiert wird, und dessen Interessen unmittelbar aus diesen Bedingungen als „kurzfristige" folgen, ist nach meiner Ansicht sehr wesentlich auch für das Verständnis mancher Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung im derzeitigen fortgeschrittenen Kapitalismus. Der Kapitalismus, in dem die Arbeiterklasse politisch nicht emanzipiert ist, schließt die Wirkung der Politik in der Richtung der Präferenzen solcher „kurzfristiger" Interessen dieser Klasse dort aus, wo diese das Bevorzugen der immanenten Erfordernisse der Entwicklung des Kapitals bedrohen würde. Schon diese Erfordernisse des Kapitalismus als solche aber führen bei ihrer Realisierung die Entwicklung der Produktivkräfte ständig deutlicher zu einem Punkt, wo die Bourgeoisie bereits gezwungen ist, in einer Reihe von Hinsichten diese Kräfte als gesellschaftliche zu behandeln (wenn auch bei Aufrechterhaltung ihrer parasitären Ausbeuterrolle und Machtstellung in der politischen Gemeinschaft). Auf diese Weise ermöglichen aber die ökonomische Bewegung und ihre Regelung (die schon notwendig ist und durchgeführt wird) durch den Staat tatsächlich und erfordern es auch unmittelbar, daß eine Reihe solcher „kurzfristiger" Interessen (insbesondere Verbraucherinteressen, die mit der Reproduktion der Arbeitskräfte beim gegebenen technisch-zivilisatorischen Lebensniveau zusammenhängen) auch der Arbeiterklasse selbst in großem Maße befriedigt wird. Auf diese Weise wird diesen „kurzfristigen" Interessen weitgehend der Charakter einer praktisch einwirkenden Kraft des sozialen Klassendruckes genommen, der eben in die Sphäre der Politik eine wesentliche historische perspektive Forderung der Arbeiterklasse übermitteln würde — die Tendenz zu ihrer menschlichen Emanzipation (der kommunistischen Revolution).

Das Problem des „apolitischen Charakters" der Massen der Werktätigen im sog. Konsumstadium der Entwicklung des Kapitalismus, und die damit verknüpfte Erscheinung der „Massengesellschaft" als politisch inerte Gemeinschaft, beherrscht von den Mitteln der „äußeren Leitung" usw., wird also kaum durch diese „Mittel der äußeren Leitung" selbst ins Leben gerufen, sondern gerade deshalb ermöglicht, weil die historische Tendenz der menschlichen Emanzipation nicht in das Leben der politischen Gemeinschaft übermittelt wird, denn die sozialen „kurzfristigen" Interessen als einziger empirisch wirksamer Faktor einer solchen Übermittlung sind inzwischen (ihre „Dauer" kann nicht vorausgesagt werden) aus dieser ihrer Funktion ausgeschaltet, weil sie befriedigt werden.

Der Sozialismus kann nicht jener Phase ausweichen, in der auch die Politik vor allem zur „Befriedigung" der Bedürfnisse und Interessen des arbeitenden Menschen strebt, die gänzlich durch seine Stellung und seine Deformation in der industriellen Zivilisation bedingt sind. Diese Richtung schlagen heute alle ökonomischen Reformen ein, einschließlich unseres derzeit relativ konsequentesten Systems der Leitung der Volkswirtschaft. Trotz einer Reihe von Widersprüchen (in den ökonomischen, sozialen und ideologischen Tendenzen und Beziehungen) ist letzten Endes diese Entwicklungsrichtung im Einklang auch mit den Perspektiven der wissenschaftlich-technischen Revolution in ihrem ganzen Sinn der neuen Zivilisationsdimension, denn nur die Realisierung des „Konsumstadiums" des Sozialismus erzwingt sich eine solche Lockerung der Entwicklung der Bedürfnisse des Gesellschaftskapitals, durch die sie sich notwendigerweise der Schwelle ihrer eigenen Negation nähert. [10]

Jedoch in dieser ganzen Phase der Entwicklung (größenordnungsmäßig Jahrzehnte) muß damit gerechnet werden, daß auch im Sozialismus, bei politischer Emanzipation der Arbeiterklasse, in der Regel grundsätzlich jene Tendenzen, die unmittelbar schon die Bedürfnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution als möglicher neuer Zivilisationsdimension ausdrücken und den empirischen Einklang mit den noch völlig aus dem Industriestadium abgeleiteten Interessen überschreiten, nur sozial schwach unterstützte Tendenzen sein werden und kaum unmittelbar durch einen starken sozialen Druck in der Sphäre der Politik zur Geltung kommen. Es ist daher anzunehmen, daß in dieser ganzen Phase die mit dem sozial starken Druck auf die Sphäre der politischen Gemeinschaft verbundenen Tendenzen nur insoweit im Einklang mit den Tendenzen der wissenschaftlich-technischen Revolution sein werden, als dies unmittelbar und „verständlich" die Entwicklung des „Konsumstadiums" der noch industriellen Zivilisation unterstützen wird. Dagegen wird der sozial starke Druck auf die Politik sogar im Widerspruch zu den objektiven Bedürfnissen der wissenschaftlich-technischen Revolution (und der Entfaltung des „Konsumstadiums") in dem Maße stehen, als er die Aufrechterhaltung der Präferenz des „Durchschnittes", die Unveränderlichkeit der gegebenen Lebensbedingungen der adaptierten Masse der Menschen anstreben wird.

Wenn wir bei der Konzeption des optimalen Modells des politischen Systems für diese Phase von der obigen Voraussetzung ausgehen, dann

[10] Meiner Ansicht nach wurde der Zusammenhang zwischen der Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution und dem neuen System der ökonomischen Leitung in der Arbeit von *Richta* et al. „Die Zivilisation am Scheideweg", Prag 1966, S. 61 ff., richtig erfaßt.

wird sich aber als Grundproblem der Ausbau dieses Systems in einer Weise zeigen, die eine reale Möglichkeit bieten würde, auch sozial schwächere Interesseneinflüsse gegenüber der politischen Gemeinschaft zu stärken und, im Gegenteil, es in bestimmten Gebieten (insbesondere bei der Beseitigung eigener Widersprüche in den ökonomischen Beziehungen) ermöglichen würde, die Möglichkeiten des sozial stärkeren (massenmäßig durchschnittlichen) Interesses zu schwächen, sich als allgemeines politisches, gesamtgesellschaftliches Interesse zu konstituieren.

In diesem Zusammenhang muß man sich bewußt sein, daß im Hinblick auf den eigentlichen Charakter der Politik als abstrakter Gemeinschaft auch im Sozialismus das allgemeine Prinzip gilt: Das sozial schwächere Interesse wird in der politischen Gemeinschaft dann gestärkt, wenn es in die Beziehungen formaler Gleichheit mit anderen, unformalen (sozial) stärkeren Interessen gebracht wird. In diesen Beziehungen ist das sozial stärkere Interesse relativ „begünstigt".

Ein System, in dem dies nicht erfolgt, in dem im Gegenteil ein Prinzip zur Geltung kommt, gemäß welchem auch in der politischen Gemeinschaft das sozial stärkste Interesse mit der größten Präferenz unmittelbar, außerhalb der Struktur formaler Gleichheit abstrakter „Interesseneinheiten" ausgestattet ist — dies ist der Prototyp des Systems der Diktatur des stärksten sozialen (klassenmäßigen) Interesses, einer offenen unverschleierten Diktatur. Gerade entsprechend diesem Prinzip wird aber das politische System des Sozialismus ausgebaut, der historisch als Diktatur der Arbeiterklasse konstituiert ist. [11]

Ich glaube, daß die Frage des Absterbens der Klassendiktatur im Sozialismus (inhaltsmäßig identisch mit dem Moment, wo die politische Emanzi-

[11] Eben die Struktur der staatlichen (politischen) Macht, die durch das Modell der Kommune oder der Sowjets (i. J. 1917) gegeben ist, drängt die Bedeutung formaler Gleichheit aller Menschen als Bürger in den Hintergrund, denn unmittelbar in die „Sphäre des Staates" (der politischen Gemeinschaft) führt sie einen sozial bestimmten Menschen ein, und damit führt sie auch direkt, ohne Notwendigkeit der Vermittlung durch die Sphäre der Beziehungen der abstrakten Gleichheit, das sozial (klassenmäßig) stärkste Interesse als ein Interesse ein, das die Möglichkeit der Diktatur gegenüber der Minderheit im sozialen (klassenmäßigen) Sinn besitzt. Dieses Modell ist sehr funktionell dort, wo durch die Politik das Interesse der Klasse der zahlmäßigen Majorität gegenüber der Klasse der zahlenmäßigen Minorität unmittelbar ausgedrückt und mit Machtmitteln durchgesetzt werden soll, d. h. im Prozesse des Kampfes um die politische Emanzipation des Proletariates und der arbeitenden Klassen gegen die Bourgeoisie. Es scheint jedoch, daß nach Erfüllung dieser Aufgabe es kaum funktionell für die weitere Entfaltung des Sozialismus und insbesondere des Kommunismus in einer Phase verbleibt, wo der Prozeß grundlegender Wichtigkeit die technisch-wissenschaftliche Revolution mit allen kontradiktorischen Beziehungen dieser Wirklichkeit zur Problematik des „Interesses der Majoritätsklasse" ist, von der gerade die Rede war.

pation der Klasse an sich nicht weiter in ihre menschliche Emanzipation übergehen kann) sinnvoll nur in diesen Zusammenhängen begriffen werden kann, und der Prozeß dieses Absterbens zu einem anderen Grundprinzip des Ausbaus des politischen Systems der sozialistischen Gemeinschaft führen muß.

Die Entwicklung der historischen Wirklichkeit (in der Zeit des sog. Personenkultes) scheint nämlich darauf hinzudeuten, daß, insoweit dies nicht erfolgt, insbesondere die im weiteren genannten negativen Folgen auftreten:

Die politische Gemeinschaft, die notwendigerweise eine illusorische Gemeinschaft bleibt, tritt als unmittelbare Vereinigung aller Menschen auf (denn ursprünglich war sie eine direkte Vereinigung der Klasse). In der empirischen Wirklichkeit fungiert hier aber als Subjekt das Gesellschaftskapital, mit dessen Stärke sich schließlich notwendigerweise die politische Gemeinschaft (der Staat) identifiziert. So wird aber das gesellschaftliche Kapital als unmittelbarer Ausdruck der menschlichen Interessen aller Mitglieder der sozialistischen Gemeinschaft „verkündet", und für die mit seinen Tendenzen nicht übereinstimmenden und kontradiktorischen Interessen verbleibt dem Menschen keine Plattform politischer Freiheit der Stellung des Bürgers, dem gegenüber dem Staat in seiner politischen Macht exakte (rechtliche) Grenzen gesetzt sind.

Unter diesen Bedingungen kann allerdings am Modell der ursprünglich direkten Klasendiktatur die bloße Diktatur jener Kräfte „schmarotzen", die auch außerhalb der politischen Gemeinschaft (im Komplex der Produktions- und gesellschaftlichen Beziehungen) faktisch dieser Klasse die Lebensbedingungen diktieren (eine Diktatur bestimmter Erfordernisse des gesellschaftlichen Kapitals). Dies führt dann zur Situation, daß auch der ursprünglich beabsichtigte Ausdruck der sozialen Interessen der Klasse in der Sphäre der politischen Gemeinschaft allmählich in einem solchen Maße eingeschränkt wird, in dem solche soziale Interessen den augenblicklichen Bedürfnisen des gesellschaftlichen Kapitals nicht entsprechen (z. B. die Industrialisierung in der UdSSR usw.).

Als Endergebnis diktiert das Gesellschaftskapital im Namen der Diktatur der Klasse dem Volke (und auch dieser Klasse) seine Bedingungen; die seinen Erfordernissen dienenden Menschen gewinnen dann aber in der Sphäre der Macht außerdem die Möglichkeit, die relative Selbständigkeit des institutionalisierten Systems der Diktatur auch über den Rahmen solcher objektiver Erfordernisse des Gesellschaftskapitals auszunützen. Unter gewissen Bedingungen kann sich dann ein Regime der persönlichen politischen Macht einzelner ausbilden. [12]

Wenn wir aber von der (unrealen) Voraussetzung ausgehen würden, daß es möglich ist, zu gewährleisten, daß die Ausnutzung einer solchen Struktur der Diktatur nicht „über den Rahmen" der objektiven Bedürfnise des gesellschaftlichen Kapitals hinausgeht und daß sich ein solches System in ein effektives Machtwerkzeug des Durchsetzens dieser objektiven Bedürfnisse transformiert (d. h. auch der Entwicklungsrichtungen bestimmter Aspekte des Prozesses der wissenschaftlich-technischen Revolution), wäre es wahrscheinlich notwendig, der Vorstellung zu entsagen, daß sich die wissenschaftlich-technische Revolution im Sozialismus in Prozessen demokratischer Bewegung der politischen Gemeinschaft verwirklicht, und der Hypothese einer im wesentlichen technokratischen Variante der Entwicklung zuzustimmen. Ich glaube aber, daß die sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen (nach Liquidation der Beziehungen des Privatkapitals) keine solche technokratische Variante sind, und zwar auch bei Abstrahieren von den humanistischen Kriterien des Marxismus entschieden keine optimale Variante, insbesondere deshalb, weil sie unter diesen Bedingungen keine „effektive" Technokratie sein könnte: Es wäre eine Technokratie, die sich ständig selbst ideologisch als Demokratie und direkte „Herrschaft des Volkes" ausgibt, denn nur so könnte sie sich ihre Macht unter Bedingungen erhalten, bei denen die Privateigentumsstruktur der ökonomischen Beziehungen vollkommen beseitigt ist. Auf diese Weise würde aber eine solche Demokratie in grundsätzliche Widersprüche geraten: Um an der Macht zu bleiben, müßte sie tatsächlich im Namen „der Interessen des Volkes" auch Tendenzen jenes kurzfristigen Interesses weichen, sie würde sich in vieler Hinsicht eher in eine bürokratische als eine technokratische Struktur umwandeln, in ein parasitisches System, dessen Funktion sehr häufig auch unmittelbar gegen die eigenen objektiven Erfordernisse der Entwicklung des Gesellschaftskapitals gerichtet wäre. Deshalb ist also der Ausweg — insoweit es sich um die Bewegung der politischen Gemeinschaft handelt — im Sozialismus viel eher die Transformation des Systems der Diktatur in ein politisches System der Demokratie in dem Sinne, wie hierüber schon gesprochen wurde. Allerdings kann die Bewegung der politischen Gemeinschaft hier bei weitem nicht die einzige Bewegung sein, und gleichzeitig und unbedingt muß auch noch die Bewegung erwogen werden, die über die quali-

[12] Bei einer solchen Situation entsprechen dann schon die Institutionen der politischen Gemeinschaft als solche in der Empirie längst nicht mehr in wesentlicher Hinsicht dem ursprünglichen „Modell der Kommune" oder der Sowjets; von diesem Modell verbleibt eben vor allem die Beseitigung der abstrakten politischen Gleichheit und Freiheit aller Menschen als Bürger in der Sphäre der politischen Gemeinschaft.

tativen Grenzen der politischen Gemeinschaft selbst hinausgeht.
Wenn nämlich die sozialistische Politik auf die gesamte Situation im heutigen Sozialismus nur so reagieren würde, daß sie den Menschen als abstrakten Menschen (als Bürger) in die Beziehungen formaler Gleichheit in der politischen Gemeinschaft einschaltet, so wäre sie kaum eine der notwendigen Perspektive des Sozialismus und Kommunismus bewußte Politik. Sie wäre im Gegenteil eine Qualität der Stellung, die sie dem Menschen in der illusorischen politisch-bürgerlichen Gesellschaft schafft, sie würde seine Stellung in der wirklichen Gemeinschaft verschleiern und deformieren (in den Beziehungen des Prozesses der Reproduktion des Gesellschaftskapitals). Dies würde letzten Endes nur ein anderes Herantreten an die politische Emanzipation als eine Sphäre bedeuten, von der wir glauben, daß in ihrem Rahmen der Mensch (Arbeiter) durch seine Aktivität als abstrakter Mensch (Bürger) über seine menschliche Emanzipation entscheiden kann, d. h. es würde so auf andere Weise eine Täuschung aufrechterhalten, wie dies beim ideologischen Konservieren des „Modells der Kommune" der Fall war.
Das optimale Modell des politischen Systems in der derzeitigen Situation des Sozialismus sollte daher nicht nur die politische Demokratie in der Beziehung zwischen Bürger und politischem Miteigentum voll entfalten, sondern es sollte gleichzeitig auch das Monopol der politischen Emanzipation durchbrechen und in einer Sphäre beginnen, in der der Mensch die Bedingungen seiner menschlichen Emanzipation nur durch politische Tätigkeit nicht weiter vorbereiten kann, sondern nur durch gewisse Arbeitsteilung und die mit ihr durch eine spezifizierte (und bislang noch immer deformierte) menschliche Arbeitstätigkeit verknüpften Beziehungen, durch seine tätige Teilnahme an der Schaffung des gesellschaftlichen Produktes (obwohl auch dieses Produkt bislang noch immer die Qualität des Gesellschaftskapitals erlangt hat) — das Modell sollte also in dieser Sphäre beginnen, die Stellung des Menschen zu konstituieren, in der er nicht als abstrakter Mensch — Bürger der politischen Gemeinschaft — erscheinen wird, sondern als sozial bestimmter Mensch in einer Sphäre autonomen Entscheidens, das in seinen Bedingungen und seinem Charakter die Grenzen der politischen Gemeinschaft überschreitet.
Dies bedeutet, daß in der ganzen Sphäre des Arbeitsprozesses, bei der Bildung (Reproduktion) des gesellschaftlichen Produktes, der arbeitende Mensch (die Arbeiterklasse) dem wirklichen Charakter seines Werkes (des Gesellschaftskapitals) direkt gegenübergestellt und in dieser Sphäre im höchstmöglichen Maße seine abstrakte Stellung in der politischen Gemeinschaft überschreiten würde. Denn in der politischen Gemeinschaft werden

gerade die wirkliche Natur seiner Beziehungen zum eigenen Produkt sowie die Natur dieses Produktes mystifiziert: Die objektiv notwendigen Folgen der Arbeitstätigkeit erscheinen hier als Folgen des politischen Willens, die objektive (historische) Beschränkung der Möglichkeiten des Menschen erscheint hier als Beschränkung der Rechte des Menschen durch die Politik und den Staat, und auch die objektiven Möglichkeiten des Überschreitens der „Knotenlinie industrieller Zivilisation", die nur durch Entfaltung der Produktivkräfte der Gemeinschaft geschaffen werden können, scheinen ein Problem der Erweiterung der Rechte durch die Politik zu sein.

Sobald aber der Mensch aus dieser mystifizierenden Sphäre „herausgekommen" sein wird, treten Faktoren gegen diesen Menschen in ihrer wahren Gestalt auf, die das tatsächliche (sozial stärkste) „durchschnittliche" Interesse des arbeitenden Menschen beschränken: Diese Faktoren erscheinen dann nicht als „Unterdrückung" des sozialen Interesses durch die Vergangenheit des durch die Politik ausgebildeten Arbeiters (d. h. in der Politik durch ein „siegreiches" anderes soziales Interesse einer anderen Gruppe, z. B. einer höher qualifizierten Schicht der Intelligenz usw.), sondern als ökonomische Folge der gegebenen ökonomischen gesellschaftlichen Verhältnisse. Gegen die Interessen des „Durchschnittes" wirkt so also ein indirekter ökonomischer Zwang, der klarer als ein nicht ökonomischer (politischer) Zwang auf die wirklichen Ursachen der ganzen Erscheinung hindeutet: zur Deformation, Beschränktheit und Unterentwicklung des unter Zwang stehenden Subjektes, mit dem eben deshalb die „Verhältnisse" (sein eigenes Produkt) handeln wie mit einem Objekt. [13]

Die Autonomie der Produzenten im weitesten Sinne des Wortes als eine Autonomie, in der die Menschen im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß mit allen Folgen als sozial (durch Arbeitsteilung und ihre Zusammenhänge) bestimmte Menschen auftreten und keineswegs als abstrakte Menschen — als Bürger der politischen Gemeinschaft — eine solche Autonomie als Überschreiten der Qualität der politischen Gemeinschaft erscheint also

[13] Diese autonome Stellung der arbeitenden Menschen, die ein Überschreiten der Sphäre der politischen Gemeinschaft zu direkter Kundgebung der Natur der durch das Gesellschaftskapital beherrschten menschlichen Gemeinschaft ist, schließt eine volle Geltendmachung der Beziehungen zwischen Autorität und Untergeordnetheit nicht nur nicht aus, sondern erfordert sie sogar, wenn aus der Natur der Kooperation und der Spezialisierung der Arbeit selbst sich diese Beziehungen ergeben. Und auch diese Beziehungen (empirisch die sog. „Managerlinie" der Leitung) treten hier auch despotisch auf, aber in der wahren Gestalt von Beziehungen der entfremdeten Arbeitsgemeinschaft, unvermischt mit den politischen Beziehungen und politischer Hegemonie (und also auch ohne die Hoffnung, daß ihr Überschreiten durch die politische Emanzipation der „Geleiteten" möglich ist).

im Sozialismus als wesentlicher Berührungspunkt der empirischen Wirklichkeit mit der Wirklichkeit der kritischen Theorie der kommunistischen Revolution. Es scheint, daß eben diese Verwirklichung der politischen Emanzipation der Arbeitsklasse „jene entdeckte Form" der allmählichen Befreiung der Arbeit sein kann, das Ergebnis (des grundlegenden menschlichen Aspektes) der wissenschaftlich-technischen Revolution, eine Form, die schon in den Anfängen der politischen Emanzipation des Proletariates die Transformation des Organismus der politischen Gemeinschaft in einen Organismus des „Typus der Kommune" zu sein schien. [14]

Das optimale Modell des politischen Systems der sozialistischen Gesellschaft muß also die wirkliche Zwiespältigkeit des Menschen ausdrücken (des abstrakten Menschen und des Menschen als ökonomische „Abart"), es darf diese zwei Gestalten des Menschen nicht mystifizieren und nicht in seiner Stellung im politischen System durcheinanderbringen, sondern es muß im Gegenteil diese beiden Gestalten durch diese Stellung klar ausdrücken, voneinander trennen. Auf diese Weise kann das Modell am wirksamsten die endgültige Negation dieses Zwiespaltes vorbereiten, den Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution fördern, der hier imstande ist, die Möglichkeiten der Perspektive der empirischen Existenz des ganzen Menschen zu schaffen.

[14] Es ist begreiflich, daß bei dieser Auffassung des Wesens und der Funktion der Autonomie der Produzenten diese Autonomie in keinem Falle identisch mit der sog. „Beteiligung der Arbeitenden an der Leitung der Wirtschaft" durch Vermittlung der Gewerkschaftsorganisationen ist.

Peter Saß

Gesellschaftliche Aspekte der ökonomischen Reformen im sozialistischen Osteuropa

Während der letzten Jahre wurde das Wirtschaftssystem in den sowjetkommunistischen Ländern Osteuropas in zunehmendem Maße zum Gegenstand der westdeutschen Publizistik. Dabei wurden alternativ die Thesen von einer Rationalisierung der Zentralverwaltungswirtschaft und von einer Annäherung an das kapitalistische Wirtschaftssystem (letzteres auch unter dem Namen „Konvergenztheorie" bekannt) vertreten. Ob damit das gesellschaftliche Spezifikum der osteuropäischen Wirtschaftsreform treffend erfaßt werden kann, soll im folgenden näher untersucht werden.

I. Das kapitalistische Erbe des osteuropäischen Sozialismus

Nach historisch-materialistischer Auffassung ist jede Geschichtsepoche durch eine besondere Organisation der Produktivkräfte (Aneignung der Natur durch den Menschen) und ihr entsprechende Produktionsverhältnisse (ökonomische Beziehungen zwischen den Menschen, die die Produktaufteilung zwischen den sozialen Klassen bestimmen) charakterisiert. Jeder geschichtliche Umbruch hat seine objektive Ursache in einem für die Betroffenen untragbar gewordenen Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Diese Hypothese kann auch zur Erklärung der Oktoberrevolution in Rußland herangezogen werden, wo durch die Arbeitsteilung des kapitalistischen Weltmarktes die wirtschaftliche Entwicklung weit hinter den historischen Möglichkeiten zurückblieb.

Um den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus genauer zu analysieren, sollen die Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse im Kapitalismus etwas näher beleuchtet werden. Durch die Teilung der Arbeit und Anwendung der Maschinentechnik konnte die Arbeitsproduktivität in der unmittelbar materiellen Produktion in unerhörten Ausmaß gesteigert werden.

Im selben Ausmaß wuchs aber auch die Notwendigkeit, die Wertrealisierung dieser höheren Produktion am Markt organisatorisch zu gewährleisten. Parallel damit erweiterte sich der übrige Arbeitskräftebedarf in

der Verwaltung, die die kapitalistischen Profitziele nicht nur im Einkauf der Produktionsfaktoren und im Verkauf der produzierten Güter, sondern auch durch die Auswahl und Finanzierung neuer Investitionsobjekte sowie durch die Entwicklung neuer Produktionstechniken zu verwirklichen hatte. Es spielt dabei für unsere Analyse im Moment keine Rolle, ob diese Funktionen von den Unternehmen selbst, privaten Verbänden oder von staatlichen Instanzen ausgeübt werden; fest steht allerdings, daß der Verwaltung in jedem Fall das der staatlichen Bürokratie nachgebildete Organisationsmodell zugrunde liegt.

Während die staatliche Bürokratie abstrakte Verhaltensregeln in den gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Individuen durchzusetzen hat [1], muß die Unternehmensbürokratie die innerbetrieblichen Abläufe und Marktoperationen des Unternehmens an der gleichfalls abstrakten Zielsetzung ‚einzelwirtschaftliche Profitmaximierung' ausrichten. Die Arbeitsteilung innerhalb der Bürokratie ist hierarchisch in der Weise organisiert, daß generelle Anweisungen solange von der administrativen Spitze von oben nach unten spezifiziert werden, bis sie zur Bearbeitung der Einzelfälle geeignet sind. Das Leitungspersonal eines Unternehmens muß damit eine weitere Voraussetzung erfüllen: zu der Existenz einer ausreichend großen Kapitalmasse, der Wahl der profitträchtigsten Investitionsobjekte und der optimalen Organisation der Güterproduktion (unter modernen Bedingungen lokalisiert in der Fabrik) kommt die optimale [2] Organisation des Verwaltungsbetriebes (lokalisiert im Büro) hinzu. Mit anderen Worten: Unternehmungsleitung erfordert auch die Fähigkeit, bürokratische Apparate lenken zu können. Hierzu sind weniger intellektuelle Hochleistungen als vielmehr administratives Durchsetzungsvermögen nötig: falls die Unternehmensleitung besondere — nur per Hochschulstudium zu erwerbende — analytische Techniken braucht, kann sie diese im Wege eines Forschungsauftrages (bei einmaligem Bedarf) und durch Einrichtung einer Stabsstelle (bei permanenten Bedarf) „einkaufen".

Die Unternehmensspitze muß es verstehen, häufig anfallende Detailentscheidungen per genereller Anweisung an untere Instanzen zu delegieren. Die Befolgung der Anweisungen wird zweckmäßigerweise durch eine den Verantwortungsebenen entsprechende Gehaltsabstufung gesichert; damit wird nicht nur möglicherweise unterschiedlichen intellektuellen und nervlichen Arbeitsanforderungen Rechnung getragen, sondern gleichzeitig wird

[1] Vgl. hierzu auch die Bürokratie-Definition bei *Leo Kofler* (in: „Das Wesen und die Rolle der stalinistischen Bürokratie". Köln 1952, S. 11) als durch Staatsbeamte verkörperter Formalismus.

[2] optimal jeweils im Hinblick auf das Profitziel.

so die von unten nach oben wachsende Loyalität gegenüber der Unternehmenszielsetzung angemessen honoriert.[3]

Die Gehaltsdifferenzierung hat eine doppelte Wirkung: sie sichert nicht nur den Gehorsam gegenüber den von oben kommenden Anweisungen, sondern bewirkt gleichzeitig, daß sich die Angestellten, die eine relativ günstige Position in der Hierarchie haben, gegenüber dieser Hierarchie konservativ verhalten. Diese Haltung resultiert aus der engen Bindung von materiellem Status und Organisationsstruktur. Auf diese Weise wird aber die Verwaltungsspitze durch Initiative von unten niemals in den Besitz von Informationen gelangen, die zwingend zu einer anderen Organisation der Arbeitsteilung — etwa Auflösung bestimmter Dienststellen oder Fortfall bestimmter Hierarchiestufen — führen würden.

Für den einzelnen Angestellten ist die Ausführung der Dienstanweisungen Selbstzweck. Über den Zusammenhang zwischen der Dienstanweisung bzw. Organisationsstruktur einerseits und dem generellen Organisationsziel andererseits darf er nicht nachdenken, da die Profitmaximierung seinen persönlichen materiellen Interessen widerspricht. Der individuelle Aufstieg gelingt nur demjenigen, der sich der vorgegebenen Organisationsstruktur vorbehaltlos anpaßt. So ist Vorsorge getroffen, daß sich das Top-Management aus unternehmensloyalen Personen zusammensetzt. Die bei diesem Personenkreis erforderliche bewußte Identifikation von persönlichem Interesse und Unternehmensziel wird durch Tantiemen und Gewinnbeteiligungen herbeigeführt; das persönliche Einkommen eines Managers ist nur teilweise fix, zum anderen variiert es mit der Profitsituation des Unternehmens.

Zum Abschluß dieses einleitenden Abschnitts können wir damit folgende These (Nr. 1) formulieren:

Beim Übergang zum Sozialismus findet die Arbeiterbewegung als kapitalistisches Erbe eine Verwaltungstechnik in der Wirtschaft vor, die auf die Verwirklichung der Profitansprüche des Kapitals ausgerichtet ist und die die Trennung der ‚Verwaltungsproduzenten' vom Inhalt ihrer Tätigkeit institutionell voraussetzt.

II. Die Verkennung der ökonomischen Problematik in der traditionellen marxistischen Ökonomie

Bekanntlich gilt das Hauptaugenmerk der sozialistischen Ökonomie der Analyse des Kapitalismus. Marx und Engels haben es bewußt abgelehnt, Modelle für die Organisation der Güterproduktion und -verteilung unter

[3] eine zur Akkordentlohnung analoge Gehaltsabstufung — je nach unterschiedlicher Leistungsmenge — gibt es im Verwaltungsbetrieb nicht.

sozialistischen Bedingungen zu entwerfen. In der Kritik am Gothaer Parteiprogramm der SPD war Marx dann allerdings doch gezwungen, etwas aus der selbst auferlegten Reserve herauszutreten. Dort wird die Unterscheidung zwischen dem sozialistischen Typ (Verteilung nach der Leistung) und dem kommunistischen Typ (Verteilung nach den Bedürfnissen) der klassenlosen Gesellschaft getroffen. In beiden Fällen sollte die Warenproduktion (oder Marktwirtschaft in der heutigen Terminologie) aufgehoben sein, d. h. die Produzenten tauschen ihre Produkte nicht mehr am Markt aus, sondern verrichten unmittelbar bedarfsdeckende Arbeit. Damit war aber über die zweckmäßigste Verteilung der Produktionsfaktoren auf die verschiedensten Produktionsprozesse noch nichts ausgesagt. Die Lösung dieser Aufgabe setzt vielmehr eine ökonomische Nutzenkalkulation voraus, die formallogisch der Anwendung des ökonomischen Prinzips in den privaten Unternehmen und Haushalten der bürgerlichen Gesellschaft analog ist. [4] Formalisiert läßt sich das Problem folgendermaßen umreißen: Welche ökonomischen Dispositionen muß die sozialistische Gesellschaft im Zeitpunkt t_0 bezüglich des gegebenen Produktionsfaktorenbestandes treffen, um während der Planperiode t ein Maximum an Gebrauchswerten zu schaffen, wobei auch eine Substitution zwischen einem Mehr an Gebrauchsgütern und einem Weniger an jährlicher Arbeitszeit denkbar ist.

Die Lösung dieser Optimierungsaufgabe setzt bei der sozialistischen Gesellschaft die Kenntnis des nach Prioritäten geordneten Bedarfs an Gütern für den individuellen und kollektiven Verbrauch voraus. Wenn diese Voraussetzung gegeben ist und den Organen der Wirtschaftsleitung die verschiedenen Produktionsmöglichkeiten bekannt sind, so ist das Optimalproblem im Sozialismus logisch eindeutig lösbar. Es ist das Verdienst des polnischen Sozialisten Oskar Lange, [5] in der Auseinandersetzung mit Vertretern der offiziellen Universitätsökonomie nach dem ersten Weltkrieg — insbesondere mit Ludwig v. Mises — die Möglichkeit einer Wirtchaftlichkeitsrechnung im Sozialismus nachgewiesen zu haben. Zur Bestimmung des zweckmäßigsten Kapitalgütereinsatzes muß er allerdings die Annahme eines von den Planungsorganen festgelegten Zinssatzes machen. Es ließe sich jedoch leicht zeigen, daß dieser Zinssatz so gewählt werden muß, daß er der Bedingung der langfristig optimalen Güterversorgung gerecht wird. Somit wäre der Produktionsprozeß in der soziali-

[4] S. hierzu *Oskar Lange*, Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft, Wien 1964, S. 56.
[5] Vgl. *O. Lange/Fred M. Taylor:* On the Economic Theory of Socialism, Minnesota 1938.

stischen Wirtschaft eindeutig determiniert, den Planungs- und Lenkungsorganen fehlt jede Möglichkeit einer subjektivistischen und willkürlichen Prozeßregulierung.

Warum den objektiven Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Produktion in den vom sowjetischen Kommunismus beeinflußten Ländern bisher nur mangelhaft Rechnung getragen wurde, soll im nächsten Abschnitt erläutert werden. Abschließend können wir die Ergebnisse dieses Abschnitts folgendermaßen zusammenfassen (These Nr. 2):

Der optimale Einsatz der Produktionsfaktoren im Sozialismus erfordert die Durchrechnung eines gesamtwirtschaftlichen Nutzenkalküls, so daß auf diese Weise die ökonomischen Dispositionen der Lenkungsorgane und Produzenten determiniert sind.

III. Wachsende ökonomische Widersprüche seit Ende der fünfziger Jahre

Wenn wir uns im Anschluß an These 1 fragen, was die Vergesellschaftung der Produktionsverhältnisse unter den Bedingungen einer bürokratischen Verwaltungstechnik bedeutet, so kann zunächst nur eine negativ-abgegrenzte Antwort gegeben werden: Vergesellschaftung heißt zuerst einmal Entmachtung des bisherigen Formaleigentümers und Eliminierung der Profitzielsetzung aus dem Produktions- und Verteilungsprozeß. Damit ist wohl eine notwendige Voraussetzung für die Vergesellschaftung der Produktaneignung gegeben, hinreichend ist sie aber noch nicht.

Es genügt demnach nicht, den Begriff der Vergesellschaftung nur negativ zu bestimmen (womit im übrigen einer formalen Begriffsverwendung Tür und Tor geöffnet wird), erforderlich ist darüber hinaus die Erkenntnis, daß die Vergesellschaftung der Produktionsverhältnisse die Konstituierung der Individuen als solidarische Einheit (die freie Assoziation der Produzenten in Marxschen Termini) voraussetzt. Die genossenschaftlich vereinigten Produzenten müssen gleichzeitig in der Lage sein,

a) ihren Güterbedarf mit Hilfe von allen anerkannten Kriterien nach Dringlichkeiten zu ordnen, und

b) die Verteilung der Produzenten auf die einzelnen Produktionstätigkeiten so zu organisieren, daß der gesellschaftliche Güterbedarf optimal gedeckt wird.

Erst dann kann von einer Übereinstimmung zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte und der Produktaneignung durch die vereinigten Produzenten gesprochen werden. Andernfalls ist die Entwicklung im materiellen Produktionsbereich auch unter formalsozialistischen Bedingungen nach wie vor durch Widersprüche gekennzeichnet.

Von den hier angeführten positiven Voraussetzungen sozialistischer Produktionsverhältnisse ist in den sowjetkommunistischen Ländern keine einzige realisiert. Das braucht nicht unbedingt auf ein Versagen der kommunistischen Regierungsparteien zurückzuführen sein, da sich Entwicklungen im historischen Ausmaß nicht von heute auf morgen erzwingen lassen. Schwerer wiegt jedoch die Tatsache, daß die Analyse der Notwendigkeit dieser Voraussetzungen erst nach Stalins Tod begonnen hat und sich ein spezifisch sozialistisches Problembewußtsein erst allmählich zu entwickeln beginnt. Es darf daher nicht verwundern, daß die ökonomischen Widersprüche nicht verschwunden sind, sondern seit Ende der fünfziger Jahre sogar verstärkt (trotz manchmal beachtlicher Produktionssteigerungen) zunehmen. In den industriell weiter fortgeschrittenen Ländern wie der CSSR [6] und DDR [7] äußern sich diese Widersprüche in einem ständig zunehmenden Produktionsmittelverbrauch je Produktionsmengeneinheit, der technisch nicht gerechtfertigt werden kann. Für die CSSR heißt es hierzu recht instruktiv bei Sik: [8]

„Die extensive Entwicklung in der CSSR in den vergangenen Jahren wurde also ökonomisch charakterisiert durch relativ hohen Produktionskonsum, niedrige Effektivität der Grundfonds, relativ hohes Tempo der Investitionskosten, sinkendes Tempo der Produktivität der lebendigen Arbeit, schneller sinkendes Entwicklungstempo des Nationaleinkommens als des gesellschaftlichen Produkts, sinkenden Anteil des Nationaleinkommens am gesellschaftlichen Produkt, wachsenden Anteil der Akkumulation am Nationaleinkommen. Der umfassende Ausdruck dieser Entwicklung war dann ein schnelleres Ansteigen der Reproduktionskoeffizienten."

Diese kritische Entwicklung datiert seit Ende der fünfziger Jahre. Mit extensiven Wirtschaftsmethoden konnte das administrative Planungs- und Lenkungssystem vorher recht hohe Produktionssteigerungen erreichen — allerdings ohne nach einem optimalen Produktivkräfteeinsatz zu fragen. Die Grundlage dieser Erfolge war die Mobilisierung einer ausreichenden Arbeitskräftezahl und die Bereitstellung entsprechender Investitionsmittel aus dem Staatshaushalt. Nachdem jedoch die Produktion den wichtigsten Grundbedarf decken konnte, am Arbeitsmarkt Verknappungen auftraten und weitere ökonomische Fortschritte nur noch durch

[6] Zur ökonomischen Entwicklung der CSSR vgl. Ota Šik, Plan und Markt im Sozialismus, Wien 1967, insbesondere S. 41 ff.
[7] S. auch den Beitrag des Verfassers unter dem Titel „Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in der DDR", in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1968, H. 1, S. 21 ff.
[8] Šik, a. a. O., S. 71 ff.

Diversifikation der Produktion (verbunden mit der Einführung neuer Produkte) und durch stärkere Anwendung des technischen Fortschritts möglich war, erwies sich das administrative Leitungssystem zur Durchführung dieser Aufgaben in zunehmendem Maße als unfähig.

Da die staatliche außerbetriebliche Wirtschaftsbürokratie der Vielzahl qualitativer Gegebenheiten beim Produktionsfaktoreneinsatz und bei der Produktgestaltung nicht Rechnung tragen konnte, war die Tätigkeit der Betriebe notwendigerweise vornehmlich an der Erfüllung und Übererfüllung der Produktionsmengenauflagen orientiert. Das Ziel einer optimalen Deckung des individuellen und kollektiven Bedarfs mußte dabei zu kurz kommen, weil

a) die Betriebsleitungen die Bedingungen für diese Zielerfüllung gar nicht kannten, und

b) die Betriebe ihre Prämieneinnahmen nicht gefährden wollten, die an die Erfüllung quantitativer Auflagen gebunden waren.

Der Widerspruch zwischen tatsächlich aufgewandter und gesellschaftlich notwendiger Arbeit war unter dem alten Planungs- und Leitungssystem nicht zu lösen. Mit anderen Worten: Der Unterschied zwischen dem Konsumenten- und Produzenteninteresse der Werktätigen war nicht verschwunden, sondern existierte fort. Demnach können wir als These für die Ursachen der wachsenden ökonomischen Widersprüche im administrativ-sozialistischen Leitungssystem festhalten (These Nr. 3):

Die Orientierung der Werktätigen und des betrieblichen Leitungspersonals an ihren persönlichen materiellen Interessen mußte unter den besonderen gesellschaftlichen Bedingungen einer administrativen Produktionslenkung, die den Produzenten eine kritisch rationale Prüfung der erteilten Anweisungen und damit eine bewußte Identifikation mit dem Wirtschaftsplan verwehrte, in dem Moment zu ökonomischen Disproportionen und Stagnationsgefahren führen, als die Notwendigkeit qualitativer Veränderungen im Produktionsprozeß und die staatlicherseits bewußt geförderte materielle Interessiertheit der Werktätigen in einen Widerspruch zueinander gerieten.

IV. Dekonzentration der Wirtschaftslenkung – ein Weg zur Aufhebung der Widersprüche?

Die Erkenntnis von der Existenz ernsthafter ökonomischer Widersprüche im administrativen Leitungssystem wuchs im Laufe der Zeit in allen sozialistischen Ländern. Die Ansichten über die hieraus zu ziehenden Konsequenzen gehen zwar von Land zu Land und auch unter den kommunistischen Parteien und Ökonomen der einzelnen sozialistischen Länder

auseinander, so z. B. zwischen dem NÖS der DDR und den sozialistisch-marktwirtschaftlichen Konzepten in Ungarn und der CSSR. In diesem Zusammenhang sollen aber nicht diese ökonomisch gewiß nicht unwichtigen Unterschiede zwischen den Reformkozeptionen im einzelnen untersucht werden, sondern wir wollen unser Hauptaugenmerk auf den Kerngedanken der wirtschaftspolitischen Neuorientierung — die „Ökonomisierung" des Wirtschaftssystems — richten. So wird das Neue Ökonomische System in der DDR als „organische Verbindung der wissenschaftlich fundierten Führungstätigkeit in der Wirtschaft und der wissenschaftlich begründeten, auf die Perspektive orientierten zentralen staatlichen Planung mit der umfassenden Anwendung der materiellen Interessiertheit in Gestalt des in sich geschlossenen Systems ökonomischer Hebel" [9] charakterisiert; daneben wird auch von „dem ökonomischen System des Sozialismus" gesprochen. Dabei soll als „Ökonomisierung" die Kalkulation des ökonomischen Nutzeffekts jeder einzelnen über- und innerbetrieblichen Leitungsmaßnahme verstanden werden.

Nun ist es offensichtlich, daß die Kalkulation des ökonomischen Nutzeffekts auf jeder Leitungsebene unterschiedliche Methoden verlangt. Die zentralen Planungs- und Lenkungsorgane waren überfordert und wären auch heute beim Einsatz modernster Informationstechniken (Kybernetik) und elektronischer Rechenanlagen überfordert, Detailentscheidungen über die konkrete Organisation des Produktionsprozesses in einer Vielzahl unterschiedlichster Betriebe zu fällen. Die Kumulation der Detailentscheidungen von unten nach oben und die mechanische Weitergabe unveränderlicher Befehle von oben nach unten nennt Šik eine „falsche Auffassung des Zentralismus". [10] Die ökonomische Effizienz eines derartigen Leistungssystem ist bestenfalls dann gesichert, wenn eine sozialistische Gesellschaft sich mit einer stationären Produktion bei stets konstanter Produktionstechnik begnügen wollte.

Machen wir dagegen die ausdrückliche Voraussetzung, daß die sozialistische Gesellschaft eine wachsende Produktion von Gütern in sich ständig ändernder Zusammensetzung unter technisch permanent verbesserten Produktionsbedingungen erstrebt [11], so können die Zentralorgane sinnvollerweise nur die gesamtwirtschaftlichen Aggregate wie Wachstums-

[9] Diese Definition entstammt einer amtlichen Richtlinie der DDR und wurde zitiert nach: *Uwe-Jens Heuer:* Demokratie und Recht im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Berlin 1965, S. 9.
[10] *Šik,* a. a. O., S. 119.
[11] Bei dieser Voraussetzung handelt es sich um eine von insgesamt vier Gesetzmäßigkeiten, die nach *Šik* von jeder sozialistischen Wirtschaftspolitik berücksichtigt werden müssen; vgl. *Šik,* a. a. O., S. 105.

tempo, Investitions- und Konsumquote etc. festlegen und die Entwicklung der einzelnen Branchen und Regionen dementsprechend langfristig koordinieren. Die Abstimmung zwischen Produktion und Bedarf *einzelner* Güter muß demnach zwischen den Betrieben und Konsumenten direkt erfolgen, unter der gesellschaftlichen Bedingung persönlicher materieller Interessen also als Warentausch auf dem Markt. Diese Ausgliederung von Detailentscheidungen aus dem Kompetenzbereich der Zentralbehörden kann noch nicht als Dezentralisierung bezeichnet werden, da nicht feststeht, ob die Betriebe mit dem neuen Lenkungsinstrumentarium nicht eventuell doch wirksamer zur Erfüllung der volkswirtschaftlichen Planungsziele veranlaßt werden können als unter dem administrativen Leitungssystem mit seiner Vielzahl einander teilweise widersprechender Kennzahlen, die dem einzelnen Betriebsleiter einen durchaus beachtlichen Handlungsspielraum zur Durchsetzung persönlicher, vom Plan abweichender Interessen gestattete; mit Dekonzentration wäre die ökonomische Kompetenzverlagerung besser charakterisiert. Heuer spricht in diesem Zusammenhang von der Selbstorganisation des ökonomischen Teilsystems (Betrieb bzw. sozialistischer Konzern). [12]

Die Ökonomisierung des Wirtschaftssystems zielt nicht auf eine Dezentralisierung ab, die mit dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion nicht vereinbar wäre, sondern erstrebt eine Rationalisierung des Lenkungsinstrumentariums, das die Verwirklichung der zentralen Pläne besser garantiert. Hierzu gehören vor allem ein flexibles Preissystem und auf die Produktionsfonds (Grund- und Umlauffonds) bezogene Gewinnormative. [13] Die Gewinnormative müssen dabei langfristig stabil sein und so festgelegt werden, daß sie die vom Volkswirtschaftsplan vorgezeichnete globale Produktionsentwicklung sichern. Die Betriebe gewinnen dadurch die Freiheit, die für die Planerfüllung kostengünstigste Kombination der Produktionsfaktoren selbst zu bestimmen. Das Interesse der Betriebe an einer optimalen Kostenentwicklung ist durch die Abhängigkeit der persönlichen Einkommen von der Erfüllung der Gewinnormative gegeben. Obwohl produktionsfondsbezogene Gewinnormative und kapitalistische Profitrate formal identisch sind, existiert ein gewichtiger gesellschaftlicher Unterschied in der Art und Weise ihres Zustandekommens. Während die Erfüllung der kapitalistischen Profitansprüche von den Marktdispositionen der Kapitalbesitzer und von der Auseinandersetzung mit der Arbeitnehmerschaft um die Aufteilung des Sozialprodukts abhängt und damit auch die Höhe der Profitansprüche keiner übergeord-

[12] *Heuer*, a. a. O., S. 90.
[13] Vgl. *Heuer*, a. a. O., S. 136.

neten bewußten gesellschaftlichen Kontrolle unterliegt, werden die Gewinnormative im Sozialismus von Kollektivorganen der Gesellschaft festgelegt. In welcher Weise damit eine gesellschaftliche (d. h. nicht nur formale) Demokratisierung verbunden ist, soll jetzt gesondert untersucht werden.

Als formale Demokratie soll im folgenden die Verfassung eines gesellschaftlichen Verbandes verstanden werden, in dem Entscheidungen durch freie Abstimmungen nach vorangegangener öffentlicher Diskussion gefällt werden, wobei jedem Verbandsangehörigen das Recht der Diskussionsinitiative sowie das Recht auf Information und freie Meinungsäußerung zustehen. Bürgerliche und sozialistische Demokratie unterscheiden sich weniger durch andere Akzentsetzungen ihrer formalen Verfassungen, als vielmehr durch die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die für das Verhalten der Individuen und Verbandsorgane maßgebend sind. Für den sozialistischen Inhalt der Demokratie ist es charakteristisch, daß sämtliche Individuen in Bezug auf ihre materiellen Interessen gleich sind, die öffentliche Diskussion also nur die optimale Sicherung dieses allgemeinen Interesses zum Inhalt hat. In diesem Zusammenhang müssen sofort einige Einschränkungen gemacht werden:

1. Eine vollständige materielle Interessengleichheit ist nur in einer Überflußgesellschaft nach Aufhebung des Knappheitsprinzips gegeben, da bei unterschiedlicher persönlicher Bedarfsstruktur und Unmöglichkeit eines interpersonalen Nutzenvergleichs nicht jedes Individuum denselben Bedarfsdeckungsgrad erreichen kann. Die manipulative Vereinheitlichung der Bedarfsstrukturen würde auf einen zivilisatorischen Rückfall in urkommunistische Zustände hinauslaufen.

2. Die Forderung nach materieller Interessenidentität gilt nicht nur in Bezug auf den Güterverbrauch, sondern auch in Bezug auf die Stellung der Individuen in der Produktion, d. h. Produktion und Verteilung müssen so organisiert werden, daß die körperliche, intellektuelle und nervliche Arbeitsbelastung der Produzenten unabhängig von ihrer Funktion annähernd identisch ist.

3. Solange die Gesellschaft einer Regulierung ihrer Handlungsabläufe durch Rechtsnormen bedarf, beeinträchtigt die wegen Rechtsverletzung gegebene Sanktionsmöglichkeit die freie Entfaltung der Individuen auch in den Bereichen, die vom Recht nicht normiert werden. Diese Gefahr wächst in dem Maße, wie die ‚Produktion' der Rechtsnormen und die Kontrolle ihrer Einhaltung zum Gegenstand einer besonderen professionellen Tätigkeit gemacht werden (Bürokratie).

Von diesen drei rigorosen Voraussetzungen dürfte die erste auf absehbare

Zeit nicht zu erfüllen sein. Die Gründe hierfür sind u. a. in der gegenwärtig noch zu niedrigen Arbeitsproduktivität der osteuropäischen Länder und in der Beeinflussung der Konsumnorm durch die kapitalistischen Länder zu suchen, in denen die Konsumansprüche aus systeminternen Gründen ständig wachsen, deren Analyse aber im Rahmen dieser Arbeit nicht zu leisten ist. Die zweite Voraussetzung bezüglich der Arbeitsteilung im Produktions- und Distributionsprozeß ist gegenwärtig zwar auch nicht zu realisieren, kann aber langfristig gemeistert werden, wenn in den sozialistischen Ländern die Notwendigkeit erkannt wird, die kapitalistische Produktionstechnik (insbesondere die Maschinentechnik), die den Produzenten unter den besonderen Voraussetzungen einer Klassengesellschaft zum Teiloperateur innerhalb eines für ihn nicht mehr überschaubaren Gesamtsystems degradierte, durch eine Form horizontaler Arbeitsteilung abzulösen, die von jedem Werktätigen ein annähernd gleiches Leistungsvermögen (wenn auch in unterschiedlicher Ausgestaltung) verlangt. Unmittelbar ansetzen kann dagegen eine sozialistische Gesellschaftspolitik im Abbau der Bürokratie, einer Verwaltungstechnik, die ebenfalls auf spezifisch kapitalistische Bedürfnisse zugeschnitten ist. Hierbei wären konkret zu nennen:

a) Entprofessionalisierung von Leitungstätigkeiten durch Übertragung auf ehrenamtliche Vertreter der unmittelbaren Produzenten.
b) Reduktion der Verwaltungsgehälter auf Facharbeiterlohnniveau. [14]
c) Einschränkung der Weisungsbefugnisse, die vom wissenschaftlichen Personal ausgeübt werden.
d) Öffentlichkeit der Verwaltungsvorgänge.

Für die Leitungsorgane untergeordneter Einheiten bedeutet diese gesellschaftlich verstandene Selbstverwaltung eine doppelte Verantwortung: für die Einhaltung der von oben ergangenen Weisungen haften sie nach außen, für ihre Dispositionen innerhalb dieses vorgegebenen Rahmens sind sie den Verbandsangehörigen (Belegschaften, Gemeindeeinwohnern etc.) verantwortlich, deren materieller Status auf das engste mit den Operationen der unteren Einheiten verbunden ist. Die Anweisungen des Zentralverbandes müssen jederzeit in öffentlicher Diskussion auf konkrete Wählerentscheidungen zurückgeführt werden können; Koordinationsfunktion und Bestimmung der Entwicklungsrichtlinien (letzteres als eigentliche politische Aufgabe) müssen streng auseinandergehalten werden.

Die eben abgehandelte Problematik ist unter den kommunistischen Par-

[14] S. hierzu die Analyse der Erfahrungen der Pariser Kommune durch Marx, in: Karl Marx/Friedrich Engels — Werke, Bd. 17, Berlin 1962, S. 596.

teien Osteuropas bisher nur vom Bund der Kommunisten Jugoslawiens erkannt und versuchsweise analytisch verarbeitet worden. [15] In den anderen Ländern hat die ökonomische Reform-Diskussion den technokratischen Horizont nicht überschritten, d. h. es dominiert das Streben nach partieller Rationalisierung der ökonomischen Prozesse innerhalb der gegebenen bürokratischen Institutionen. Daß die Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaft zur sozialistischen Demokratie auch eines Abbaus bürokratischer Herrschaft bedarf, wird übersehen. Die freiwillige Integration der atomisierten Individuen zu einer produktiven Assoziation kann eben nicht durch die systematische Anwendung tauschwirtschaftlicher Mechanismen auf der Basis bürokratischer Herrschafts- und Arbeitsteilung erreicht werden, wie sie unverändert durch die von oben nach unten verlaufenden Anweisungsstränge gegeben ist. [16] Für die Gewerkschaften und betrieblichen Belegschaftsvertretungen sind in den neuen ökonomischen Konzeptionen bestenfalls einige Veto- und Vorschlagsrechte eingearbeitet. Eine umfassende Aufhebung des Widerspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion einerseits und der nichtsolidarischen Arbeitsteilung und bürokratisch-kommerziellen Produktaneignung andererseits ist auf diese Weise nicht möglich; es darf aber nicht verkannt werden, daß dieser Widerspruch durch die ökonomischen Reformen eine andere Akzentsetzung erhält, wobei im Moment nicht darüber spekuliert zu werden braucht, ob auf diese Weise Widersprüche an anderer Stelle — etwa in der geistigen Produktion — intensiviert werden.

Das Ergebnis dieses Abschnitts kann folgendermaßen zusammengefaßt werden (These Nr. 4):

Die Dekonzentration ökonomischer Entscheidungsbefugnisse und die systematische Anwendung tauschwirtschaftlicher Kalküle in einer nach wie vor zentral gesteuerten Planwirtschaft mögen zu einer zeitweisen Stabilisierung ökonomischer Abläufe beitragen, sind aber ohne den gleichzeitigen Abbau ökonomischer und administrativer Statusunterschiede nicht in der Lage, den Hauptwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und hierarchischen Verwaltungs- und Verteilungstechniken einer schrittweisen Lösung näher zu bringen.

[15] S. hierzu die Untersuchung von *Mihailo Markovic* über „Entfremdung und Selbstverwaltung" in: Folgen einer Theorie — Essays über ‚Das Kapital' von Karl Marx. Frankfurt 1967, insbesondere S. 194 ff.

[16] Nach Behrens gehört das Thema der endgültigen Form des gesellschaftlichen Eigentums noch zu den ‚heißen Eisen', da hiervon die ‚Souveränitäts- und Herrschaftsverhältnisse' in den sozialistischen Ländern stark tangiert werden. Vgl. den Aufsatz von *Fritz Behrens:* „Kritik der politischen Ökonomie und ökonomische Theorie des Sozialismus", in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1967, H. 12.

V. Warenproduktion und sozialistische Demokratie

a) Einfache, kapitalistische und sozialistische Warenproduktion

Die unterschiedliche Bewertung der Warenproduktion in der sozialistischen Politökonomie erfordert eine begriffliche Klärung, die zu Beginn dieses Abschnitts geleistet werden soll. Der Warencharakter der Produktion oder, mit anderen Worten, die marktwirtschaftliche Organisation der Güterverteilung ist charakteristisch für eine Gesellschaft, die den Widerspruch zwischen tatsächlich aufgewandter und gesellschaftlich notwendiger Arbeit nicht planmäßig, sondern nur spontan lösen kann. Durch den Tausch treten wohl verschiedene Produzenten miteinander in Verkehr, eine weitergehende Integration gelingt jedoch wegen der in der Preisbildung zum Ausdruck kommenden Interessenverschiedenheit nicht. Produzenten- und Konsumenteninteressen fallen auseinander. Unter diesen Bedingungen ist die Identifikation des Produzenten mit seiner Arbeit nicht möglich; persönlich sehen die Produzenten den Sinn ihrer Tätigkeit darin, die selbst erstellten Arbeitsprodukte möglichst günstig gegen andere Gebrauchswerte einzutauschen.

Der Begriff der Warenproduktion ist jedoch inhaltlich so lange nicht vollständig bestimmt, als nicht diejenigen spezifischen gesellschaftlichen Verhältnisse benannt sind, unter denen die Produzenten ihre Produkte austauschen. Demnach sind drei verschiedene Stufen der Warenproduktion zu unterscheiden:

1. Die einfache Warenproduktion, in der jeder Produzent eigener Besitzer seiner Produktionsmittel ist und in der ein etwaiges Mehrprodukt (d. h. der über den persönlichen Güterbedarf hinausgehende Teil der Produktion) in seinen Besitz übergeht.
2. Die kapitalistische Warenproduktion, in der die Arbeitskraft der besitzlosen Produzenten selbst zur Ware wird und der Erfüllung verselbständigter, gesellschaftlich nicht kontrollierter Profitansprüche dienen muß.
3. Die sozialistische Warenproduktion, in der die Produzenten ihre Arbeitsprodukte ebenfalls als Waren austauschen, die makroökonomischen Bedingungen dieses Tauschprozesses aber von den Kollektivorganen der Gesellschaft festgelegt werden.

b) Solidarität und Egalität der Produzenten

Der sozialistische Charakter der Warenproduktion wird entscheidend durch die Form bestimmt, in der die Produzenten eines Unternehmens miteinander kooperieren und verkehren und in der die Gesamtheit der Produzenten die Maßnahmen der Zentralorgane beeinflußt. Eine Ein-

kommensdifferenzierung unter den Belegschaftsmitgliedern ist nur angebracht, wenn unter gleichen Arbeitsbedingungen exakt meßbare Leistungsunterschiede auftreten, die von der individuellen Arbeitsneigung der einzelnen Werktätigen verursacht sind. Der genossenschaftliche Charakter der zwischenmenschlichen Beziehungen im Betrieb wird empfindlich gestört, wenn — wie unter dem administrativen Leitungssystem in allen sowjet-kommunistischen Ländern oder unter dem neuen Wirtschaftsmechanismus in Ungarn — der materielle Status des leitenden Personals und mittleren Managements in erheblich stärkerem Maße als das Einkommen der übrigen Werktätigen von der Erfüllung außerbetrieblicher Leistungsauflagen (beispielsweise von der Erfüllung der Gewinnnormative) abhängt. Unter diesen Umständen werden die Dispositionen des Leitungspersonals auf die maximale Erfüllung der persönlichen Einkommensansprüche einer kleinen Minderheit gerichtet sein, die bei der geplanten Abhängigkeit der Prämienausschüttung vom betrieblichen Gewinnstatus in einem Gegensatz zu den materiellen Interessen der breiten Produzentenmassen stehen. Die Frage, ob diese Spannungen später sogar einmal das notwendige Gleichgewicht zwischen Betriebsgewinnen und persönlichen Einkommen gefährden, oder ob eine derartige Entwicklung durch die Politik der Zentralorgane verhindert werden kann, muß heute offen bleiben.

Die sozialistischen Unternehmensmanager werden gewiß nicht dieselben ökonomischen Handlungsmöglichkeiten ihrer kapitalistischen Kollegen haben — u. a. wird über Einstellung und Entlassung des Leitungspersonals nach wie vor bei den staatlichen Organen entschieden —, es bleibt jedoch zu fragen, ob die zentralen Planungs- und Lenkungsorgane bei der Verselbständigung des Gewinnstrebens auf der Unternehmensebene noch zu einer bewußten Steuerung der Gesamtwirtschaft sowie der größeren Sektoren und Regionen in der Lage sind, oder ob sich ihre Funktion nicht auf eine Koordination ihnen vorgegebener Aktivitäten beschränken muß. Der sozialistische Reifegrad der Warenproduktion wird daneben nicht zuletzt von dem Ausmaß bestimmt werden, in dem die unmittelbaren und noch nicht in die Unternehmensbürokratien integrierten Produzenten in den verschiedenen Vertretungskörperschaften ihre Interessen selbst wahrnehmen und die volkswirtschaftlichen Leitungsorgane effektiv überwachen können.

c) Zentralisierte und dezentralisierte Wertaneignung

Eine weitere Möglichkeit zur Beurteilung der Frage, welchen Integrationsgrad eine sozialistische Gesellschaft erreicht hat, bietet die Untersuchung

der Wertaneignung. In den Produktionsbereichen, die dem Knappheitsprinzip unterworfen und demzufolge tauschwirtschaftlich organisiert sind, werden die Produkte letzten Endes individuell angeeignet. Die Produktion ist zwar nicht mehr vornehmlich an der Mehrwerterzielung ausgerichtet, es wird aber nach wie vor ein über die gegenwärtigen Konsumbedürfnisse der Gesellschaft hinaus gehendes Mehrprodukt erstellt, das unter den Bedingungen der Warenproduktion einen Wertausdruck hat und auch terminologisch als Mehrwert bezeichnet werden kann. Die fast ausschließliche Aneignung und Verteilung dieses Mehrwerts durch die zentralen Lenkungsorgane im administrativen Leitungssystem kann noch nicht als Indikator für die Vergesellschaftung der Produktionsverhältnisse angesehen werden. Die zentralisierte Mehrwertakkumulation kann in wirtschaftlich rückständigen Ländern wohl zeitweise durch Bevorzugung einiger Schwerpunktbranchen eine Wachstumsforcierung bewirken, bei fortschreitender Produktionstechnik jedoch keinen optimalen Investitionsmitteleinsatz garantieren.

Nach den neuen ökonomischen Konzeptionen soll über die Verwendung des in den Unternehmen realisierten Mehrwerts nach Abzug der gesellschaftlichen Abgaben unter Beachtung zentraler Vorschriften von den Unternehmensleitungen autonom entschieden werden. Dabei wächst die Wertmasse, über die disponiert werden kann, mit dem Grad der vom Unternehmen erzielten Rentabilität. Diese Rentabilität ist aber nur ein anderer Ausdruck für die in der Gesellschaft zu einem gegebenen Zeitpunkt existierende Güterknappheit. Wenn die Unternehmen nun zum großen Teil die Verfügungsgewalt über diese Knappheitsgewinne erhalten, wird ihnen damit für die Investitionsentscheidungen gleichzeitig die Alternative eingeräumt, die Gewinne entweder für die Beseitigung bestehender Knappheitssituationen (Erweiterungsinvestitionen) oder zum Aufbau neuer Knappheitspositionen (durch Einführung neuer Produkte) zu verwenden. Von der letzten Möglichkeit dürfte umso mehr Gebrauch gemacht werden, je enger die Bindung zwischen dem Gewinnstatus des Unternehmens und der Einkommenshöhe des Managements ist. Die Funktion des Bankkredits, auf den grundsätzlich bei jedem größeren Investitionsvorhaben zurückgegriffen werden soll, kann nur darin bestehen, die langfristigen Rentabilitätschancen der von den Unternehmen eingereichten Investionsvorschläge zu überprüfen und manchen aus kurzfristiger Sicht begründeten und übertriebenen Optimismus zu korrigieren, ohne das Gewinnanspruchsniveau der Unternehmensbürokratien nennenswert beeinflussen zu können.

Als Ergebnis dieses Abschnitts können wir die These (Nr. 5) formulieren: *Solange eine sozialistische Gesellschaft zu einer rationalen Steuerung von ökonomischen Detailprozessen durch die zentralen Lenkungsorgane nicht fähig ist, muß der so notwendigerweise entstehende Widerspruch zwischen tatsächlich aufgewandter und gesellschaftlich notwendiger Arbeit tauschwirtschaftlich gelöst werden. Die solidarische Integration der Produzenten ist unter diesen Umständen nur begrenzt möglich. Aber selbst diese begrenzten Möglichkeiten werden unvollkommen genutzt, wenn die Beziehungen zwischen dem einzelnen Produzenten und der Teilkooperation (= Unternehmen) tauschwirtschaftlich und nicht genossenschaftlich reguliert werden.*

VI. Sozialistische Weiterentwicklung oder kapitalistische Restauration?

Die Fragestellung, ob es sich bei den ökonomischen Reformen in Osteuropa um eine Annäherung an den Kapitalismus oder gar um eine kapitalistische Restauration handelt, soll an dieser Stelle weder ausführlich analysiert noch kritisiert werden. Es muß jedoch betont werden, daß die Rentabilitätsorientierung der Produktion und die Ausnutzung von Marktmechanismen keine Kriterien zur Beantwortung der aufgeworfenen Frage bilden. Auf diese Weise bleiben die gesellschaftlichen Voraussetzungen, unter denen Marktprozesse ablaufen und Gewinne erzielt werden, vollkommen außeracht.

Wichtig ist vielmehr, ob durch die Wirtschaftsreform der in den letzten Jahren gewachsene Widerspruch zwischen den vergesellschafteten Produktivkräften und den Methoden der Produktionslenkung und der Produktaneignung gelöst werden kann. Dazu muß bemerkt werden, daß die Verschärfung dieses Widerspruchs auf das administrative Wirtschaftssystem zurückgeführt werden muß, dessen Beseitigung auf jeden Fall zu einer ökonomischen Konsolidierung beitragen kann. Allerdings basieren auch die neuen ökonomischen Konzeptionen auf bürokratischen Verwaltungsmechanismen, die eine enge Koppelung zwischen dem materiellen Status des einzelnen und der Erfüllung von oben ergangener Weisungen beinhalten. Für die (im Hinblick auf die optimale Bedarfsdeckung solidarischer Produzenten) rationale Begründung der von oben kommenden Anweisungen fehlt jedoch in einem System allseitiger materieller Interessiertheit jede Garantie. Die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bleibt weiterhin wirksam und wird später — auf einem höheren materiellen Niveau — bei Auftreten objektiver Störungen in den gesellschaftlichen Abläufen neue institutionelle Änderungen verlangen.

Volkard Mosler

Zur Reaktion der britischen Linken auf Versuche staatlicher „Einkommenspolitik" (Teil I)

I. Staatliche Lohnkostenplanung ist keine spezifisch britische Erscheinung

Apologeten des kapitalistischen Systems nennen es „Einkommensplanung".. Dabei handelt es sich um den Versuch, den Faktor „Lohnkosten" durch staatlichen Eingriff in die Tarifautonomie der Gewerkschaften auf Jahre hinaus zu einer kalkulierbaren Größe zu machen. Wie so vieles haben diese Versuche ihre Ursprünge in den beiden Weltkriegen, besonders im letzten. Das Problem ist das gleiche: bei minimalem „Verlust" durch steigenden Konsum soll ein Maximum an Produktion aus einer voll beschäftigten Lohnarbeiterschaft herausgeholt werden. Die Methoden und Mittel mit denen dieses Ziel in der Phase der permanenten Rüstungswirtschaft („des bewaffneten Friedens") angestrebt wird unterscheiden sich nur graduell von denen einer vollen Kriegswirtschaft. Sie reichen vom bloßen Druck der „Öffentlichkeit" durch Maßhalteparolen über komplexe Systeme von Schlichtungsverfahren, „Mitbestimmung" in gemeinsamen Ausschüssen aller Art, Gesetzen zur Einschränkung der Tarifautonomie bis hin zur totalen staatlichen Lohn- und Preiskontrolle.

Obwohl es erste Ansätze bereits unmittelbar nach dem Krieg gab, wurde staatliche Lohnkostenplanung erst nach der Liberalisierung des westlichen Handels- und Zahlungsverkehrs in der zweiten Hälfte der Fünfziger zu einem allgemeinen Phänomen. Nur das in überproportional hohem Maße vom Außenhandel abhängige Holland besaß vor 1957 ein voll entwickeltes System staatlicher „Einkommensplanung". Was geschieht, wenn Gewerkschaften im Interesse des Gemeinwohls darauf verzichten, ihre Verhandlungsstärke voll auszunützen, wird am holländischen Beispiel deutlich. 1953 war das Realeinkommen der holländischen Arbeiter immer noch auf dem Stand von 1947, obwohl das Volkseinkommen im geldlichen Zeitraum um 60 % und die Industrieproduktion um 75 % gewachsen war. Vor dem Krieg gehörten die holländischen Arbeiter zu den best bezahlten Europas. Ihre Löhne lagen um wenigstens 35 % über denen der belgischen Arbeiter. Heute verdienen sie rund 20 % weniger als ihre

belgischen und ca. 30 % weniger als ihre deutschen Kollegen. (Bemerkenswert ist, daß es auch in Holland eine sozialdemokratische Regierung war, die die ‚nationale Einkommenspolitik' ins Werk gesetzt hatte.) [1]

1957 gab es in Österreich und in Großbritannien erste Ansätze staatlicher Lohnkostenplanung. Heute, zehn Jahre danach, gibt es kaum ein Land des westlichen Kapitalismus, in dem solche Tendenzen völlig unbekannt geblieben wären. Mit der Verbreitung des Phänomens ist seine Intensivierung verbunden, die ihren vorläufigen Höhepunkt im gesetzlich verordneten totalen Lohnstop der Wilsonregierung fand.

Die Klasse, die über die Produktionsmittel verfügt, hat immer versucht, den Lebensstandard der Arbeiterklasse niedrig zu halten. Insofern ist staatliche ‚Einkommensplannung' nichts Neues. Lediglich die dabei angewandten Mittel verändern sich. Die großen Krisenjahre in den Zwanzigern und Dreißigern waren gekennzeichnet durch Deflation, drastische Lohnkürzungen, ‚Desintegration' der Gewerkschaften aus dem Staat (Aufkündigung von ‚Mitbestimmungsinstitutionen' der Burgfriedenszeit) bis hin zu ihrer völligen Zerschlagung in den faschistischen Regimen. ‚Einkommensplanung' gab es nur in der Phase während und unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg. Mit der Wende hin zur inflationären Rüstungswirtschaft — zunächst in Deutschland, dann über ihren ‚Export' durch den zweiten Weltkrieg in allen anderen entwickelten Ländern — traten neue Probleme in den Vordergrund. Die relative Vollbeschäftigung des Rüstungskapitalismus brachte eine beträchtliche Kräfteverschiebung auf den Arbeitsmärkten. Ohne die disziplinierende Kraft eines nennenswerten Arbeitslosenheeres fanden sich die Managements der großen Industriebetriebe gegenüber der organisierten Lohnarbeiterschaft in einer schwächeren Position als je zuvor. Solange die Profitaussichten rosig waren, gab man den Lohnforderungen der Arbeiter ohne allzu großen Widerstand nach. Kurze Warnstreiks lösten die für die Zwischenkriegsjahre typischen langen Abwehrstreiks ab. Inflation — Überwälzung der steigenden Kosten auf die Preise — wurde zum wichtigsten Mittel der Kapitalisten, den Anteil der Arbeiterklasse am Volkseinkommen klein zu halten. Die ständigen Preissteigerungen wurden zwar öffentlich beklagt, aber so lange sie sich als gangbaren Weg zur Verteidigung der Profite anboten, wurden sie nicht als nationales Unglück empfunden. So stiegen die Preise seit dem Krieg fast kontinuierlich um 2 bis 3 % jährlich. Selbst

[1] Eine genauere Analyse des holländischen ‚Experiments' findet man bei E. Mandel, ‚Pas de politique des revenus sans controle ouvrier', in: Les Cahiers du Centre d'Etudes Socialistes, April-Juni 1963.

in ausgesprochenen Rezessionsjahren wie 1951, 54 und 58 stiegen sie um 1—2 %.

In einem mehr oder weniger geschlossenen Wirtschaftssystem des Monopolkapitalismus bereiten inflationäre Tendenzen kaum Kopfschmerzen. Aber die Tendenz zur *Öffnung* der Nationalwirtschaften, wie sie seit Beginn der Fünfziger zu beobachten ist, gibt immer mehr Anlaß, von einem System konkurrierender Oligopole als von Monopolen zu sprechen. Die Zeichen mehren sich, daß echte Konkurrenzsituationen — militärischer und wirtschaftlicher Art — das Verhalten einzelner Nationalwirtschaften — geplanter wie halbgeplanter — bestimmen. Zusammen mit wachsender Integration der Weltmärkte bildet Inflation ein explosives Gemisch. Wir haben das in Deutschland gerade beobachten können. Die Inflationsraten lagen 1965 und 1966 mit fast 4 % über dem internationalen Niveau. Weitere Lohnsteigerungen hätten nicht ohne Gefährdung der Wettbewerbsposition der westdeutschen Großindustrie auf die Preise überwälzt werden können. Die Bruttoprofite der deutschen Aktiengesellschaften waren 1965 und 66 beträchtlich gefallen. Zum ersten Male sahen sich auch die deutschen Kapitalisten gezwungen, den Weg des Preisüberwälzens zu verlassen. Staatliche Eingriffe in die Tarifautonomie der Gewerkschaften in Form von „Orientierungshilfen" (sprich Lohnleitlinie) und ‚konzertierter Aktion' entsprachen den neuen Bedürfnissen westdeutscher Kapitalisten.

Dort wo auch bei hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten der Arbeitsmarkt Reserven aufwies, wie in Italien, Frankreich und Deutschland in den Fünfzigern und in Japan bis heute, wo daher der Druck der Lohnkosten relativ niedrig und die Profite hoch waren, erscholl auch der Ruf nach staatlicher Lohnkostenplanung selten.

Erst auf dem Hintergrund der Arbeitskräfteknappheit gewinnen folgende Tendenzen im Nachkriegskapitalismus ihre Qualität als Ursachen für staatliche Einkommensplanung: „Umfang und Dauer der Investitionsprojekte der Großindustrien haben im Vergleich zur Zeit vor dem Weltkrieg beträchtlich zugenommen. Gleichzeitig hat sich das Investitionsrisiko erhöht, weil die Geschwindigkeit des technischen Wandels größer ist als je zuvor . . ."

„Zweitens ist die Gefahr der Veraltung . . . mit der neuen technischen Revolution rasch gestiegen. Drittens ist der Druck des internationalen Wettbewerbs größer denn je, und ist durch den systematischen Abbau der Zollschranken seit Beginn der Fünfziger noch verschärft worden (bes. innerhalb der EWG und der EFTA-Zone und im Rahmen der „Kennedy-Runde") . . .

Die langfristige Natur der Investitionen und die rasche Geschwindigkeit des technischen Wandels zwingen die Großbetriebe zum Versuch, langfristige Kontrolle über alle Kostenpositionen zu gewinnen, besonders über die Lohnkosten." [2]

Langfristige Investitionsplanung, seit dem Krieg zu einer typischen Erscheinung des Kapitalismus geworden — ist aufs Engste mit den oben beschriebenen Tendenzen verwachsen: schnellem technischen Wandel, relativer Vollbeschäftigung, Abbau der Zollbarrieren, wachsender Konkurrenz und schließlich zunehmendem Druck auf die Profitraten. Alle diese Tendenzen wurzeln ihrerseits wiederum im System der permanenten Rüstungswirtschaft, das dafür verantwortlich ist, daß Überproduktionskrisen mehr oder weniger erfolgreich vermieden werden konnten. [3]

Die Erhaltung industrieller Reservearmeen, die Zerschlagung von Gewerkschaften, Inflation, staatliche ‚Einkommenspolitik' und systematische Integration sich zunehmend verselbständigender Gewerkschaftsbürokratien sind verschiedene Taktiken der einen Strategie: das Stück der Arbeiterklasse am volkswirtschaftlichen Kuchen klein zu halten und zu verkleinern. Die Politik der staatlich reglementierten Löhne — das bleiben sie, auch wenn Gewerkschaftsführer daraus einen ‚freiwilligen Verzicht' machen — wird in den nächsten Jahren auch in der Bundesrepublik eine immer wichtigere Rolle spielen. Innerhalb eines weiterhin wachstumsorientierten Rüstungskapitalismus soll staatliche Lohnkostenplanung die Rolle klassischer Deflationspolitik als „Preisstabilisator" übernehmen. Gerade das Beispiel Englands zeigt, wie zweifelhaft Deflationspolitik als „Stabilisator" auf lange Sicht wirkt. Stagnation und Preissteigerung sind die Folgen gewesen. Daher der Ruf nach ‚Incomes Policy', die das Wunder vollbringen soll, Stabilität und Wachstum auf einen Nenner zu bringen.

Für Sozialisten und Gewerkschafter kann auf der Suche nach einer angemessenen Antwort auf eine solche Politik die Analyse des von der Wilsonregierung verhängten Lohnstops und der gegen diese Politik sich entfaltende Oppositionsbewegung eine nützliche Hilfe sein.

In dem Abschnitt „Altersschwächen des britischen Neokolonialismus" werden die Ursachen für das vergleichbar schlechte Abschneiden des bri-

[2] T. Cliff/C. Barker „Incomes Policy, Legislation and Shop Stewards", London 1966, S. 10 ff.

[3] Für eine ausführlichere Behandlung dieser Theorie vgl. T. Cliff „Perspectives of the Permanent War Economy", in ‚A Socialist Review', London 1965, S. 34-70; M. Kidron „Western Capitalism after World War II — an Essay", Weidenfeld-Nicholson, London 1968; H. Magdoff „Problems of United States Capitalism", in: The Socialist Register, London 1965, S. 62-79.

tischen Kapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg aufgezeigt. Erst auf dem Hintergrund der ökonomischen Widersprüche werden die innen- und außenpolitischen Reaktionen sowohl der konservativen als auch der Labourregierungen verständlich. Die zunehmende Planfreudigkeit britischer Regierungen seit Beginn der Sechziger stellt sich dar als ein vergeblicher Versuch, ökonomische Widersprüche auf nationaler Basis zu lösen, die aber aus Großbritanniens internationalen Verflechtungen und Verpflichtungen resultieren. Es sind immer mehr die Gläubiger Großbritanniens, die über den Internationalen Währungsfonds den politischen Spielraum britischer Regierungen bestimmen. In dem Abschnitt „Zur Politik der britischen Nachkriegsregierungen" wird gezeigt, daß das soziale Reformprogramm, dem die Labour-Party ihren Wahlsieg von 1964 verdankte, nicht verwirklicht werden konnte, weil die Labourregierung zu keinem Zeitpunkt bereit war, die wirklichen Ursachen der Stagnationstendenzen in Frage zu stellen. Stattdessen versucht sie mit Hilfe von Antigewerkschaftsgesetzen und einer immer schärferen staatlichen Einkommensplanung die britischen Arbeitnehmer zu disziplinieren.
Aber gleichzeitig wächst die Bereitschaft zur Gegenwehr. Eine Analyse der Linken und ihrer Vorstellungen über eine Gegenstrategie ist Gegenstand eines weiteren Artikels, der im nächsten Heft erscheinen wird.
Ausgangsthese dieses Aufsatzes ist, daß bestimmte Eigentümlichkeiten des britischen Nachkriegskapitalismus (Weltbankier, Weltpolizist, altersschwacher Neokolonialismus etc.) allgemeine Tendenzen der permanenten Rüstungswirtschaft vorweggenommen haben (z. B. Tendenz zur wirtschaftlichen Stagnation), daß es sich also im Folgenden nicht nur um die Aufzeichnung typisch britischer Erscheinungen handelt, sondern auch um die Beschreibung immer deutlicher sich abzeichnender Tendenzen des westdeutschen Kapitalismus.

II. Altersschwächen des britischen Neokolonialismus

Im Unterschied zur Phase des Hochimperialismus um die Jahrhundertwende spielte Kapitalexport aus den kapitalistischen Metropolen in sogenannte ‚nicht-durchkapitalisierte Räume', in Kolonien und Halbkolonien, nach 1945 keine Rolle mehr. Zum Wesen der Kriegs- und Rüstungswirtschaften, wie wir sie seit dem zweiten Weltkrieg erleben, gehört Kapitalmangel, der allerdings — wie der Krieg selbst, dem er seine Existenz verdankt — erst Ausfluß der Kapitalüberakkumulation ist. Die Entwicklung Großbritanniens spiegelt diese Strukturveränderung deutlich wieder. Die Überreste des britischen Empires dienten im und nach dem zweiten

Weltkrieg nicht als Absatzmärkte für überschüssige Waren und als Anlagesphären sich stauenden Kapitals, sondern umgekehrt: Hongkong, Malaysia, und die Ölscheichtümer dienen dem ‚Mutterland' heute vorwiegend noch als Devisenbringer und billige Rohstofflieferanten. Nicht Kapitalexport, sondern Kapitalimport kennzeichnet heute das Verhältnis zwischen Großbritannien und seinen Restkolonien. Vor dem ersten Weltkrieg betrugen die britischen Kapitalexporte nach den Kolonien und Protektoraten zeitweise über 8 % des Bruttosozialprodukts. Privater Kapitalexport aus Großbritannien liegt heute zwar mit 1 % des Bruttosozialprodukts (BSP) über dem durchschnittlichen Niveau anderer entwickelter Industrieländer. Aber von britischem Imperialismus kann in *diesem* Sinn nicht die Rede sein. Das Kapital fließt vor allem in die Länder der EWG, in die USA und in die sogenannten „White Dominions" (Kanada, Neuseeland, Südafrika, Australien). Aufgabe der verbliebenen britischen Kolonien war seit dem zweiten Weltkrieg, den aus Kriegs- und Rüstungswirtschaft entstehenden zeitweiligen Kapitalmangel zu lindern, bzw. trotz Kapitalknappheit in England, private Kapitalexporte in die schnell wachsenden Märkte der Industrienationen zu ermöglichen.[4]
Unbezahlte Rohstoffe und Fertigprodukte aus den Kolonien waren im Krieg und in der Nachkriegszeit außerordentlich wichtig für die Aufrechterhaltung der Produktion. Dollar und Golddevisen der Kolonien und Halbkolonien dienten den ‚unabhängigen' Mitgliedern des Sterlingclubs als willkommene Ausgleichsmittel für ihren defizitären Handel mit Dollarländern. Und die beträchtlichen Kapitalanlagen aller Mitglieder der Sterling-Zone im Londoner Banken- und Versicherungsnetz sind für den britischen Kapitalismus langfristige Anleihen. Jedenfalls solange Londons Stellung als Weltbankier, bzw. die Position des Pfund Sterling als zweite internationale Leitwährung neben dem Dollar nicht erschüttert wird. Die Organisations*form* des britischen Nachkriegskolonialismus ist die Sterling-Handelszone (vgl. unten). Aber im Gegensatz zur Epoche vor dem zweiten Weltkrieg war jetzt die ererbte enge wirtschaftliche und politische Bindung an die Länder des Commonwealth nicht mehr Quelle britischer Vormachtstellung, sondern relativer Schwäche und Stagnation. Im Zeitraum von 1950 bis 1964 wuchs das britische Bruttosozialprodukt im Jahresdurchschnitt um 2,4 %, das westdeutsche dagegen um 5,9 und

[4] Das Verhältnis von Rüstung und imperialistische Politik hat sich umgekehrt: „Wehrmittel waren zwar im Kapitalismus seit jeher ein wirtschaftlicher Faktor. Im aufsteigenden Kapitalismus war aber die Produktion von Mordwaffen vornehmlich ein Mittel zum Zweck (Erschließung neuer Märkte etc.), im absteigenden Kapitalismus wurde sie dagegen zu einer Art Selbstzweck (Rüstungskonjunktur)." N. Moskowska, „Zur Dynamik des Spätkapitalismus", Zürich 1943, S. 179

das französische um 3,8 %. Alle Mitglieder der EWG, Japan, die USA (seit 1960) und die anderen Industrienationen haben höhere wirtschaftliche Wachstumsraten erzielt als Großbritannien. Daran hat sich auch bis 1967 nicht viel geändert. Allein in den Jahren 1955—65 ging der Anteil Großbritanniens am Weltexport von Industrieerzeugnissen von 20 auf 14 % zurück. Von 1956 bis 1967 konnten die wichtigsten Konkurrenten des britischen Kapitalismus ihren Export von Industrieerzeugnissen um durchschnittlich 8,9 % jährlich steigern, Großbritannien selbst dagegen nur um 4,9 %. [5] Die offizielle Erklärung für das eigene Hinterherhinken ist einfach; das Volk lebe über seinen Verhältnissen, es konsumiere mehr als ihm zustehe ... So empfahl der ‚Trades Union Congress' (TUC) seinen Mitgliedsgewerkschaften 1965 die Lohnpolitik des damaligen Wirtschaftsminister Brown mit der Begründung: ... „die Hauptursache für das Zurückbleiben der britischen Exporte hinter denen anderer Länder war, daß die Einkommen im Allgemeinen überproportional sind." [6]
Ein vergleichender Blick auf die Entwicklung der Lohnkosten seit der Abwertung des Pfundes von 1949 (um 30 %) erweist diese Argumentation als gegenstandslos. In den fünfziger Jahren stiegen die Lohnkosten auf dem Kontinent wesentlich schneller als in Großbritannien: gegen Ende des Jahrzehntes lagen die Stundenlöhne des britischen Arbeiters (Sozialbeiträge eingeschlossen) nicht höher als in Deutschland und betrugen nur ein Drittel derer in den USA [7]. 1964 rangierten die Stundenlöhne der britischen Arbeiter auf etwa einer Stufe mit denen der holländischen, aber hinter denen der französischen, belgischen, italienischen und deutschen Arbeiter. [8] Die Zahlungsbilanzneurose des britischen Kapitalismus hat ihre primäre Ursache keineswegs im Reichtum der britischen Arbeiterklasse. Seit dem Krieg stiegen die britischen Exporte wesentlich schneller als die Importe. Sie stiegen nur nicht schnell genug, um die beträchtlichen Negativposten, die seit dem Krieg an anderer Stelle der Zahlungsbilanz aufgetaucht sind, auszugleichen. Die wirtschaftlichen Stagnationstendenzen Großbritanniens lassen sich nicht auf den ständigen inflationären Druck überproportional steigender Lohnkosten zurückführen. Umgekehrt: die relativ niedrigen Investitionsraten und der damit verbundene langsamere Produktivitätszuwachs ließen die im Vergleich zu den wichtigsten Konkurrenten langsamer gewachsenen britischen Löhne und Gehälter erst problematisch erscheinen.

[5] The Economist, 18. 11. 1967, S. 764
[6] TUC, ‚Productivity, Prices and Incomes', 1965, S. 7
[7] Vgl. AR Conan, ‚Problem of Sterling', London 1966, S. 49
[8] Colin Barker/T. Cliff, a. a. O. S. 36 f.

Das Nachkriegsengland hat ein imperiales Wirtschaftssystem ererbt ohne noch über die zu seiner Erhaltung notwendigen Kräfte zu verfügen. Das Pfund finanziert noch immer ein Viertel des gesamten Welthandels, verfügt aber nur über ein winziges Bruchteil der Weltdevisenreserven. Einige Kolonien und Halbkolonien dienten zwar als Dollar- und Goldzubringer für die unter Devisenmangel leidenden unabhängigen Sterlingländer, aber die Kosten der Ausbeutung in Form von Stationierungsausgaben für Truppen in Überseeländern stiegen immer mehr. Einer der weitsichtigsten bürgerlichen Ökonomen Englands, A. Shonfield, nannte 1958 für das relativ langsame Wachstum der britischen Wirtschaft zwei Hauptübel: das schwer lastende Militärbudget für Überseeländer und die verhältnismäßig hohen privaten Auslandsinvestitionen. Zusammen mit einem seit dem zweiten Weltkrieg voll ausgeschöpften Arbeitsmarkt bilden hohe Kapitalvernichtung und Kapitalexporte in entwickelte Konkurrenzländer eine Art Zeitbombe, die den britischen Kapitalismus zur Stagnation zwingt.

Kapital- und Arbeitskräfteknappheit lassen jeden Versuch, die dringend benötigte Erhöhung der Investitionstätigkeit anzustreben, im Gegenteil enden. Deflationspolitik soll die mit zunehmender Investitionstätigkeit gestiegenen Löhne und Preise wieder drücken und die ins Defizit gerutschte Zahlungsbilanz wieder ins Gleichgewicht bringen. Das Wohlergehen der Zahlungsbilanz hat dabei absolute Vorrangigkeit vor einer kontinuierlichen Steigerung der Investitionstätigkeit, da jedes Defizit eine Vertrauenskrise der Welt ins Pfund auslöst, die kraft der darauf folgenden Kapitalflucht aus London das Defizit regelmäßig verdreifacht. Im Folgenden sollen die einzelnen Stützen des britischen Neokolonialismus untersucht werden (Sterling-Guthaben, gemeinsamer Dollar und Goldreservefonds der Sterlingclubmitglieder, billige Rohstoff- und Nahrungsmittelimporte für Großbritannien).

Die Sterling-Guthaben in London (Sterling Balances)

Die ‚Sterling Balances' bestehen zum größten Teil aus hochliquiden Kapitalanlagen ausländischer Handelsgesellschaften, Investoren, Zentralbanken und anderer offizieller Körperschaften in London. Historisch sind die ‚Balances' ein Produkt des zweiten Weltkriegs, der Großbritannien vom Gläubiger zum Schuldner werden ließ. Diese Schulden entstanden während des zweiten Weltkrieges durch kreditfinanzierte Käufe von Militärgütern und -ausrüstungen, bzw. von Rohstoffen aus damaligen Kolonien (hauptsächlich aus Indien, Burma und dem Nahen Osten). Diese Schulden der britischen Regierung, die sich von 1945 bis heute zwischen

3,5 und 5 Mrd. Pfund bewegten, werden ‚Sterling Balances' genannt. Mehr als die Hälfte der ausländischen Guthaben in London gehören den Mitgliedern der Sterlinghandelszone. Nach dem Devisengesetz von 1947 unterliegen diese Guthaben keinen Devisenbeschränkungen mehr und können von ihren Besitzern relativ kurzfristig in Gold oder andere Währung umgetauscht werden. Zu den wichtigsten wirtschaftspolitischen Aufgaben jeder englischen Nachkriegsregierung gehört es daher, die Gläubiger — soweit es sich nicht um Kolonien handelte — bei guter Laune zu halten. Jede Erschütterung des Vertrauens in die Stabilität des Pfundes — politischer oder wirtschaftlicher Natur — löst ein „run on the Pound" — den Wettlauf aufs Pfund aus. Die Gläubiger lösen aus Furcht vor einer Abwertung des Pfundes ihre Pfundguthaben auf. Ob tatsächlich eine Abwertung geplant war oder ob die Spekulationen erst, wie im November 1967, eine Abwertung erzwingen, ist dabei unwesentlich. Seit 1945 hat es durch solche Fluchtbewegungen nicht weniger als acht Pfundkrisen gegeben. Waren die Sterling-Guthaben so einerseits Quelle ständiger Krisentendenzen, so sind sie zugleich Schutz vor völliger Stagnation der britischen Kriegs- und Nachkriegswirtschaft gewesen, da es sich meist um unbefristete Anleihen handelt, die dem britischen Kapitalismus als zusätzliche Investitionsmittel dienten. Eine Aufschlüsselung der Guthaben auf die einzelnen Gläubiger seit 1945 zeigt, daß es sich um ein — allerdings immer schlechter funktionierendes — System der Ausbeutung der Restkolonien und Erdölscheichtümer durch die unabhängigen Länder des Sterling-Clubs, insbesondere durch Großbritannien und die ‚White Dominions' Neuseuland und Australien handelt.

Die folgende Tabelle zeigt, daß die Länder des indischen Subkontinents (1) ihre Guthaben aus dem Krieg in den fünfziger Jahren weitgehend abgebaut haben. Ihre Position als Hauptgläubiger wird heute von den restlichen Kolonialländern (4) und den Erdölländern (3) des Nahen Ostens eingenommen. Die Guthaben der ‚White Dominions' (2) sind in etwa konstant geblieben. Insgesamt (5) sind die Guthaben der Sterlingclub-Mitglieder konstant geblieben.

In den Jahren von 1946 bis 1956 wurde der größte Teil der eigentlichen Kriegsschuld durch Zahlungen an die Länder der indischen Subkontinents und an Gläubiger außerhalb der Sterling-Zone (in der Tabelle nicht aufgeführt) zurückgezahlt. Von den ursprünglichen Kriegsschulden in Höhe von 3,5 Mrd. Pfund im Jahre 1945 waren 1956 2 Mrd. Pfund zurückgezahlt. Die heute noch bestehenden Guthaben können also nicht mehr auf die Kriegsschulden zurückgeführt werden. 1965 waren von den Mitgliedern der Sterling-Zone die Ölscheichtümer Südarabiens, Hongkong,

Londoner Guthaben von Sterlingländern (in Mill. Pfund)

	Indien, Pakistan und Ceylon	Australien, Neuseeland und Südäfrika	Nahost-länder	Die Kolonial-länder	Insgesamt*
1945	1352	294	—	411	2327
1950	787	640	19	719	2497
1955	704	313	169	1280	2764
1960	198	285	368	1269**	2478

* Andere Länder mit eingeschlossen

** 1957

Quelle: Bank of England: ‚Quarterly Bulletin', December 1963, und (für die Kolonialländer) New Contributions to Economic Statistics (HMSO, 1959), zitiert nach: Conan, a. a. O.

Malaysia und Singapore noch die wichtigsten Kreditgeber Großbritanniens.[9]

Die gängige Erklärung dafür, daß Mitglieder der Sterling-Zone Kapital in London investieren, lautet, London verfüge über ein besonders gut entwickeltes Netz kurzfristiger, rentabler Investitionsmöglichkeiten. Darüberhinaus kämen die Sterlingländer in den Genuß des freien Zugangs zum Londoner Kapitalmarkt und der gemeinsamen Gold/Dollarreserven. (Die Länder des Sterling-Clubs verpflichten sich, ihre überschüssigen Gold/Dollarreserven im gemeinsamen Londoner ‚Dollarpool' (zentraler Reservefonds) einzulegen). Aber ein Vergleich Indiens und Australiens deutet auf sehr unterschiedliche Motive für die Mitgliederschaft im Sterling-Club bei den verschiedenen Gruppen. Unter dem starken Einfluß britischer Berater hatte die indische Regierung das Investitionsprogramm ihres ersten Fünfjahresplan (1951—56) relativ bescheiden gehalten. Die ihm zur Verfügung stehenden Devisenreserven wurden nicht voll genützt. Der zweite Fünfjahresplan wurde unabhängig von britischen Beratern formuliert. Die indische Regierung suchte nach neuen Kapitalquellen. 1957 ersuchte sie die britische Regierung um einen Kredit über 200 Mill. Pfund. Sie betrachtete das als ihr gutes Recht, denn eines der ungeschriebenen Gesetze der Clubmitgliedschaft war freier Zugang zum Londoner Kapitalmarkt. Als Großbritannien ihr dann den Kredit nicht gewährte, zog die indische Regierung den größten Teil der verbliebenen Pfundreserven aus London ab. Burma trat 1966 aus ähnlichen Gründen ganz aus dem Sterling-Club aus. 1964 und 1965 konvertierte Burma seine Pfundguthaben von etwa 60 Mill. Pfund in Gold und Dollar. Auch

[9] Vgl. Economist, 28. 1. 1967, S. 336

Burma mußte erfahren, daß das „Privileg" des freien Zugangs zum Londoner Kapitalmarkt für die unterentwickelten Sterlingländer nur theoretisch besteht. Die Hauptbesitzer von Pfundguthaben sind also keineswegs diejenigen, die auch in den Genuß dieses riesigen Investitionsfonds kommen. Die Pfundguthaben dieser Länder dienen der Finanzierung britischer Investitionen in der australischen Autoindustrie oder in Rhodesiens Kupferminen — nicht aber der eigenen Entwicklung. Die ungleiche Behandlung der verschiedenen Clubmitglieder erklärt auch, warum Australien, Neuseeland und Südafrika ihre Mitgliedschaften noch nicht gekündigt haben. Die Guthaben dieser Gruppe weisen von 1945 bis 1960 (Vgl. Tabelle) deshalb keine nennenswerten Schwankungen auf, weil diese drei Länder in dieser Periode zusammen etwa 2 Mrd. Pfund Netto-Kapitalimporte zu verzeichnen hatten. Die Kapitalimporte reichten aus, die Defizite aus ihren Handelsbilanzen zu decken. Die Kolonien und Erdölländer sind dagegen auf Grund ihres besonderen politischen Abhängigkeitsverhältnisses von Großbritannien *gezwungen*, sich britische Importe aus ihren Ländern mit Krediten in Form von Londoner Pfundguthaben bezahlen zu lassen. Die Kolonien werden nicht gefragt und für die Erdölscheiche und die herrschenden Klassen Malaysias und Singapores war das der Preis für britischen Militärschutz vor Aufständischen und „neidischen" Nachbarn. Indem also die Kolonien und Halbkolonien Großbritannien mit Waren im Tausch für Sterling-Guthaben versorgen, versorgen sie gleichzeitig Großbritannien und die ‚White Dominions' mit einem beträchtlichen Teil ihres Investitions-Kapitals.

Der gemeinsame Dollar-Pool

Ein weiterer Anreiz für die Mitgliedschaft im Sterling-Club ist der freie Zugang zum gemeinsamen Dollarreservefonds, dem ‚Dollar-Pool'. „Alle Mitglieder der Sterling-Zone, Südafrika ausgenommen, das einen Sonderstatus besitzt, steuern ihre Dollareinkommen einem gemeinsamen Reservefonds bei, den sie gemeinsam für Importe aus Dollarländern verwenden. Das Wesen dieser Institution reduziert sich darauf, daß die unabhängigen ‚weißen' Sterlingländer sich in die Dollarüberschüsse der Kolonien teilen. Von 1946 bis 1952 hatte Großbritannien im Zahlungsverkehr mit dem Dollarraum ein Defizit von fast 8 Mrd. Dollar, das durch US- und kanadische Anleihen gedeckt wurde. Die unabhängigen Mitglieder des Sterlingclubs hatten zusammen ein Defizit von 1051 Mill. Dollar; die Kolonien dagegen einen *Überschuß* von 2000 Mill. Dollar. Wären die unabhängigen Sterlingländer Nettodollarverdiener, so würde die Mitgliedschaft im Sterling-Club überflüssig. Die Ausnahme

Südafrika beweist das. Südafrika, das etwa 80 % der gesamten (bekannten) Weltgoldproduktion stellt, war nie volles Mitglied des Sterling-Club und hat sich nie verpflichten lassen, seine Goldreserven einem gemeinsamen Reservefonds beizusteuern.

Die Dollarüberschüsse der verbliebenen britischen Kolonialländer und Semikolonialländer können aber den wachsenden Devisenbedarf der unabhängigen Sterlingländer immer weniger decken.

Während die Kolonialländer in der Zeit 1950-54 noch genügend Dollarüberschüsse produzierten, das gesamte Dollardefizit der unabhängigen Sterlingländer auszugleichen, so daß der gesamte Zahlungsverkehr aller Sterlingländer mit Dollarländern im genannten Zeitraum etwa ausgeglichen war, geht die Tendenz der letzten Jahre immer mehr dahin, daß der zentrale Reservefonds in London den Devisenbedürfnissen des Sterlingraums in keiner Weise mehr angemessen ist. Die Katalysatorfunktion des ‚Dollarpools' für die Existenz des Sterling-Clubs wird somit immer schwächer. Die fast hundertprozentige Umwandlung der Burmesischen Pfundguthaben, die dem Austritt Burmas aus dem Sterling-Club im Jahr 1966 vorwegging, kann als bisher deutlichstes Symptom dieser Tendenz gewertet werden. Die wachsende Unzulänglichkeit des Londoner Reservefonds läßt es den Nationalregierungen der Übersee-Sterling-Zone (ÜSZ) ratsam erscheinen, eigene Goldreserven anzulegen. Die folgende Übersicht macht deutlich, daß der Anteil eigener Goldreserven am Gesamtvolumen des nationalen Devisenaufkommens in den meisten Sterlingländern im letzten Jahrzehnt stark gewachsen ist.

Der Extremfall Burma ist bisher einzigartig geblieben. Aber an Ankündigungen von weiteren Konvertierungsaktionen hat es 1966 und 1967 nicht gefehlt. Selbst Malaysia, das durch Sieg der britischen Truppen über die Guerillas im eigenen Land und durch den Sturz des Sukarnoregimes größere Selbstsicherheit und damit auch Bewegungsfreiheit gegenüber seinen ehemaligen britischen Kolonialherren gewonnen hat, will seine beträchtlichen Sterlingguthaben auflösen. Selbst die Guthaben der Ölscheichtümer erwiesen sich nicht wetterfest genug, den Nahostkrieg vom Juni 1967 unangetastet zu überstehen. Unter dem Druck der arabischen Nationalisten übertrug Kuweit einen Teil seiner beträchtlichen Guthaben auf Schweizer Banken — die dann als ‚Stützungsaktion' für's Pfund in Form eines Schweizer-Frankenkredits wieder nach London zurückflossen.

Trotzdem sind die Gold- und Dollarüberschüsse der verbliebenen Kolonien und Quasikolonien ein wichtiger Integrationsfaktor der Sterling-Handelszone geblieben. Sie sind notwendig — aber völlig unzureichend, gemessen an den Devisenbedürfnissen der unabhängigen Sterlingclub-Mit-

Einige Goldreserven in Prozent des nationalen Devisenaufkommens

Land	1958	1962	1965
Australien	15	15	17
Neuseeland	18	—	—
Südafrika	67	82	79
Indien	34	48	47
Pakistan	23	19	24
Ceylon	—	—	—
Burma	—	27	49
Hongkong	—	—	—
Malaysia	—	—	—
Jordanien	—	—	22
Lybien	—	3	28
Kuwait	—	—	6
Ghana	—	4	5
Nigeria	—	6	8

Quelle: The Economist, 22. 10. 1966, S. 369

glieder. Die politische Entwicklung der letzten Jahre zeigt zudem, daß selbst die poltisch ‚sichersten' der kolonialen Devisenbringer wie die Ölscheichtümer und Hongkong sich in einigen Jahren politisch und finanzpolitisch vom ‚Mutterland' lösen werden.

Importe

Großbritannien ist noch in anderer Weise von der Sterlinghandelszone abhängig. Großbritannien muß die Hälfte seiner Nahrungsmittel und fast sämtliche Rohstoffe importieren. Importe aus der ÜSZ machen einen großen Teil des Importvolumens aus. Butter, Käse und Fleisch u. a. aus Neuseeland betragen 3,1 % des gesamten Importvolumens. Zwar bestehen für fast alle Importgüter aus der ÜSZ alternative Märkte, aber die Inanspruchnahme alternativer Märkte würde den Druck auf die britische Zahlungsbilanz außerordentlich verstärken. Im Falle eines Beitritts Großbritanniens in die EWG würden so neue Belastungen infolge der dann unvermeidlichen Umschichtung der Nahrungsmitteleinfuhr weg von Sterlingländern auf den Gemeinsamen Markt entstehen. Die Lebensmittel wären dann nicht mehr in Pfund, sondern in ausländischen Devisen zu bezahlen. Die knappen Devisenreserven Großbritanniens würden noch knapper.

Ein zweiter Vorzug ergibt sich für Großbritannien aus der Sterling-Zone daraus, daß eine Reihe von politisch abhängigen Rohstofflieferanten, be-

sonders die Ölscheichtümer, gezwungen werden können, für Exporte nach Großbritannien nicht Bargeld, sondern Schatzanweisungen in Empfang zu nehmen. Umgekehrt können die Länder der ÜSZ nicht eigene Schatzanweisungen an britische Exporteure aushändigen, sondern müssen zuerst durch Exporte genügend Sterlingdevisen verdienen, bevor sie Güter aus Großbritannien importieren können. Großbritannien hat unbegrenzten Kredit bei diesen Ländern des Sterling-Clubs, diese Länder umgekehrt bei Großbritannien jedoch nicht.

Exporte

War Großbritannien einerseits von den Rohstoffen und Nahrungsmitteln der ÜSZ abhängig, so war die hochspezialisierte britische Exportwirtschaft auch nach dem zweiten Weltkrieg noch relativ stark auf die Absatzmärkte dieser Länder angewiesen. Die historisch gewachsene starke Konzentration der britischen Exportindustrie auf die langsam wachsenden Märkte des Commonwealth entpuppte sich als Nachteil.

1955 ging noch die Hälfte aller britischen Exporte auf die Märkte der ÜSZ; 1965 nur noch 33 %. EWG, EFTA und die USA nahmen 1965 zusammen bereits 45 % der britischen Exporte auf. (1955 weniger als ein Drittel). Aber die Exportmärkte des westdeutschen Kapitalismus waren nach ihrem Wachstumpotential besser strukturiert: Über 70 % betrug der Exportanteil, der auf die wachstumsstarken Länder der EWG, EFTA und die USA entfiel. [10]

Die kontinuierliche Abnahme des britischen Anteils am Weltexport für Industriegüter kann allerdings nicht allein auf die enge Verbindung mit den relativ langsam wachsenden Märkten der ÜSZ zurückgeführt werden. Selbst in den heiligen Jagdgründen der ÜSZ schnitt Großbritannien wesentlich schlechter ab als die USA oder die BRD. In *allen* Märkten hat Großbritannien schlechter abgeschnitten als seine wichtigsten Konkurrenten.

Ursache dieses relativ schlechten Abschneidens des britischen Kapitalismus sind nicht, wie Wilson, die Bank von England und der britische Arbeitgeberverband CBI behaupten, die relativ hohen Lohnkosten, sondern der relativ hohe Preis, den die Aufrechterhaltung des britischen Neokolonialismus forderte. Rüstungsausgaben plus Kapitalexporte — die beiden Stützen der *gesamten* Sterlingzone — haben zeitweilig 12 % des britischen Sozialprodukts ausgemacht.

[10] Alle Angaben aus „The Economist", 26. 11. 1966

Kapitalexport

Der gesamte private Kapitalexport Englands betrug von 1946 bis 1964 etwa 5 Mrd. Pfund. [11] In den fünf Jahren 1960—64 waren es durchschnittlich 318 Mill. Pfund. Das war fast ein Prozent des Bruttosozialprodukts. Der durchschnittliche private Kapitalexport aller entwickelten Industrieländer lag während dieser Zeit bei 0,14 % des BSP. Die Tatsache, daß britische Firmen es oft profitabler finden, im Ausland als zu Hause zu investieren, hat neben einer langfristigen Schwächung der britischen Industriestruktur die Folge, daß die prekäre Zahlungsbilanz schwer belastet wird. [12]

Hoher Kapitalexport in die „White Dominions" ist teilweise ein Reflex auf das wachsende Eindringen und den wachsenden Einfluß amerikanischen, japanischen, deutschen und sogar russischen Kapitals in diese bisherigen britischen Einflußsphären. Der britische Kapitalismus wird immer mehr aus diesen Sphären verdrängt. Und es wird ihm immer schwerer fallen, das „letzte Empire", die Sterling-Handelszone zusammenzuhalten.

Bisher konnten die wichtigsten Säulen dieses Systems mit knapper Not noch gehalten werden. Aber diese Säulen (Kapitalexport, Sterling-Balances und „gemeinsamer" Dollarpool) sind von neokolonialer Herrschaft über einige Restkolonien und Halbkolonien abhängig. Diese Herrschaft wiederum konnte nur durch einen hypertrophen militärischen Apparat aufrechterhalten werden, der selbst als Hauptschuldiger für die Stagnationstendenzen des britischen Kapitalismus benannt werden kann.

Rüstungsausgaben

Die Geschichte des britischen Nachkriegskolonialismus ist die Geschichte von Rückzugsgefechten. Indien, Kenia, Suez, Malaysia, Südarabien — um nur einige Stationen zu nennen — waren kostspielige Unternehmen. Die Erhaltung einer privaten Profitmasse von 150 Mill. Pfund in Malaysias Kautschukindustrie und Zinnminen hat im Jahre 1965 immerhin 100 Mill. Pfund Kriegsausgaben in ausländischer Währung gekostet.

In den Jahren 1952—56 gab der britische Kapitalismus durchschnittlich 10 % des Bruttosozialproduktes (BSP) für Rüstung aus, verglichen mit 6 % der übrigen europäischen NATO-Staaten. Die lähmenden Auswir-

[11] UN-Department of Economic and Social Affairs, International Flow of long-term capital and official donations 1960-62, New York, 1964

[12] Für eine genaue Aufschlüsselung der britischen Kapitalinvestitionen im Ausland und deren Folgen, vgl. den sog. Reddaway-Bericht des britischen Arbeitgeberverbandes, Cambridge University Press, 1967

kungen der Rüstungsproduktion sind schwerwiegender als die Zahlen vermuten lassen. Erstens beschneidet sie direkt die Produktion der Investitionsgüter- und Stahlindustrie. Das wurde in der von der Labourregierung initiierten Aufrüstungsphase zur Zeit des Koreakrieges deutlich. Von 1950 bis 1952 stieg der Rüstungshaushalt von 849 Mill. auf 1561 Mill. Pfund, oder von 7.2 auf 11,2 % des BSP und saugte bis auf einen kleinen Teil das Wachstum des realen Sozialproduktes um 4 % auf. Die Rüstungsaufträge absorbierten etwa 1/8 der Produktionskapazität der metallverarbeitenden Industrien.

Die Investitionsbedürfnisse der zivilen Inlandsproduktion fanden sich um zwei Stufen zurückgedrängt — hinter die Rüstungsindustrie und die Exportaufträge für Investitionsgüter. Die hohen Rüstungsaufträge bei gleichzeitig stagnierenden Nettoinvestitionen können für den Verlust wichtiger Exportmärkte Anfang der Fünfziger Jahre verantwortlich gemacht werden. Im Schiffsbau, einer der bedeutendsten britischen Exportindustrien, wurde Großbritannien durch Japan vom ersten Platz verdrängt. Onassis Tankerflotte wurde in Japan und Deutschland gebaut, weil die britischen Kapazitäten durch Rüstungsaufträge ausgelastet waren. (Noch 1961 waren die britischen Werften zu 23 % mit Militäraufträgen ausgelastet.) In der Maschinenbauindustrie waren 1949—50 noch 6 % der Kapazitäten mit Rüstungsaufträgen ausgefüllt. 1954 waren es dagegen 14 %.

Die unmittelbaren Auswirkungen des permanent hohen Rüstungsbudgets auf die Entwicklung der Zahlungsbilanz lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1) Produktive Investitionen wurden gedrosselt — das wirtschaftliche Wachstum verlangsamte sich.

2) Exportmärkte wurden an die Konkurrenten verloren, weil die Lieferfristen der britischen Industrien infolge der durch Rüstungsaufträge ausgelasteten Kapazitäten in vielen Branchen länger waren als in Japan oder Deutschland, die sich beide mit ganzer Kraft der Entwicklung ihrer Investitionsgüterindustrie widmen konnten.

3) Ausgaben für die zum großen Teil im Ausland stationierten britischen Truppen rissen nach dem zweiten Weltkrieg ein entscheidendes Loch in die laufenden Zahlungsbilanzen.

Von 1934 bis 1938 beliefen sich die Regierungsausgaben in den Überseegebieten auf 6 Mill. Pfund. 1956 stiegen die Militärausgaben in ausländischen Währungen auf 178 Mill. Pfund (die Suezoperation mit eingeschlossen). 1964 lagen diese Kosten bereits bei 334 Mill. Pfund, die sich etwa folgendermaßen verteilten:

	Zahl der uniformierten Truppen	jährliche Kosten in Mill. Pfund
Rheinarmee (Deutschland)	52 000	85
Singapore und Malaysia	32 000	100
Aden und S. Arabien	12 500	20
Ghana	500	2
Bahrein	3 000	10
Zypern	12 500	20
Rest	16 500	53
insgesamt	129 500	300

Quelle: M. Chichester, „Imperial Relicts or Outposts of the Free World?", The Statist, 4. 12. 1964.

Dabei handelt es sich jeweils nur um die Devisenverluste! Die Gesamtkosten der ausländischen Truppen liegen etwa doppelt so hoch.

Kürzungen britischer Militärausgaben in Überseegebieten sind leichter geplant als durchgeführt. Der geplante Truppenabzug aus Malaysia und Singapore dürfte — solange der Vietnamkrieg andauert — nur gegen den Willen der Amerikaner möglich sein, die 1964, 1965 und 1967 das Pfund durch direkte Anleihen oder kraft ihrer Stellung im Internationalen Währungsfond (IWF) durch hohe Dollaranleihen „gerettet" haben. Im Juli 1967 kündigte die britische Regierung an, daß bis 1977 sämtliche britische Truppen aus Malaysia und Singapore abgezogen sein sollen. Der „Economist" schätzt, daß die daraus sich ergebenden Einsparungen 30 Mill. Pfund jährlich und ab 1974/75 50 Mill. Pfund betragen werden. Zudem besteht die Möglichkeit, daß Singapore und Malaysia dann keine Veranlassung mehr sehen könnten, weiterhin ihre Guthaben in London zu halten, die der Preis für die militärische Unterstützung durch London war. Ein Abzug britischer Truppen aus Deutschland würde die Verhandlungsposition der britischen Regierung über ihren Beitritt in die EWG wesentlich schwächen! Die geplante Truppenerhöhung im Erdölraum des persischen Golfs wird zudem eventuelle Einsparungen an anderen Stellen ausgleichen.

Die im Zusammenhang mit der Pfundabwertung angekündigte Kürzung des Militärbudgets um 100 Mill. Pfund bezieht sich zum größten Teil auf geplante Erhöhungen des Rüstungsetat — ein Trick, dessen sich auch die westdeutsche Regierung im Rahmen der „Mittelfristigen Finanzplanung" bedient. Zwar liegt der Anteil des Rüstungsbudgets Großbritanniens am BSP mit 6,8 % (1967) weit unter dem Höchststand von 1953 (11,3 %), aber immer noch über dem Frankreichs (6,2 %) und wesentlich

über dem der BRD (4,3 %).
Tatsache ist, daß Großbritanniens militärische „Verpflichtungen" in den Überseegebieten nicht auflösbar sind ohne tiefe Erschütterung der Säulen, auf denen die Sterling-Handelszone beruht, von der die britische Wirtschaft auch nach der Pfundabwertung 1967 abhängig bleiben wird.
Zwar hat die Produktion von britischen Rüstungsgütern bei der Erhaltung der Vollbeschäftigung eine wesentliche Rolle gespielt, aber auf dem Hintergrund eines angespannten Arbeitsmarktes hat sie das Wachstum des Sozialkapitals gelähmt.

Vollbeschäftigung, niedriger Produktivitätszuwachs
Bis Ende der Fünfziger Jahre gab es in Deutschland, Italien, Frankreich und Japan mehr Arbeitslose als in Großbritannien — die Arbeitslosigkeit betrug 1950 in Deutschland 7,2 % und 1958 immer noch 2,7 %. Die vergleichbaren Zahlen für Italien betragen 8,7 % und 6,4 %; für Großbritannien dagegen nur 2,5 % und 1,9 %. Auch in der landwirtschaftlichen Bevölkerung sind in Großbritannien keinerlei Reserven vorhanden: ihr Anteil an der arbeitenden Bevölkerung betrug 1965 25,5 % in Japan, 26,1 % in Italien, 18,2 % in Frankreich und 11,1 % in Westdeutschland. In Großbritannien waren dagegen 1965 nur noch 3,5 % in der Landwirtschaft tätig.
Ein weiterer „verknappender" Faktor muß darin gesehen werden, daß die britischen Lohnarbeiter besonders gut gewerkschaftlich organisiert sind. Allerdings sind die britischen Löhne und Gehälter nicht schneller gestiegen und liegen auch absolut nicht höher als in vergleichbaren Ländern. Die Löhne der britischen Arbeiter sind nur insofern „zu hoch", als sie nicht langsam genug gestiegen sind. Langsam genug heißt: dem niedrigen Produktivitätszuwachs des britischen Neokolonialismus gemäß. Der niedrige Produktivitätszuwachs hat wiederum seine Ursache in den relativ niedrigen Nettoinvestitionen des britischen Nachkriegskapitalismus: Von 1950 bis 1956 betrug ihr Anteil 5—7 % des BSP. In den Ostblockstaaten, Finnland und Norwegen dagegen 20 bis 22 %, in Westdeutschland 15 % und 12 % in Italien. In den Sechziger Jahren hat sich diese Kluft zwar verengt, aber die britischen Investitionen hinken immer noch hinter denen der Konkurrenten her.
Niedriger Produktivitätszuwachs war der Preis, den der britische Kapitalismus für die Aufrechterhaltung der neokolonialen Sterlingzone bezahlen mußte. Die angespannte Situation am Arbeitsmarkt und eine kampfbereite Gewerkschaftsbewegung verhinderten bisher, daß dieser Preis der Lohnarbeiterschaft aufgebürdet wurde.

Zusammenfassung

Ende der Vierziger Jahre war der britische Kapitalismus in einer starken Position. Die Produktion lag insgesamt um 19 % höher als 1938. Die Exporte waren um 40 % höher und die Importe um 20 % niedriger (nach Volumen) als vor dem Krieg. Zwischen 1938 und 1950 hatte die durchschnittliche Produktivität jährlich um 0,9 % in Großbritannien zugenommen, verglichen mit 0,6 % in den heutigen EWG-Ländern. Aber in den Fünfziger Jahren wuchs die britische Wirtschaft langsamer als irgendeine andere westeuropäische. Die historisch als „britisches Empire" gewachsene enge Verflechtung mit den Ländern der Sterling-Zone, die industrielle Spezialisierung auf deren Märkte und die hochgradige Abhängigkeit von Nahrungsmittel- und Rohstoffimporten aus jenen Ländern — einst Ausdruck britischen Wohlstands und britischer Vormacht — sind seit dem zweiten Weltkrieg Ausdruck einer Last, die den britischen Regierungen wenig Spielraum übrig läßt.

Die Struktur der britischen Wirtschaft ist nie ganz den Erfordernissen des nachkolonialen Rüstungskapitalismus angepaßt worden. Nur ein Beitritt in die EWG und ein Rückzug von „East of Suez" könnte einige strukturelle Schwächen des britischen Kapitalismus beheben, die aus seiner Rolle als Weltbankier und, damit verbunden, als Weltpolizist entstanden sind. Aber eben diese institutionellen Bindungen sind gleichzeitig die Hindernisse für einen Beitritt Großbritanniens in die EWG. De Gaulles Frankreich hat sich als Ziel gesetzt, das Dollar/Pfund-Leitwährungssystem abzuschaffen, und da die Londoner City zusammen mit den USA dieses System neokolonialer Ausbeutung zum eigenen Vorteil erhalten will, benützt De Gaulle sein „non" zum britischen Beitrittsgesuch als Waffe gegen das anglo-amerikanische Weltwährungssystem.

Nicht die enge ökonomische und politische Verflechtung von „Mutterland" und Kolonien, sondern das Vorhandensein eines genügend großen Hausmarktes wie die EWG ist der Rahmen, in dem technologisch hochstehende, sophistische Industrien, die gleichzeitig die wachstumsstärksten Exportbranchen sind, sich allein noch entwickeln können. Der britische Kapitalismus muß daher in die EWG.

Daher die Notwendigkeit, Zollmauern zu überspringen, um den Konkurrenten an Ort und Stelle zu begegnen, und daher der Aderlaß der privaten Kapitalexporte, daher das Loch eines Rüstungsbudgets, das auch heute noch größer ist als das seiner vergleichbaren Konkurrenten.

Der britische Kapitalismus muß versuchen, sich für eine Lösung seiner Probleme im eigenen Land umzusehen, er muß versuchen, den Preis der Arbeitskraft zu drücken und die Arbeiterbewegung zu schwächen: „Die

fundamentalste Notwendigkeit liegt klar auf der Hand. Großbritannien muß mindestens 5 %, möglicherweise aber bis zu 10 % seines Bruttosozialprodukts aus dem Konsumsektor und vielleicht auch aus bisherigen Regierungsausgaben umlenken in den Export und in produktive Industrieinvestitionen". — So der offiziöse „Economist" am 15. Juli 1967.

III. Zur Politik der englischen Nachkriegsregierungen

Einziger Lebenszweck eines jeden guten Briten wird es immer mehr, adäquate Goldreserven und ausländische Devisen anzuhäufen. Das Pfund ist die Flagge; sie muß hochgehalten werden — koste es, was es wolle, Das Pfund soll in der Lage sein, der Welt ins Angesicht zu schauen („must be able to look the world in the face"). Der Welt ins Angesicht schauen heißt, das Pfund als internationales Zahlungsmittel erhalten. Ein Viertel des gesamten Welthandels wird heute noch über das Pfund abgewickelt. Je mehr Ausländer das Pfund als Zahlungsmittel benutzen — so wird argumetiert — desto größer werden die von Ausländern in London investierten Guthaben, die sie zur Abwicklung des Handels unterhalten müssen. Großbritanniens Rolle als „Weltbankier" soll erhalten bleiben. Nun hat sich aber seit dem zweiten Weltkrieg diese „Weltbank" immer mehr von einer altmodischen Handelsbank des klassischen Imperialismus in eine Investitionsbank neuen Stils verwandelt. Die Mitglieder des „Sterlingclubs" fühlen keinerlei Veranlassung, neue Rücklagen in London anzuhäufen, Überschüsse zu erzielen, die es ihnen erlauben, für regnerische Tage etwas auf die hohe Kante zu legen; sie wollen alle borgen." [13] Die Restkolonien, die auch heute noch dazu gezwungen werden können, ihre Pfund- und Dollarüberschüsse in London anzulegen, haben diesen Trend nicht oder nur unzureichend aufhalten können. Obwohl die letzten drei Pfundkrisen unmittelbar durch den Abzug von Guthaben der Nicht-Sterling-Länder ausgelöst wurden, ist der eigentliche Unsicherheitsfaktor in den Guthaben der ÜSZ-Länder zu suchen, die etwa 4/5 der Guthaben in London besitzen. Noch größere Krisen konnten bisher nur durch das relativ „gute Betragen" der Sterlingländer verhindert werden. Der eigentliche Grund des Mißtrauens der Besitzer der Sterlingguthaben liegt darin, daß die ca. 5 Mrd. Pfund Auslandsguthaben nur durch eine Gold- und Devisenreserve der Bank von England von ca. 1 Mrd. Pfund gedeckt sind. Eine „Krise" tritt immer dann auf, wenn die Gläubiger befürchten müssen, daß eine Abwertung ihrer Guthaben durch eine Abwertung des Pfundes bevorsteht, was immer dann der Fall ist, wenn die

[13] Shonfield, „British Economic Policy Since the War", Penguin 1959, S. 129

Zahlungsbilanz Britanniens allzu sehr ins Defizit rutscht. Das kam, hauptsächlich auf Grund der ständigen hohen Belastung der Zahlungsbilanz durch Militärausgaben und Kapitalexporte, seit 1945 nicht weniger als acht Mal vor. Das „klassische" Mittel der britischen Nachkriegsregierungen, diesem Abbau der britischen Devisenreserven zu begegnen, war der Versuch, durch deflationistische Maßnahmen die Exporte zu steigern und die Importe zu drosseln. Das wurde durch Verteuerung von Investitionskrediten erreicht (Erhöhung der Diskontsätze), die gleichzeitig die abfließenden Devisenreserven wieder anlocken sollten, durch Erhöhung der Verbrauchersteuern, Einkommensplanung und Erhöhung der Arbeitslosenzahl. Die so gestoppte Inlandsnachfrage soll die britischen Unternehmer einmal dazu zwingen, sich in verstärktem Maße ausländischen Märkten zuzuwenden, zum andern sollen die Importeure ferngehalten werden. Gleichzeitig soll die Kostenlage der Exportbetriebe verbessert werden. Die so erzielten Exportüberschüsse sollen dann die Zahlungsbilanz wieder ins Gleichgewicht bringen. Das Vertrauen der Auslandsgläubiger ins Pfund ist wiederhergestellt. Staatliche Einkommenspolitik erfreut sich insofern zunehmender Beliebtheit, weil sie angeblich inflatorische Tendenzen ohne die negativen Nebenerscheinungen einer Deflationspolitik — nämlich Stagnationstendenzen — eindämmen kann.

Allerdings löst ein Zahlungsbilanzdefizit nicht automatisch eine Krise aus. Nur wenn die Gläubiger annehmen, daß das Defizit dauerhaft ist und die Stabilität der Wirtschaft beeinträchtigen könnte, werden sie ihre Guthaben in London auflösen. Ebensowenig waren immer Zahlungsbilanzkrisen die Ursachen der Pfundkrisen. 1961 wurde es z. B. im Gefolge der 5%igen DM-Aufwertung profitabler, in Deutschland zu investieren. Im Zusammenhang mit Gerüchten über Kursveränderungen anderer Währungen verursachte dies einen Abfluß kurzfristig angelegten Kapitals aus London.

Hinter der „Stop-Go" Politik aller britischen Nachkriegsregierungen steht die Behauptung, daß die Inflation durch zu hohe Lohnkosten an der unzureichenden Exportfähigkeit der britischen Industrie schuld sei. Das läßt sich jedoch für keine Phase der Nachkriegszeit nachweisen. In der „inflationären Periode" von 1946 bis 1950 war das Exportvolumen über Erwarten schnell gestiegen. Auf der anderen Seite stagnierten die Exporte in der Deflationsphase, die dem Koreaboom folgte: 1952/53 war das Exportvolumen um 5 % kleiner als 1950/51! Erst mit der Beschleunigung der Wachstumsraten in den darauffolgenden Jahren dehnte sich auch das Exportvolumen wieder aus. Nicht die hohen Lohnkosten sind die eigentliche Ursache der inflatorischen Tendenzen, sondern die Stop-Go-Politik der Regierungen! So waren die Stundenlöhne in den

Jahren 1952 bis 1955 um 20 % gestiegen, die Lohnkosten hatten sich dabei jedoch kaum verändert, da Produktion und Produktivität etwa gleichschnell gestiegen waren. Auf der anderen Seite führten die Erhöhung der Stundenlöhne um 18 % in den Jahren 1955—58 zu entsprechenden Kostenerhöhungen, weil Produktion und Produktivität auf Grund der harten Deflationspolitik der Regierung in dieser Phase stagnierten.

Das Ende des konservativen Liberalismus

1957 hatte eine konservative Regierung zum ersten Male wieder den Versuch unternommen, durch direkten Eingriff in die Lohnverhandlungen die inflationären Tendenzen zu stoppen. Die Gründung des sogenannten ‚Cohen-Councils' zur Überwachung von Preisen, Einkommen und Produktivität sollte den institutionellen Rahmen dafür abgeben. Aber erst die Pfundkrise von 1960/61 führte zur Herausbildung von Planungsgremien, die später von der Labourregierung in modifizierter Form übernommen wurden. Neben den traditionellen Deflationsmaßnahmen (Erhöhung der Diskontsätze um 2 %, Steuererhöhungen, leichte Einschränkung von Militärausgaben in Überseegebieten) rief die MacMillan-Regierung nach einer allgemeinen Lohnpause. Die neu errichtete „National Incomes Commission" (NIC) sollte über die Einkommensentwicklung in Zukunft wachen. Die NIC und ein 1962 errichteter zentraler Wirtschaftsrat (National Economic Development Council) zur mittelfristigen Vorausplanung kennzeichnen das Ende des konservativen Liberalismus. Der Planungsrat war nach dem Vorbild des dritten Fünfjahresplanes der Eisen- und Stahlindustrie entstanden. [14] Die Gewerkschaften lehnten jede Mitarbeit in der Einkommenskommission ab, im Planungsrat wollten sie jedoch mitwirken.

Das Geheimnis des ersten Fünfjahresplans lag in der Erhöhung der Investitionsquote durch staatliche Einkommensplanung (ebenso wie in George Browns Plan von 1964!).

Die Lohnerhöhungen sollten sich im Rahmen des Produktivitätsfortschritts halten. Die Deflationspolitik der Regierung garantierte, daß dieser sehr niedrig sein würde. Planung hieß: zentral geplante Erhöhung der Profitrate. Lohnpause und Deflationspolitik sollten die Exporte zur Verbesserung der Zahlungsbilanz steigern. Die Tatsachen bewiesen aber einmal mehr, daß zwischen Deflationspolitik und Exportsteigerungen kein unmittelbarer Zusammenhang besteht. Die Weltimporte stiegen 1961 um 5,5 %, 1962 um 6,5 % und 1963 um 9 %. 1962 stiegen die britischen Exporte aber nur halb so schnell wie vor den Krisenmaßnahmen. In der

[14] Vgl. Shonfield, „Modern Capitalism", London 1965, S. 95/96

gesamten Periode von 1962 bis 1964 zeigte die Wachstumsrate für Exporte einen mageren Anstieg von 6,1 % auf 6,6 %, obwohl ein schnelles Wachstum der Weltmärkte nachhalf. Wie oben gezeigt, kann Deflationspolitik — wenn oft genug angewendet — infolge von Kostenerhöhungen je Produktionseinheit preissteigernd wirken.

Labour und die Pfundkrise

Eine Regierung, die die Prämissen des kapitalistischen Wirtschaftssystems — die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel — akzeptiert, muß auch die Logik dieses Systems akzeptieren: Produktion für den Profit. Der Flexibilität der Innen- wie auch der Außenpolitik sind dann von vorneherein enge Grenzen gezogen.

Von einer solchen grundsätzlichen Herausforderung konnte aber 1964, als Labour an die Regierung kam, nie die Rede sein. Mit Notwendigkeit drückte daher die neue Regierung die abgegriffenen Tasten, als sie sich sofort nach der Wahl mit der bisher schwersten und langwierigsten Pfundkrise der Nachkriegszeit konfrontiert sah: Erhöhung des Diskontsatzes, Kreditbeschränkungen, Druck auf die Gewerkschaften durch Einkommensplanung und Importbeschränkungen. Die von der Wilsonregierung gebrauchte Ausrede, die geringe Mehrheit im Unterhaus lasse keinen Spielraum für eine sozialistische Politik, fiel weg, als die Neuwahlen im Frühjahr 1966 der Labourregierung eine bequeme Mehrheit brachte, die gleiche reaktionäre Politik aber verschärft fortgesetzt wurde.

Was die Pfundkrise von 1964 neben dem fast traditionellen Zahlungsbilanzdefizit noch verstärkte, war die ‚politische Krise': die ausländischen Gläubiger mißtrauten der Labourregierung, besonders ihrer Sozialpolitik, und zogen dementsprechend mehr Kapital als in früheren Krisen unter den Tories ab. Das Defizit war dieses Mal Ergebnis eines inflationären Wahlbudgets der sterbenden konservativen Regierung, die sich geweigert hatte, die Deflationsschraube vor den Wahlen anzuziehen. Wilson sah sich gezwungen, den Internationalen Währungsfonds (IWF) und ausländische Zentralbanken um eine Rettungsaktion für's Pfund zu bitten. Das Pfund wurde dann auch durch Kredite in Höhe von 2 Mrd. Dollar „gerettet". Solche Kredite werden nicht ohne politische Bedingungen innenpolitischer und — unausgesprochen — auch außenpolitischer Art gewährt. So hatte die Labour Party im Wahlkampf eine sofortige Erhöhung der in England unglaublich niedrigen Altersrenten versprochen. „Die Erhöhung der Renten trat aber wegen der Zahlungsbilanzschwierigkeiten erst Ende März 1965 in Kraft. Die gleichen Schwierigkeiten verhinderten aber nicht, daß die Bezüge der Parlamentsabgeordneten mit einer beschämenden Leichtigkeit erhöht wurden, weil die Gehälter der

Politiker von den ausländischen Gläubigern aus einer anderen Sicht beurteilt werden als Renten." [15]

Zunächst knüpfte die Labourregierung (m. E.) an die von den konservativen entwickelten wirtschaftlichen Planungsmechanismus auf ‚freiwilliger Basis' an. Der Unterschied lag am ehesten darin, daß die Labourpolitiker die Sorgen der Gewerkschaftsführer gegenüber ihren eigenen Mitgliedern besser kannten und bereit waren, die nötigen Schlupflöcher für Entschuldigungen mit einzubauen. So benannte man die ‚National Incomes Commission' um in ‚National Board for Prices and Incomes' (NBPI), d. h. aus einer Einkommenskommission wurde eine Kommission für Preise und Einkommen. Bei dieser Preis- und Einkommenspolitik handelt es sich um eine sophistischere Form staatlicher Lohnkostenplanung. Der Antrag des TUC-Vorstands auf einer Konferenz der Gewerkschaftsvorstände im März 1965 auf Unterstützung der ‚Lohn- und Preispolitik' der Regierung wurde mit 6 649 000 gegen 1 811 000 Stimmen angenommen. Die von der Regierung vorgeschlagene Lohnleitlinie lag zwischen 3 und 3,5 %. Im April konstituierte sich dann der NBPI. Vorsitzender wurde der frühere konservative Abgeordnete und Direktor einer großen Stahlfarbik Aubrey Jones. Die Geschwindigkeit, mit der der Rat die ihm zugewiesenen Fälle überprüfen und beurteilen konnte, war notwendiger Weise gering. Wo die Tarifparteien sich nicht einigen konnten und so der Fall dem NBPI zugeleitet wurde, entstanden oft lange Wartezeiten, die an sich schon eine Art Lohnstop bedeuteten. Der NBPI, bzw. die Einkommensplanung war ein zentrales Stück in George Browns Fünfjahresplan. Denn: „Investitionen bilden das Herzstück des Planes." [16] Die Anlageinvestitionen der verarbeitenden Industrie stiegen von 1960 bis 1964 jährlich um 2,4 %. Die Konservativen wollten die Wachstumsraten in ihrem „Neddy-Plan" für die Jahre 1961—66 auf 4 % steigern. Aber George Browns Plan visiert Wachstumsraten von 7 % jährlich an! Auf der anderen Seite versprach der konservative Plan eine jährliche Anhebung des Konsums um 2 % pro Kopf der Bevölkerung. Aber George Browns Plan für die Jahre 1964—70 versprach nur einen Anstieg von 2,4 %." [17]

Im Juni-August hatte die Regierung noch einmal eine Dollaranleihe über 890 Mill. von der amerikanischen Zentralbank aufgenommen. Die Verschärfung der Einkommenspolitik wurde direkt auf den Druck des amerikanischen Schatzministers Fowler zurückgeführt. So stellte die ‚Financial Times' vom 6. 10. 1965 fest: „Was das vorgeschlagene gesetzliche Früh-

[15] V. Allen, „Militant Trade Unionism", London 1966, S. 74
[16] „The National Plan", London 1965, S. 55
[17] T. Cliff/C. Barker, a. a. O. S. 51

meldesystem angeht, sollte man sich ruhig über dessen Ursprung klar werden. Das war ganz einfach die Bedingung, unter der die Verantwortlichen im IWF und im besonderen der amerikanische Schatzminister Fowler die Septemberstützaktion des Pfundes zugesagt hatten. Daher Mr. Browns unerwarteter Abstecher nach Brighton."

In Brighton hatte der ordentliche Jahreskongreß des TUC stattgefunden. Die Tatsache, daß einige Tarifabschlüsse seit der Konferenz vom April über der Leitlinie lagen, nahm die Regierung zum Anlaß, ein „gesetzliches Moment" in die Einkommensplanung hineinzubringen. Nach den Plänen der Regierung sollten die Gewerkschaften und Unternehmer gesetzlich dazu gezwungen werden, *alle* Lohn- und Preiserhöhungen beim NBPI vorher anzumelden. Alle Preis- und Lohnerhöhungen sollten erst in Kraft treten, nachdem der Rat sein Gutachten abgegeben hatte. Zur gleichen Zeit lief eine fast hysterische Diffamierungskampagne der Regierung und der Presse gegen wilde Streiks und ‚subversive Shop Stewards' an. Der Antrag des TUC-Vorstandes zur Unterstützung der Regierungspläne wurde in diesem Klima mit 5 251 000 gegen 3 212 000 Stimmen angenommen. Die große Mehrheit, die sich noch im Frühjahr für die Regierungspolitik gefunden hatte, war schon merklich geschrumpft. Zudem wandte die Regierung das schon von den Konservativen 1957 erfolgreich erprobte Mittel an, die Löhne und Gehälter aller Beamten, Arbeiter und Angestellten von Staatsbetrieben einzufrieren. Nach einem „letzten Versuch" mit einer freiwilligen Kontrolle, dieses Mal in Form von Selbstkontrolle durch den TUC, brachte die Regierung im Februar 1966 die Gesetzesvorlage zur Kontrolle von Preisen und Einkommen ein. Der NBPI sollte dadurch zu einer Art Zwangsschlichtungsstelle gemacht werden, über die alle Lohn- und Preiserhöhungen laufen sollten. Lohn- und Preiserhöhungen sollten nach dem Gesetz um vier Monate verzögert werden können. Das Gesetz sah Strafen bis zu 100 Pfund vor. Durch die bald danach angekündigten Neuwahlen wurde die Vorlage zunächst hinfällig. Aber schon diese Vorlage hatte ein völlig neues Element in die englische Innenpolitik gebracht. Zum ersten Mal seit dem ersten Weltkrieg war die Tarifautonomie der Gewerkschaften in Friedenszeiten gesetzlich in Frage gestellt. Insofern ist es falsch zu sagen, die Politik der neuen Labourregierung sei lediglich eine Fortsetzung der Tory-Politik.

Kurz nach den Wahlen im Frühjahr 1966 wurde die Deflationsschraube noch einmal angezogen. Die damit erwartete steigende Arbeitslosigkeit sollte dem im Gesetz vom 20. Juli 1966 verordneten allgemeinen Lohnstop für sechs Monate die nötige Begleitmusik geben. Eine neue Pfundkrise und das Ende des Seeleutestreiks gab der Regierung den Anlaß die Tarifautonomie der Gewerkschaften insgesamt für 12 Monate

aufzuheben. Ob wirklich eine Pfundkrise vorlag, läßt sich bezweifeln. Das Zahlungsbilanzdefizit war nicht größer als erwartet und die Bank von England hatte von März bis August beträchtliche zusätzliche Stützungskredite der New Yorker Bundesbank und anderer Zentralbanken erhalten. Auf der anderen Seite war seit langem deutlich geworden, daß wenig Hoffnung bestand, das Vertrauen ins Pfund wiederherzustellen, solange die Einkommenspolitik das Bild eines schlechten ökonomischen Scherzes abgab. Ob echte Pfundkrise oder nicht — die Regierung mußte die Gewerkschaften in die Knie zwingen. Neben einem absoluten Lohn- und „Preisstop“ [18] auf sechs Monate sah das Gesetz für die dann folgenden sechs Monate Maßnahmen der ‚strengen Zurückhaltung‘ (severe restraint) vor, deren Bedingungen im Einzelnen noch festzulegen waren. Das Frühmeldesystem wurde zwar ins Gesetz aufgenommen, bedurfte aber einer nochmaligen Bestätigung durch das Parlament.

Der Gewerkschaftskongreß schluckte im Nachhinein — wenngleich äußerst widerstrebend — auch diese bittere Pille. Mit knapper Mehrheit stellte er sich auf seinem Jahreskongreß im September hinter diese drastische Regierungsmaßnahme.

Heute läßt sich sagen, daß der totale Stop zwar erfolgreich war, aber an der Misere des britischen Kapitalismus nichts verändert hat. Die offiziellen Statistiken geben für die betreffenden sechs Monate Lohnerhöhungen von 0,3 % an. Im vorhergehenden Halbjahr waren die Löhne noch um durchschnittlich 4 % gestiegen. Bei weiter — wenn auch langsamer — gestiegenen Preisen dürfte das Realeinkommen der britischen Arbeiter in dieser Periode gefallen sein. Von Anfang Januar bis Ende Juli 1967 galten die gesetzlichen Vorschriften für eine „Periode strenger Zurückhaltung“. Nur sogenannte Produktivitätsabkommen, in denen die Belegschaften bestimmte Kontrollrechte für Lohnerhöhungen verkaufen, und geringfügige Lohnerhöhungen für die niedrig bezahlten Lohngruppen waren zugelassen. In der Praxis wurden die Kriterien für „niedrig bezahlt“ so eng gefaßt, daß selbst für Arbeiter mit weniger als 100.— DM Wochenlohn Lohnerhöhungen abgelehnt wurden.

Der Nahostkrieg und die Pfundabwertung

Trotz hoher Stützungskredite durch ausländische Banken, durch nahezu dreijähriger Deflationspolitik der Labourregierung, die sich im schlechten Abschneiden der Labour Party in den Beiwahlen widerspiegelte, trotz gesetzlichen Lohnstops führte die erste vorsichtige Dosis Wachstumspolitik

[18] Die Preisbildung ist so komplex, daß allein aus technischen Gründen eine Kontrolle unmöglich ist. Als der Brotpreis z. B. den Bäckern vorgeschrieben wurde, erhöhten diese den Preis für Brötchen etc.

im Frühjahr 1967 zu einer raschen Verschlechterung der britischen Handelsbilanz im Mai und Juni. Die exportschaffende Kraft der Deflationspolitik hatte sich wieder einmal als Mythos erwiesen. Die Konjunkturflaute in Deutschland und das langsamere Wachstum in den USA, Nassers Sperrung des Suezkanals und der politisch motivierte Rückzug von Pfundguthaben durch Kuweit und andere Ölländer kurz nach dem Nahostkrieg — das alles führte zu einer plötzlichen Verschlechterung der Zahlungsbilanz und schließlich — unter dem Druck wachsender Spekulationen gegen das Pfund — zur Abwertung um 14,3 % im November 1967. Die zusätzliche Belastung durch die Folgen des Nahostkriegs wurde von Wilson auf monatlich 20 Mill. Pfund geschätzt. Die Londoner City — das institutionalisierte britische Finanz- und Handelskapital — hatte sich bis vor kurzem erfolgreich gegen eine Abwertung des Pfundes gewehrt, da eine solche drastische Maßnahme die Position des Pfundes als Leitwährung langfristig erschüttern muß. Dagegen hatte der linke Labourflügel die Abwertung seit Jahren als gangbare Alternative zu Deflationspolitik proklamiert. ‚Abwertung des Pfundes, statt Abwertung von Menschen'! war ihr Schlachtruf. Aber bereits in der Woche nach der Abwertung machte der neue Schatzkanzler Jenkins, dessen Ernennung bereits einen Ruck nach Rechts bedeutete, klar, daß das britische Volk „große persönliche Opfer" bringen müsse. Sein Vorgänger Callaghan hatte das in einer ‚Absichtserklärung' an den IWF bereits deutlich werden lassen. Wie 1967, als die Rentenerhöhung verschoben wurde und wie 1965, als ein schärferer Kurs in der Einkommenspolitik eingeschlagen wurde, sind auch dieses Mal die Stützungskredite der Zentralbanken und des IWF zur Absicherung der Abwertungskrise in Höhe von ca. 3 Mrd. Dollar nicht ohne politische Bedingungen gewährt worden. In der ‚Absichtserklärung' wurden von der Labourregierung die geplanten innenpolitischen „Sanierungsmaßnahmen" angedeutet. Jenkins kündigte einen harten Staatshaushalt für 1968 an, wozu auch Steuererhöhungen gehören könnten. Jenkins verkündete auch: „Wir graben kein Loch, um es hinterher leer zu lassen". Das Loch wurde durch die Pfundabwertung in die Exportmärkte anderer Länder geschlagen, jetzt muß es nur noch mit den notwendigen Exporten gefüllt werden. Dazu ist nach Schätzungen des ‚National Institute of Economic and Social Research' (NIESR) eine Dämpfung der Inlandsnachfrage um 500 Mill. Pfund notwendig. NIESR schätzt, daß 1968 die Lebenshaltungskosten um mindestens 5,5 % steigen werden. Ob der ‚Trick' gelingt, die britische Arbeiterklasse um 3 bis 5 % zugunsten einer entsprechenden Exportsteigerung, bzw. Importdämpfung bei gleichzeitig steigender Investitionstätigkeit abzuwerten, hängt davon ab, ob die Preise schneller steigen als die Einkommen. Um das zu garan-

tieren, wird auch die Einkommensplanung der Regierung wieder wirksamere Formen annehmen müssen als in den Monaten nach Beendigung der ‚Periode strenger Zurückhaltung'.

Die im August 1967 wirksam gewordene Gesetzgebung zur Einkommensplanung entsprach den Vorstellungen des TUC, der sich im März 1967 auf einer außerordentlichen Vorstandskonferenz von 172 Einzelgewerkschaften für eine Einkommensplanung auf freiwilliger Basis entschieden hatte. Der TUC-Vorstand sollte nach diesen Plänen die Kontrolle über die Lohnbewegung der ihm angeschlossenen Gewerkschaften selbst übernehmen. Das neue Gesetz schließt sich diesen Vorstellungen an, beinhaltet aber noch eine Art Ermächtigungsgesetz, das der Regierung die Möglichkeit gibt, gegen „überhöhte" Lohnforderungen vorzugehen. Sie kann Lohnerhöhungen maximal bis zu sieben Monaten aufschieben. Obwohl diese Form der Einkommenspolitik sich nicht als besonders wirksam erwiesen hat — die Löhne stiegen unter dem neuen Gesetz auf Jahresdurchschnitt berechnet um 6 % — wird es einer Labourregierung schwer fallen den Trick vom Juli 1966 zu wiederholen. Aber genau das wird von ihr immer mehr verlangt.

Ein anderer wichtiger Teil der „Einkommenspolitik" sind die systematischen Angriffe gegen ‚subversive Shop Steward' [19], die von der Regierung, Gewerkschaftsbürokratien, Presse und Arbeitgebern gemeinsam geführt wird. Die Regierung plant eine gesetzliche Neuregelung der gesamten bisherigen betrieblichen *Sozialstruktur*. Die politischen Implikationen einer solchen Gesetzgebung sind allerdings so schwerwiegend, daß die vorliegenden Pläne noch immer nicht Gesetz wurden. Z. T. offen von der Regierung unterstützt, haben die Unternehmerverbände seit 1966 eine Reihe wichtiger unoffizieller Shop Stewardsorganisationen angegriffen. Der Gewerkschaftskongreß hat sich zwar auf seiner Delegiertenversammlung Anfang September 1967 gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung ausgesprochen, aber die Worte und die Resolutionen unterscheiden sich bisher drastisch von den Taten. Die Opposition auf dem Kongreß wurde von der Transportarbeitergewerkschaft (TGWU) angeführt. Knapp zwei Monate später betätigte diese sich in dem seit Jahrzehnten längsten und größten inoffiziellen Abwehrstreik der Londoner und Liverpooler Dockarbeiter als Sreikbrecher. Es wird sich erweisen, ob die Gewerkschaftsführer, die in der Vergangenheit nach der Abwertung des Pfundes gerufen haben, nun bereit sein werden, ihre Mitglieder gegen die Folgen der Abwertung zu schützen, von der der Führer der konservativen Opposition

[19] Gewerkschaftliche Vertrauensleute am Arbeitsplatz, teilweise mit Betriebsratsfunktion, die dann aber nicht gesetzlich institutionalisiert ist.

sagt: „Ich verurteile zutiefst die Abwertung des Pfundes. Das bedeutet, wie Mr. Callaghan am 24. Juli vor dem Unterhaus sagte, eine Senkung des Reallohns für jedes Mitglied der Arbeiterklasse in diesem Land." (Vgl. „Labour Worker" Dezember 1967, S. 1.)

Zusammenfassung

Die Politik der Labourregierung geht unter dem Druck der Verhältnisse immer eindeutiger auf Kosten der britischen Arbeiterklasse. Eine positive Zahlungsbilanz ist das einzige klare Ziel der Regierungspolitik. Dieses Ziel kann nur auf Kosten der britischen Arbeiter erreicht werden, solange die eigentlichen Ursachen der Krisen unberührt bleiben (und unberührt bleiben werden, solange die kapitalistische Basis des Systems als Ausgangspunkt der Regierungspolitik nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird). Die Ursachen der Krisen sind: die Funktion des Pfundes als internationale Leitwährung und damit verbunden, die Sterlinghandelszone, hohe Militärausgaben und private Kapitalexporte. Die bedingungslose Unterstützung der Johnson-Regierung in der Vietnamfrage, die Duldung der rassistischen Smith-Regierung in Südrhodesien und der Kampf gegen die Befreiungsbewegung in Malaysia und am Persischen Golf sind der konsequente außenpolitische Ausdruck dieser Politik. Die britischen Arbeiter sollen die Kosten für Großbritanniens finanzielle und militärische Größe bezahlen.

Udo Knapp/Eike Schweichel

Neue Hochschulpolitik?

Dieser Aufsatz will einen Beitrag leisten zur Darstellung und Kritik der Hochschulpolitik der kritischen aktiven Studentengemeinschaft in diesem Sommersemester anhand der strukturellen Neuorganisation des Otto-Suhr-Instituts (OSI) an der FU Berlin, ihrer Vorgeschichte, sowie der durch diese Reform möglichen revolutionären Perspektiven über den Bereich der Hochschule hinaus.
Wir verzichten auf eine erneute Analyse der Beziehungen von Universität und Kapital in der spätkapitalistischen Gesellschaft der BRD und verweisen auf die Arbeiten der Genossen Lefèvre und Leibfried, sowie die Hochschulresolution der 22. DK [1].

*

Einige Hinweise auf die spezifischen Inhalte der am OSI betriebenen politischen Wissenschaft sind erforderlich für die Darstellung der neuen Hochschulpolitik an der FU.
Die politische Wissenschaft am OSI betrachtet Politik weitgehend als ihr bloßes Objekt von Forschung, ohne daß die Politik selbst in ihrer politischen Funktion begriffen wird, ohne daß Professoren und Studenten in ihrer wissenschaftlichen Arbeit sich als politisch handelnde Subjekte erkennen. Diese Auffassung von Wissenschaft muß ihre Fragestellung von vornherein auf die Verwertbarkeit der Wissenschaft für die Reproduktion der Herrschaft innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaft beschränken. Wissenschaft ist in der Gefahr sich spekulativ als theoretisches System über dem Gegenstand zu konstituieren und diesen sich bloß zu subsumieren. Denken und Realität fallen auseinander. Dem entspricht das Verhalten von Professoren und Studenten des OSI: während sie „als Wissenschaftler" die gesellschaftliche Realität als eine der reinen Wissenschaft äußerliche ansehen, nehmen sie „als Staatsbürger" ihr Interesse an Politik und Gesellschaft durch politischen Journalismus, Mitgliedschaft in Par-

[1] W. Lefèvre, Reichtum und Knappheit in: Bergmann, Dutschke, Lefèvre, Rabehl, Rebellion der Studenten . . . rororo aktuell 1043.
[2] S. Leibfried, Die angepaßte Universität, ed. suhrkamp 265, Hochschulresolution des SDS auf der 22. DK, neue kritik 44

teien etc. wahr, ohne Wissenschaft und politische Praxis, diese beiden Verhaltensweisen ihrer Person anders als höchstens durch psychologische Interpretation zusammenzubringen: Der Dichotomie von Wissenschaft und Politik korrespondiert unpolitische Theorie und theorielose Politik. Politik wird zur Sphäre purer Dezisionen, Wissenschaft in ihrem Wesen als unpolitisch erklärt.

Nun ist aber die subjektiv unpolitische Wissenschaft objektiv schon immer politisch. Der Dogmatismus, den die subjektiv unpolitische Wissenschaft verborgen in sich enthält, ist die Bejahung der vorhandenen Macht, denn die werdende bedarf in ihrem Kampfe bewußter Entscheidung, der schon bestehenden dient die Beschränkung auf bloßes Verstehen und Kontemplation.

In der Debatte um die Verabschiedung der NS-Gesetze wurde dieser unpolitische Charakter der politischen Wissenschaft deutlich. Wohl wurden am OSI die NS-Gesetze diskutiert und gelegentlich auch kritisiert, im allgemeinen wurden diese Fragen aber durch absolutes Schweigen in der Öffentlichkeit übergangen. Die OSI-Politologie war weder in der Lage, noch nach ihrem eigenen instrumentellen, herrschaftsorientierten Wissenschaftsverständnis dazu gezwungen, ihre objektive Funktion und ihr subjektives Selbstverständnis in einer Situation zu überprüfen, in der der bereits andauernde Transformationsprozeß von der formalen Demokratie zur offen-autoritären Klassenherrschaft legalisiert wurde. Politische Wissenschaft erweist sich als ohnmächtige vor dem politischen Prozeß.

Die ad hoc-Gruppe (ein lockerer Zusammenschluß von Genossen und Sympathisanten zu gemeinsamer Arbeit) an diesem Institut hat diesen Widerspruch aufgegriffen und systematisch am Arbeitsplatz mit Hilfe von Flugblättern, Umfunktionierung von Seminaren und Vorlesungen zu Diskussionsforen immer wieder erhellt. In der Situation der Verabschiedung der NS-Gesetze konnten immer mehr Studenten diesen Widerspruch subjektiv erfahren. Sie haben sich der ad hoc-Gruppe angeschlossen und begonnen, Formen der Selbstorganisation — zuerst als Widerstand gegen die Verabschiedung der NS-Gesetze — zu entwickeln.

Zwar scheiterte der Widerstand gegen die NS-Gesetze, doch ermöglichte dieser Widerstand den Beginn einer prinzipiellen Neuorganisation der Inhalte und Formen ihres Studiums durch die Studenten selbst.

Die jetzige Phase der hochschulpolitischen Auseinandersetzungen ist als die der „außerinstitutionellen" Hochschulpolitik zu bezeichnen. Ihr voran gingen zwei andere Phasen:

— die *argumentative* Phase, die bestimmt war durch folgenloses Verhandeln der Studenten innerhalb der bestehenden Institutionen;

— die Phase der *Provokationen*, gekennzeichnet durch provokative direkte Aktionen (sit-ins) um die zuständigen universitären Institutionen zur verbindlichen Diskussion zu zwingen. In dieser Phase finden wir bereits Ansätze zur selbsttätigen Organisation und Praxis der Studentenschaft, die den bisher repräsentativen Charakter der Studentenvertretung teilweise aufhebt.

Die abstrakte theoretische Reflexion über die Folgenlosigkeit bisheriger Reformbemühungen und die praktisch-sinnliche Erfahrung der Studenten mit einer reaktionären staatlichen und universitären Bürokratie und deren Gewaltmaßnahmen, zeigten den Zusammenhang zwischen den autoritären Strukturen der Gesellschaft und Hochschule, zugleich so die Sinnlosigkeit isolierter systemimmanenter Hochschulpolitik auf.

Die Studenten zogen nach den Ereignissen des 2. Juni die Konsequenz und begannen mit der Selbstorganisation eines praxisorientierten Wissenschaftsbetriebes, der beispielhaft neue demokratische Formen und Inhalte kritischer Wissenschaft vorstellen und eine wissenschaftlich untermauerte emanzipatorische Gesellschaftspraxis der Studenten in Zusammenarbeit mit anderen sozialen Gruppen ermöglichen sollte.

Wie sich auf gesamtuniversitärer Ebene die *Kritische Universität* konstituierte, so bildeten sich am Arbeitsplatz der Studenten in den Seminaren und Instituten die sog. *ad-hoc-Gruppen*, die ihre Aufgabe zu Beginn darin sahen, in den Lehrveranstaltungen und auf der formalen Entscheidungsebene Öffentlichkeit für alle die Studenten betreffenden Fragen, sowie die Grundsatzdiskussion über die Studienorganisation und das Selbstverständnis der jeweiligen Wissenschaft zu erreichen. Sowohl die KU als auch die ad-hoc-Gruppen waren räteähnlich und flexibel organisiert. Die Vorteile dieser Organisationsform wurden schnell deutlich:

1. KU und ad-hoc-Gruppen blieben offen für neue Mitglieder, die bereit waren sich an der außerinstitutionellen Praxis zu beteiligen;
2. die radikaldemokratische Organisation verunsicherte sowohl studentisches als auch professorales Establishment, das gebannt in sein repräsentatives Institutionsdenken nicht mit den erprobten Mitteln der Denunziation von „Rädelsführern" und der Isolierung opponierender Individuen antworten konnte.

Die KU war nicht in der Lage, ihren Anspruch auf eine neue praxisorientierte Wissenschaft zu verwirklichen. Sie lief mehr und mehr als eine Art kritischer Ergänzung des ordentlichen Lehrbetriebes neben dem Studienbetrieb der FU einher [3]. Es gelang nicht, mit den Studenten eine konkrete Alternative zu ihrer Arbeit in der bürgerlichen Universität zu

[3] vgl. Wolfgang Lefèvre: Berliner Winter, neue kritik 47, S. 55 f.

entwickeln. Ebensowenig wie die KU konnten die ad-hoc-Gruppen die entfremdete Existenz des Studenten, die Trennung von Studium und politischer Praxis aufheben. Ihre Praxis blieb auf die Hochschule beschränkt. Die Ursache für dieses Versagen der KU und der ad-hoc-Gruppen ist jedoch weniger in einem ständisch elitären Denken und Handeln innerhalb der gebildeten Selbstorganisationen zu sehen als in einer auch in Ansätzen fehlenden Strategie politischer Arbeit in der Stadt, die allein der KU eine über den Universitätsbereich hinauswirkende Praxis möglich gemacht hätte.

In den ad-hoc-Gruppen stellte sich sehr schnell das Problem der kollektiven Widerstandspraxis am Arbeitsplatz und ihrer Organisation, sowie die Frage nach der möglichen Aufhebung der Trennung von angepaßtem Studium und revolutionärer gesellschaftlicher Arbeit. Das letztere blieb ungelöst, da die Studenten ihre Isolierung nicht durchbrechen konnten. Am Arbeitsplatz bildeten sich jedoch aus den ad-hoc-Gruppen heraus erste Arbeitskollektive (das gilt für das OSI), die sich ihre Ziele selbst setzten und auch die Durchführung der wissenschaftlichen Arbeit autonom organisierten. Diese Arbeitsgruppen begannen ansatzweise inhaltlich und organisatorisch eine konkrete Alternative zum bestehenden Studienbetrieb — eine kritische Wissenschaftspraxis — anzubieten, die den Studenten nicht aus seinem Studium herausfallen ließ.

Die ad-hoc-Gruppen wurden immer mehr zu einer Art Avantgarde innerhalb der Studentenschaft, ja schließlich zu den tragenden Elementen einer dezentralisierten Hochschulpolitik, die am Arbeitsplatz des Studenten ansetzte und sich den spezifischen Bedingungen der verschiedenen Disziplinen gemäß organisieren und verwirklichen konnte.

Trotz der modellhaften Ansätze eines selbstorganisierten Wissenschaftsbetriebes machten KU und ad-hoc-Gruppen die Erfahrung, daß weder die Errichtung einer Konkurrenz neben der etablierten Universität noch die Umfunktionalisierung von Lehrveranstaltungen den kapitalistischen Wissenschaftsbetrieb sprengen konnten. Diese Erkenntnis und die Ereignisse an anderen europäischen Universitäten leiteten eine neue Phase in der Hochschulpolitik ein: *Die Institutsbesetzungen*. Damit sollte:

— die Existenz des kapitalistischen Wissenschaftsbetriebes selbst zeitweise aufgehoben werden;
— die Herrschaft der Ordinarien abgeschafft, die Irrationalität bürokratischer Herrschaft sowie die Ignoranz ihrer Vertreter veröffentlicht werden.
— die Produktionsentscheidungen an die Basis zurückverlegt werden, d. h. Inhalte und Durchführung wissenschaftlicher Arbeit von den

Betroffenen und Beteiligten selbst bestimmt werden. Die Besetzung strebte also eine tendenzielle Vergesellschaftung der Produktionsmittel der Universität an, in dem sie außeruniversitären Gruppen die Gelegenheit gab, sich dieser Mittel zu ihrer Emanzipation zu bedienen.

— eine neue Qualität emanzipatorischer Wissenschaftspraxis, die den Klassenkampfcharakter der Universität in Frage stellte, begonnen werden.

Die Studenten, die die Besetzung des OSI öffentlich planten, diskutierten und durchführten, waren gegenüber denjenigen, die nach wie vor an die ritualisierten Formen ihres Studiums gebunden waren, in der Minderheit. Die Forderungen, die mit der Besetzung verbunden wurden, meinten die Forderung nach Selbstorganisation aller Studenten, die in voller Eigenverantwortlichkeit die Neuorganisation ihres Instituts bestimmen sollten und schließlich auch bestimmten. Die neue Satzung des Otto-Suhr-Institutes sieht einen Institutsrat vor, führt in diesem obersten Beschlußorgan des Institutes Drittelparität ein, bindet die Vertreter der Gruppen in diesem Organ durch imperatives Mandat, hebt das Ordinarienprinzip auf und konstituiert statt dessen dezentralisierte Arbeitsbereiche durch die Bildung von Facheinheiten, in denen Studenten und Professoren in drittelparitätisch besetzten Fachkommissionen die Lehr- und Forschungsvorhaben diskutieren und festlegen. Die Einrichtung von Lehr- und Forschungsgruppen außerhalb der Facheinheiten ermöglicht es, qualifizierte Minderheiten mit den für eine wissenschaftliche Arbeit notwendigen Mitteln auszustatten und eigene Lehr- und Forschungsvorhaben anzupacken. In dieser Satzung sind wesentliche Forderungen der Studenten nicht berücksichtig worden:

1. die Vollversammlung des Instituts wurde nicht zum obersten beschlußfassenden Organ, sie hat lediglich beratende Funktion.

2. Die Trennung der Institutsmitglieder allein in Lehrende und Lernende sowie eine entsprechende paritätische Besetzung der Entscheidungsgremien wurde nicht durchgesetzt.

Diese Satzung mußte notwendig Kompromißcharakter haben. Dennoch ist sie ein Erfolg studentischer Hochschulreformbemühungen. Diese Reform demokratisiert formal die Entscheidungsstrukturen am Otto-Suhr-Institut. Die Verabschiedung dieser Satzung durch fast alle Studenten (eigentlich ein bedenklich stimmendes Indiz) ist aber die Voraussetzung zur Produktion jener neuen Konflikte, an denen die Studenten, während sie auf der Verwirklichung ihrer selbst erdachten und durchgesetzten Veränderungen bestehen, immer wieder die Grenzen der Reform, die Unmöglichkeit wirklicher Demokratisierung ihres Arbeitsplatzes Universität

ohne Demokratisierung der Gesellschaft erfahren (z. B. Ablehnung durch den Akademischen Senat). Hier wird klar, daß diese Satzung unentbehrlich ist, nicht weil sie Demokratie ist, sondern weil sie den Studenten die Notwendigkeit der Demokratisierung der Gesellschaft bewußt macht. Die Studenten, die hier beginnen, die ritualisierten Formen ihres Studiums, von Rezeption und Produktion, die ihr Bewußtsein gefangen halten, zu sprengen, vollziehen nur den ersten Schritt auf dem Weg zu einer Universität, die einer anderen Gesellschaft entspricht.

In den am OSI und an anderen Instituten durchgeführten Besetzungsaktionen haben viele Studenten das erste Mal jene plebiszitär demokratischen Mittel und Methoden selbst benutzt, die das Weitertreiben der Universitätsrevolte und eine Umwälzung der Gesellschaft erst ermöglichen. Diese Mittel sind nicht nur anwendbar zur einmaligen Durchsetzung studentischer Forderungen, sie werden zur Grundlage der Neuorganisation der Institute und des Studiums selbst. So werden alle Produktionsentscheidungen eines Institutes in Zukunft kollektive Entscheidungen sein (Institutsrat, Fachkommission usf.).

In Teilbereichen des Institutes werden Studenten Inhalt und Arbeitsweise ihres Studiums ohne Professoren oder Dozenten selbst festlegen. Hier wird in kollektiver Wissenschaftspraxis der politische Kampf der Studentenrevolte in allen Bereichen der Gesellschaft theoretisch und praktisch erarbeitet werden. Das bedeutet erstmalig die tendenzielle Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Produkte der Universität. Die traditionelle Isolierung des theoretischen Bewußtseins der bürgerlichen Universität wird hier aufgehoben durch die gemeinsame gesellschaftliche Praxis aller an einer Umwälzung der Gesellschaft interessierten Gruppen. Das heißt wohl auch, daß die Arbeiter in diesen Bereichen des Institutes zusammen mit den Studenten ihre politische Praxis organisieren können. Darüberhinaus können nun die Studenten, die bisher ohnmächtig innerhalb von Seminaren Kritik geübt haben, im übrigen aber wie alle Studenten, den irrationalen Zwängen des Studiums ausgesetzt waren, ihre Vorstellungen von wissenschaftlicher Arbeit realisieren. Konkret bedeutet das die totale Entwertung des „Schein-Wesens", kollektive Arbeitsweise in Seminaren bei Dissertationen und Studienabschlüssen. Die Studenten haben sich hier nicht etwa für sich selbst beqemere Arbeitsbedingungen geschaffen, sondern die Trennung von politischer Arbeit und Studium aufgehoben.

Wird dieses Organisationsmodell eines Institutes auf alle anderen Institute der Universitäten und Hochschulen übertragen, so wird in allen Fachbereichen kollektiv eine Wissenschaft betrieben werden, deren Ergebnisse

der Verfügungsgewalt der Herrschenden entzogen sein werden. Die zukünftigen Ingenieure, Ärzte, Lehrer und Beamten werden sich schon *vor* ihrem gemeinsamen Examen in Organisationen zusammenschließen, die die bisher an das Studium sich anschließende individualistische Zersplitterung und Reprivatisierung aufhebt, und so die politische Arbeit „Studium" in der Berufssphäre fortsetzt. In diesen Organisationen wird die bisherige Funktion der Akademiker — die Unterdrückung und Täuschung der arbeitenden Massen — durch die Anleitung und die Hilfestellung bei der Selbstbefreiung dieser Massen ersetzt.

Die Funktion der Studentenbewegung für die Selbstbefreiung der Arbeiter besteht darin, die sozialistische Theorie und Praxis neu zu beleben und an ihrer Fortentwicklung (als comitée d'action auch in den Überbauinstituionen) zu arbeiten. Die Studentenbewegung ist nicht die Avantgarde der Arbeiterklasse; ihr Kampf hat beispielhaften Charakter. Das Maß, in dem sich die arbeitenden Massen über ihre Lage bewußt werden und beginnen, daraus praktisch politische Konsequenzen zu ziehen, bestimmt den Fortschritt der Studentenbewegung.

Hartmut Lange

Warum Kulturpolitik?

Jede revolutionäre Bewegung, einmal in Gang gesetzt, leidet unter eben den Einschränkungen, deren Aufhebung ihre Bestimmung ausmacht, sie leidet z. B. unter den Einschränkungen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Es hat sich gezeigt, daß die Kommunistische Weltbewegung, die unter anderem auch die Verelendung, die Trennung von Kunst und Politik abschaffen will, dasselbe nur schafft, indem sie die Trennung beider erst einmal vertieft. Die marxistische Theorie behauptet den Satz: „Die gesellschaftliche Basis bestimmt ihren Überbau / Der Überbau bestimmt seine gesellschaftliche Basis", und da die wichtigste Waffe, die kapitalistische Form der Arbeitsteilung zu ändern, die der politischen Theorie ist, wird die Ästhetik aus Gründen der Taktik subsumiert. Die Kunst, unfrei im Kapitalismus, da nur existent in ihrer entarteten Form, als Ware, erscheint zunächst ebenso unfrei unter der Diktatur des Proletariats, sie erscheint politisch administriert, als Vehikel einer politischen Taktik, eben als Kulturpolitik. Lenin hat dies notwendig sehr schnell formuliert. Sein Aufsatz „Parteiorganisation und Parteiliteratur", erschienen 1905 in „Nowaja Shisn", gilt als Richtlinie der sowjetischen Kulturpolitik, auch heute noch. Lenin schrieb:

„Im Gegensatz zu den bürgerlichen Sitten, im Gegensatz zur bürgerlichen Unternehmer- und Krämerpresse, im Gegensatz zum bürgerlichen Karrierismus und Individualismus in der Literatur, zum „Edelanarchismus" und zur Jagd nach Gewinn muß das sozialistische Proletariat das Prinzip der Parteiliteratur aufstellen ... entwickeln ... und einheitlich verwirklichen. Worin besteht nun dieses Prinzip der Parteiliteratur? Nicht nur darin, daß für das sozialistische Proletariat die literarische Tätigkeit keine Quelle des Gewinns von Einzelpersonen oder Gruppen sein darf, sie darf überhaupt keine individuelle Angelegenheit sein, die von der allgemeinen proletarischen Sache unabhängig ist. Nieder mit den parteilosen Literaten! Nieder mit den literarischen Übermenschen! ... Die Literaten müssen unbedingt Parteiorganisationen angehören. Verlage und Lager, Läden und Leseräume, Bibliotheken und Buchvertriebe — alles dies muß der Partei unterstehen und ihr rechenschaftspflichtig sein ... Wir behaupten selbstverständlich nicht, daß diese Wandlung des von der

asiatischen Zensur und europäischen Bourgeoisie verhunzten literarischen Schaffens mit einem Schlag erfolgen kann . . ."

Wir sehen, Lenin geht der kapitalistischen Verelendung der Kunst und Literatur massiv politisch zu Leibe, der Literaturbetrieb wird administriert. Lenin sieht aber auch, daß die Kunst dabei ihre Bestimmung verlieren kann. Er empfiehlt seine Richtlinien der Partei allenfalls als Taktik, denn:

„Kein Zweifel, das literarische Schaffen verträgt am allerwenigsten eine mechanische Gleichmacherei, eine Nivellierung, eine Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit . . . Auf diesem Gebiet ist es unbedingt notwendig, weiten Spielraum für persönliche Initiative und individuellen Neigungen, Spielraum für Gedanken und Phantasie, Form und Inhalt zu sichern . . ."

Nun wissen wir aus der Geschichte der Sowjetunion seit 1924, daß es der KPdSU bis heute nicht gelungen ist, sich der Kunst gegenüber lediglich taktisch zu verhalten. Im Gegenteil. Sie wurde unter Stalin total bürokratisiert, und sie ist seit 1949, seit Shdanow die sowjetische Kunsttheorie orthodox und allgemeinverbindlich gemacht hat, so gut wie verschwunden. Die sowjetische Kulturpolitik, von Lenin 1905 erfunden und von Stalin und seinen Nachfolgern bis heute praktiziert, hat also die negative Arbeitsteilung zwischen Kunst und Politik nicht aufgehoben, eher vertieft.

Nun ist es leicht, der KPdSU eine andere oder überhaupt den Verzicht auf jede Kulturpolitik zu empfehlen, was sind die Folgen? In der Zeit der großen internationalen Klassenschlachten hat sich gezeigt, daß jedes Abrücken von der sowjetischen Kulturpolitik die Lage der Kunst nicht verbessert, eher verschlechtert hat. Es hat sich gezeigt, daß sowohl Polen nach 1956, wie auch Jugoslawien seit 1949 keine nennenswerte *proletarische* Kunst hervorgebracht hat, obwohl auf jeden kulturpolitischen Zwang verzichtet wurde. Im Gegenteil. Beide Länder wurden überschwemmt, besonders in der Bildenden Kunst, von Plagiaten modischer, spätkapitalistischer Produktion. Jedes sozialistische Land in Europa zeigt im Augenblick nur zwei Taktiken, Kunst zuzulassen — entweder sie wird kulturpolitisch administriert, oder sie erscheint als spätkapitalistischer Import. Beides sind Formen ihrer Verelendung. Hat also die Kommunistische Bewegung keine Zeit für die Kunst? Die Erfahrung lehrt: Nein. Es ist Zeit, die Kunst aus ihren kapitalistischen Fesseln zu befreien, aber zu dem Preis, ihr neue sozialistische Fesseln anzulegen, aus denen sie dann für immer ungefesselt hervortreten kann — das ist das Gesetz ihrer Befreiung überhaupt.

Wir sprachen bisher von den Praktiken und Möglichkeiten der sowjetischen Kulturpolitik. Nun hat sich die Kommunistische Internationale, weil sie an Boden gewonnen hat, ihren jeweiligen Besonderheiten nach differenziert. Die Kulturpolitik der KPdSU, bisher einzig erprobtes Vorbild und von den meisten osteuropäischen Ländern kopiert, wurde durch andere revolutionäre Praktiken ergänzt, kritisiert, umgestoßen ... ohne daß allerdings etwas grundlegend Neues, d. h. ohne daß dabei für die Kunst eine höhere revolutionäre Produktivität herausgekommen ist. Mao-Tse-tung hat z. B. seine Kampagne der „Hundert Blumen" sehr schnell wieder abgebrochen und ist zur streng administrierenden Kulturpolitik zurückgekehrt, die in der neueren Kulturrevolution auf die Spitze getrieben wird. Nicht wesentlich anders ist die Lage auf Cuba. Ich erlaube mir, einen längeren Abschnitt aus Guevaras Text „Mensch und Sozialismus auf Cuba" zu zitieren, in dem Guevara ebenfalls die Notwendigkeit einer Kulturpolitik beschreibt, allerdings Kritik an der Kulturpolitik der KPdSU übt — es wird sich zeigen, daß auch Guevara, will er Revolutionär bleiben, die Freiheit der Kunst nicht antizipieren kann. Guevara schreibt:

„Als die Revolution (auf Cuba d. V.) die Macht erobert hat, sind diejenigen (Künstler d. V.), die total domestiziert waren, ins Exil gegangen. Die anderen, ob Revolutionäre oder nicht, sahen einen neuen Weg vor sich. Das Suchen erhielt einen neuen Impuls. Jedoch die Wege waren bereits mehr oder weniger abgesteckt, und der Eskapismus tarnte sich hinter dem Wort „Freiheit". Auch bei den Revolutionären hat sich diese Einstellung oft gehalten, eine Widerspiegelung des bürgerlichen Idealismus in ihrem Bewußtsein."

Wir erinnern uns hier an die Lage der russischen Mystiker, Futuristen, Konstruktivisten, allesamt intellektuelle Hinterlassenschaft der Bourgeosie, die Trotzki 1922 ausdrücklich in Schutz nimmt, und die in der Folge durch Stalin unterdrückt wurden. Auch Guevara findet im Nachhinein diese Taktik falsch:

„In den Ländern, die einen ähnlichen Prozeß durchgemacht haben, hat man diese Tendenzen durch einen übertriebenen Dogmatismus bekämpfen wollen. Die Kultur überhaupt verwandelte sich beinahe in ein Tabu, und man proklamierte als Gipfel künstlerischen Strebens eine formal exakte Wiedergabe der Natur, die sich dann verwandelte in eine mechanische Wiedergabe jener gesellschaftlichen Wirklichkeit, die man zeigen wollte, d. h. der idealen Gesellschaft fast ohne Konflikte und Widersprüche, die man zu schaffen versuchte. Der Sozialismus ist jung, er hat seine Fehler. Wir Revolutionäre haben häufig nicht die nötigen Kenntnisse und die

nötige intellektuelle Kühnheit, um der Aufgabe nachzukommen, den neuen Menschen mit anderen Methoden zu entwickeln als jenen ... konventionellen, die den Stempel der Gesellschaft tragen, die sie geschaffen hat. ... Das Durcheinander bei uns ist groß, und die Probleme des materiellen Aufbaus absorbieren uns. Es gibt keine großen Künstler, die gleichzeitig eine große revolutionäre Autorität besäßen. Die Leute der Partei müssen diese Aufgabe in die Hand nehmen und das Hauptziel zu erreichen suchen: das Volk zu erziehen. Man begeht dann die Simplifizierung, sich auf das Niveau dessen begeben zu wollen, was jedermann versteht, d. h. was die Funktionäre verstehen. Man vernichtet das künstlerische Suchen nach wirklich Neuem, und das Problem der Kultur reduziert sich auf eine Aneignung der sozialistischen Gegenwart und der toten (und daher harmlosen) Vergangenheit. So entsteht der sozialistische Realismus auf den Grundlagen der Kunst des vorigen Jahrhunderts ... Aber warum in den eingefrorenen Formen des „sozialistischen Realismus" das einzig brauchbare Rezept suchen wollen? Man kann dem sozialistischen Realismus nicht die „Freiheit" entgegenstellen, denn diese gibt es noch nicht und wird es nicht geben, solange die Entwicklung der neuen Gesellschaft nicht vollendet ist; aber man maße sich nicht an, alle Formen der Kunst, die später sind als die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts, vom päpstlichen Thron des Ultrarealismus herab zu verdammen, denn man verfiele damit in einen proudhonistischen Fehler der Rückkehr zur Vergangenheit und würde der künstlerischen Äußerung des Menschen, der heute entsteht und geschaffen wird, eine Zwangsjacke anlegen. Es fehlt an der Entwicklung eines klassenbewußt-kulturellen Mechanismus, der das Suchen ermöglicht und das Unkraut ausreißt, das sich so leicht auf dem fruchtbaren Boden der Staatssubvention vermehrt.

In unserem Land sind wir nicht in den Fehler des platten Realismus, sondern in den umgekehrten Fehler verfallen. Und das, weil wir die Notwendigkeit nicht begriffen haben, einen neuen Menschen zu schaffen, der weder der des 19. Jahrhunderts noch der unseres dekadenten und verfaulten Jahrhunderts sein soll. Es ist der Mensch des 21. Jahrhunderts, den wir schaffen müssen. ... Die Reaktion gegen den Menschen des 19. Jahrhunderts hat uns in die Dekadenz des 20. Jahrhunderts zurückfallen lassen; das ist kein allzu schlimmer Fehler, aber wir müssen ihn wieder gutmachen, sonst öffnen wir die Tür für den Revisionismus ... Zusammengefaßt ist die Schuld vieler unserer Intellektuellen und Künstler die Folge ihrer Erbsünde: Man kann versuchen, eine Ulme zu okulieren, damit sie Birnen trägt, aber gleichzeitig muß man Birnbäume pflanzen. Die neuen Generationen werden von der Erbsünde frei auf-

wachsen. Je mehr wir den Bereich der Kultur und die Möglichkeiten der Äußerung erweitern, desto mehr Chancen werden wir haben, außergewöhnliche Künstler hervortreten zu sehen. Unsere Aufgabe ist es, zu verhindern, daß die gegenwärtige Generation, von ihren Konflikten zerrissen, sich selbst verdirbt und die neuen Generationen verdirbt. Wir dürfen keine dem amtlichen Denken gegenüber hörigen Lohnempfänger schaffen und keine Stipendiaten, die schön im Schutz ihres Stipendiums leben und eine Freiheit zwischen Gänsefüßchen pflegen. Die Revolutionäre, die den neuen Menschen mit der echten Stimme des Volkes besingen, werden kommen. Das ist ein Prozeß, der Zeit braucht."

Wir bemerken an Guevaras Ausführungen folgenden Widerspruch: 1. Er untersagt der Partei jede administrative Maßnahme, die etwa eine allgemeinverbindliche politische Kunsttheorie etablieren könnte, 2. Er fordert von der Partei administrative Maßnahmen gegen den Import spätkapitalistischer Kulturindustrie, 3. Er teilt mit: „Es fehlt an der Entwicklung eines klassenbewußt-kulturellen Mechanismus", und ich glaube, genau dieser Widerspruch wäre, verstände man ihn zu mobilisieren, die beste, d. h. die produktivste Form einer revolutionären Kulturpolitik. Diesen Widerspruch nicht töten, wie die KPdSU es getan hat, sondern seine Bewegung überwachen, lenken und ausnutzen, bis er sich seiner Bestimmtheit nach — und die Partei setzt seine Bestimmtheit — aufgehoben hat, das wäre der sicherste und schnellste Weg, die Kunst aus ihrer neuen, sozialistischen Verelendung ins „Reich der Freiheit" zu befördern. Und das wäre natürlich, wir erinnern uns an „Parteipolitik in der Kunst", klassischer Trotzkismus. Aber was heißt überhaupt Trotzkismus? Trotzkis Unfähigkeit, überall sofort und zu jeder Stunde zur revolutionären Praxis aufzusteigen, wurde ausgeglichen durch das Plagiat fast aller großer Revolutionäre an Trotzkis analytischem Vermögen. Stalin hat Trotzkis Ideen spätestens 1934 plagiiert und zwar in der Landwirtschafts-, Industrie-, Gewerkschaftspolitik, Mao-Tse-tung plagiierte Trotzkis „Permanente Revolution", Guevara plagiierte Trotzkis kulturpolitische Ansichten, und das ist alles völlig richtig so. Trotzkis theoretische Hinterlassenschaft ist Bestandteil der marxistischen Theorie, sie wird jeden Augenblick und in jedem Teil der Welt in revolutionäre Praxis umgesetzt von „Stalinisten, Maoisten, Titoisten, Fidelisten" usw. Warum also vom Trotzkismus schwatzen, der seiner politischen Bestimmung nach sektiererisch, überflüssig, hinter Trotzki zurückbleiben muß?

„Die Methoden des Marxismus sind nicht Methoden der Kunst", schreibt Trotzki. „Die Partei ist Führerin des Proletariats, aber nicht des historischen Prozesse. Es gibt Gebiete, wo die Partei unmittelbar und gebiete-

risch leitet. Es gibt Gebiete, wo sie kontrolliert und fördert. Es gibt schließlich Gebiete, wo sie sich nur orientiert. Das Gebiet der Kunst ist nicht das Feld, wo die Partei zu kommandieren berufen ist. Sie kann und soll schützen, fördern und nur indirekt leiten. Sie kann und soll, bedingt, Kredit ihres Vertrauens den verschiedenen künstlerischen Gruppierungen gewähren, die aufrichtig bestrebt sind, der Revolution näher zu kommen, um ihre künstlerische Gestaltung zu fördern. Jedenfalls kann sich die Partei nicht auf die Position eines Literaturzirkels stellen, der gegen andere Literaturzirkel kämpft oder mit ihnen einfach konkurriert. Die Partei kann es nicht tun und wird es nicht tun. Die Partei steht auf dem Wachtposten der geschichtlichen Interessen der Klasse in ihrer Gesamtheit. Indem sie bewußt und schrittweise die Voraussetzungen für die neue Kultur und somit auch die neue Kunst vorbereitet, behandelt sie die literarischen Weggenossen und Mitläufer nicht als Konkurrenten der Arbeiterschriftsteller, sondern als Helfer der Arbeiterklasse, wirkliche oder mögliche Helfer im Aufbauwerk von allergrößten Dimensionen. Die Partei versteht das Episodenhafte der literarischen Gruppen der Übergangsperiode und wertet sie nicht vom Standpunkt der individuellen Klassenzeugnisse der Herren Literaten, sondern vom Standpunkte des Platzes, den diese Gruppen in der Vorbereitung der sozialistischen Kultur einnehmen oder einnehmen können. Wenn sich der Platz der betreffenden Gruppe momentan noch nicht bestimmen läßt, so kann die Partei als Partei wohlwollend und aufmerksam ... abwarten."

Leider hat keine Kommunistische Partei der Welt Trotzkis Ratschläge bisher praktizieren können. Trotzdem: Ich empfehle das Studium der Schrift „Literatur und Revolution."

Reimut Reiche

Wilhelm Reich: Die sexuelle Revolution*

Die 1935 vorgelegte und in den 40er Jahren gereinigte Fassung der „Sexuellen Revolution" besteht aus zwei relativ unabhängigen Teilen. Der zweite Teil behandelt unter dem Titel „Der Kampf um das ‚neue Leben' in der Sowjetunion" die Ansätze zur revolutionären Neuordnung der Sexualsphäre, der Erziehung und der Familie im revolutionären Rußland und den Sieg der anschließenden „Sexualreaktion", nämlich die kontinuierlich Aufhebung dieser Errungenschaften in der Epoche bis 1935. Der erste Teil ist eine zusammenfassende Kritik der bürgerlichen Ehe- und Sexualmoral und die Grundlegung einer Theorie zur „sexualökonomischen Selbststeuerung der Menschen"; dieser Teil dient einer prinzipiellen Rechtfertigung der revolutionären Errungenschaften und politischen Neuordnungen der im zweiten Teil behandelten Thematik. Dieser erste Teil ist die „entmarxisierte" Fassung der 1929 verfaßten Schrift „Geschlechtsreife, Enthaltsamkeit, Ehemoral". „Entmarxisiert" warum, und warum in den 40er Jahren?

Wilhelm Reich ist bis heute der einzige Theoretiker der Psychoanalyse, der zugleich ein großer marxistischer Theoretiker und ein hervorragender politischer Kämpfer in den revolutionären Auseinandersetzungen seiner Epoche (bis zum Sieg des Faschismus in Deutschland) war. Er wurde ungefähr zur selben Zeit aus der Kommunistischen Partei und aus der Internationale Psychoanalytischen Gesellschaft ausgeschlossen — aus dieser, weil sie unter dem Druck der faschistischen Reaktion meinte, sich nur erhalten zu können, wenn sie sich von Politik freimachte; aus jener, weil er nicht „materialistisch", sondern „idealistisch" denke (diesen Vorwurf hat ihm unter anderem Grotewohl gemacht) und weil er in zahllosen Fällen die Parteidisziplin verletzt hatte. In der Schrift „Was ist Klassenbewußtsein?" setzte sich Reich im Jahre 1934 in der dänischen Emigration — unter dem Pseudonym *Ernst Parell* — mit den strukturellen Fehlern der kommunistischen Partei und der anderen proletarischen Organisationen in den Fragen der Agitation und der Bewußtseinsbildung

* Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1966, 25,— DM

der Massen und der eigenen Mitglieder auseinander. Diese Schrift kennzeichnet den Höhepunkt seiner politisch-theoretischen Arbeit. Die Fragen der Organisation und der Bewußtseinsbildung werden hier für die Epoche des sich etablierenden Faschismus mit einer Prägnanz behandelt, die die Kommunistischen Parteien an ihren unveränderten Heiligtümern traf: an ihrem autoritären Organisations- und ihrem moralisierenden Agitationsprinzip.

Aber in der uns vorliegenden Fassung der „Sexuellen Revolution" spricht Reich nicht mehr von der „kapitalistischen Gesellschaftsordnung" (wie noch in „Geschlechtsreife . . ."), sondern nurmehr von „autoritärer Gesellschaftsordnung überhaupt" (S. 152). Es geht dann bei der Frage nach dem Stellenwert der Sexualökonomie innerhalb des Kampfes um eine gerechte Gesellschaftsordnung nicht mehr um „links oder rechts", sondern nurmehr um „vorwärts" (S. 28). In noch späteren Jahren hat Reich, nachdem er sich längst vom Marxismus in der Theorie und von der sozialistischen Bewegung in der Praxis resigniert abgewendet hatte, auch noch die prinzipiellen Einsichten und methodisch-therapeutischen Forderungen derPsychoanalyse aufgeben und ein zweifelhafte, somatisches Heilverfahren zur Verflüssigung und Stärkung gehemmter Libido — die Orgone - Energie — entwickelt. In den allerletzten Jahren seines Lebens in den USA hat er ganz eindeutig unter der Herrschaft eines paranoiden Größenwahns praktiziert und geschrieben (siehe die Schrift „Listen Little Man"). Mit diesem Schicksal sollten wir jedoch nicht seine Abwendung vom Marxismus erklären. Wir machten es uns dann zu leicht in der Abwehr seiner Kritik der autoritären und im Grunde kleinbürgerlichen Struktur der großen proletarischen Organisationen vor 1933, die KPdSU eingeschlossen, und besonders seiner Kritik der sexualreaktionären und autoritären Rückschritte in der Sowjetunion.

Wilhelm Reich ließ sich in der amerikanischen Emigration zusehends blenden von den sexuellen Freizügigkeiten in diesem Land. „Das aus einer proletarischen Revolution hervorgegangene Sowjetrußland ist heute 1944 — ich bedaure es tief, dies aussprechen zu müssen — sexualpolitisch reaktionär, während das aus einer bürgerlichen Revolution hervorgegangene Amerika sexualpolitisch zumindest progressiv bezeichnet werden muß." (S. 12) Nachdem sich Reich vom Marxismus abgewendet hatte, vermochte er nicht mehr zu erkennen, daß diese „sexualpolitisch progressive" USA (die sie übrigens vornehmlich in der Einrichtung von Hygieneleistungen waren, die sich in SU wegen des weniger entfalteten Standes der Produktivkräfte noch nicht leisten konnte) mit anderen Mit-

teln eine besser funktionierende sexuelle Unterdrückung betrieben, als sämtliche autoritären Reglementierungen der Stalin'schen Epoche es wohl vermochten. Reich hat nicht mehr erkannt, daß diesem Fortschritt in der Sexualpolitik (Scheidungsrecht, Hygiene, Eheberatungsinstitute, Schulaufklärung, Verhütungsmittel) ein Fortschritt in der Massenbeherrschung vermittels sexuell ansprechender Stimuli entsprach. Das ist schwer zu erklären, denn immerhin war Wilhelm Reich der schärfste Kritiker der bürgerlichen Sexualreform seiner Zeit gewesen, egal ob sie im liberalen, sozialdemokratischen oder kommunistischen Kleid auftrat. Diese Verblendung ist erklärlich nur als politisches Schicksal: als Reaktion auf die Niederlage der proletarischen Bewegung gegen den Faschismus vor 1933 und auf die Unfähigkeit der Kommunisten in Deutschland und im Ausland, den sich etablierenden Faschismus zu bekämpfen, geschweige denn zu schlagen.

Als Analytiker hatte Reich erkannt, daß die Psychoanalyse ohne eine starke politische Bewegung im Rücken bestenfalls individuelle Heilerfolge erzielen kann, die in der Mehrzahl der Fälle wieder zunichtegemacht werden von einem unveränderten Realitätsprinzip (das die Krankheit mit verursacht hatte), der versagenden Umwelt und der repressiv organisierten Gesellschaft, in die der Analysierte entlassen wird. Als Revolutionär, als Kopf der kämpferischen Sexpol-Bewegung, die diese Rückendeckung für die Psychoanalyse bilden sollte und vor allem die kommunistische Bewußtseinsarbeit und Agitation aus ihren abstrakten und moralisierenden Fesseln befreien sollte, war er mit zunehmenden Erfolgen dieser Bewegung auf zunehmende Ablehnung der Parteispitze gestoßen. Seine historische Erfahrung war, daß die ökonomisch und sexuell unterdrückten Massen zu schwach waren, um eine autonome politische Bewegung aufzubauen, die die endgültigen Voraussetzungen ihrer ökonomischen und sexuellen Befreiung hätte schaffen können. In der dänischen Emigration (um 1934), in der er die Sexpol zur reorganisieren versuchte, um mit ihren Kadern einmal ins faschistische Deutschland hineinzuwirken, wurde er von der Starrheit und dogmatischen Befangenheit der KPs, von ihrer baren Unfähigkeit, auf den Faschismus überhaupt zu reagieren, aufs neue enttäuscht. — Der Weg zurück zur „individuellen" Psychoanalyse war ihm versperrt; er hätte denn einer der deutsch-amerikanischen Revisionisten (wie Fromm und Kardiner) werden müssen, die in dieser Zeit und aus vergleichbaren Gründen serienmäßig produziert wurden. Der Weg der Revolution über die traditionaltisch erstarrte und unbewegliche Parteiorganisation war für ihn nicht mehr gangbar. Die

Partei zu ändern war er zu schwach, vielleicht auch zu eigenwillig (jedenfalls hielt er nicht allzuviel von den trotzkistischen Reorganisationsversuchen dieser Zeit). Die Konfliktsituation, die er in Dänemark, immer noch vor den Toren Deutschlands, durch den Neuaufbau der Sexpol versucht hatte auszutragen, wurde im USA-Exil übermächtig. Das Resultat ist „Die sexuelle Revolution" in ihrer vorliegenden Fassung: der Wendepunkt von der psychoanalytisch und historisch-materialistisch begründeten Sexualökonomie zur sexualistischen Revolution, zur später somatisch reduzierten Heilslehre von den Orgonen. Von letzteren ist in diesem Buch noch nicht die Rede; sie waren noch nicht „entdeckt". Aber im ersten Teil der „Sexuellen Revolution" entwickelt Reich endgültig eine *Genitaltheorie,* die später auch seine Konversion zur Somatologie in der Sexualwissenschaft rechtfertigen wird.

In seinen psychoanalytischen Schriften hat Reich wie kein anderer Theoretiker die Lösung der verschiedenen pathologischen Konflikte von der vollen Entfaltung der „genitalen Libido" abhängig gemacht. Diese genitale Libido soll auf den heterosexuellen Geschlechtsakt bezogen sein und sich einzig in der auf ihn konzentrierten Geschlechtslust lösen. Reich hat in diesem Punkt zwar keine spezifische Revision der Freud'schen Ansichten vorgenommen; auch Freud war zum Beispiel der nicht völlig begründeten Ansicht, daß die Frau es lernen müsse, von der Klitoriserotik weg- und zur „vollreifen" Vaginalerotik zu kommen. Aber Reich hat sich doch so vollständig auf die Herstellung des „Primates der Genitalität" konzentriert, daß er schließlich methodisch und praktisch alle Fragen der Analyse und der individuellen und sozialen Therapie an diesem Punkt verankern mußte. In der Tat suchten ja auch die meisten Patienten, aus dem Bürgertum wie aus dem Proletariat, zu dieser Zeit die psychoanalytischen Ambulatorien und Beratungsstellen wegen zwangs- und anderer aktualneurotischer Symptome auf. Sie litten in der einen oder anderen Form unter einer Herabsetzung der genitalen orgastischen Potenz, also unter bestimmten Formen zwanghafter Abstinenz, unter Impotenz, Praecox oder Frigidität. Die besten Heilerfolge waren zu erzielen, wenn der Patient zu einer (nicht suggestiv übernommenen, sondern bewußt erarbeiteten) Sexualbejahung gelangte und diese Sexualbejahung in einer befriedigenden Sexualpraxis geltend machte (hierzu siehe besonders: „Die Funktion des Orgasmus"). Dieser Haltung sollten beim Mann „phallisch-agressive" Züge in der Sexualität, männlich-selbstbewußt-aktive Charakterzüge in der Bewältigung der übrigen Realität entsprechen; bei der Frau „vollweiblich-passive" Züge mit aktiver Kom-

ponente in der Sexualität, und weiblich-aktive Charakterzüge in der Bewältigung der übrigen Realität. Diese Züge macht Reich dann entsprechend beim Idealtyp seines kommunistischen Agitators, Funktionärs und Jugendleiters fest: zuverlässig, selbstbestimmt und sicher bei der Arbeit; integrativ im Umgang mit der Gruppe oder der Masse; potent, sauber, unproblematisch und glücklich in seiner monogam-heteroxuellen Beziehung auf Zeit, — der Idealtyp des realtitätstüchtigen Kommunisten in der kapitalistischen Gesellschaft. Auf diesen Typ schnitt Reich — je politischer er wurde, desto stärker — seine Genitaltheorie zu. Ihr politischer Ausdruck läßt sich in dem Satz zusammenfassen: „Der Lebensbejahung muß in ihrer subjektiven Form als Bejahung der Sexuallust und in ihrer objektiv gesellschaftlichen Form als Arbeitsdemokratie zur subjektiven Bewußtheit und objektiven Entfaltung verholfen werden."

Die „sexual-ökonomische Selbststeuerung", wie Reich sie sich vorstellte, ist darstellbar als ein einfaches kybernetisches System der Problembewältigung der gesamten sozialen Realität einschließlich der Sexualität. Das an sich „steuernde" Moment ist eine Art „Libidokreislauf": Die sich frei entfaltende Genitalität streift die Fesseln und Zwänge der prägenitalen Partialtriebe ab und ordnet sie der — heterosexuellen — Genitalität unter; die Destruktionstriebe verlieren die Möglichkeit, sich sexuell zu engagieren und müssen sich für sozial nützliche Tätigkeiten absorbieren lassen; der „potente, liebesfähige, sexualbejahende" (S. 45) Charakter bildet sogar zwanglos die Tendenz zur monogamen Bindung auf Zeit aus („sexuelle Dauerbeziehung", S. 152 f.), weil sowohl der Zwang zur neurotisch bestimmten Polygamie (Don-Juanismus) als auch der Zwang zur neurotisch bestimmten Monogamie (Besitzeifersucht, vor-ödipale Fixierungen etc.) ihre Basis verlieren und das zwanglos-sexualbetonte „Kennenlernen" des Partners einen tragfähigen Selbstwert gewinnt, der nurmehr der „natürlichen Abstumpfung" unterliegt (auf die seltsamerund bezeichnenderweise auch Reich nicht verzichten kann) und dann auch wieder mit einem Minimum an Zwang, Ängsten und Versagungen gelöst werden kann. Der Triebdualismus von Eros und Thanatos oder von Sexual- und Destruktionstrieb, der Freud' bis an sein Lebensende und später Herbert Marcuse so sehr beschäftigte, ist für Reich ein idealistisches Scheinproblem: die sich frei entfaltende Libido trägt *in sich* die Mechanismen der realitätstüchtigen Stabilisierung der Persönlichkeit; der Destruktionstrieb kann sich nur entfalten *gegen* einen geängstigten und geschwächten Sexualtrieb. Alle repressiven Züge, von denen die Sexualität in der heutigen Klassengesellschaft und in den sozialistischen Leistungs-

gesellschaften (also nach Reich auch in der nach-revolutionären, autoritär regierten Sowjetunion) geprägt ist, verlieren mit der sich selbst steuernden Befreiung der genitalen Libido ihrer Basis: die Ehe-Ideologie, die neurotische Polygamie als deren Spiegelbild, die Besitzeifersucht, die Perversion, die spezifisch neurotischen Reaktionen auf sexuelle Unterdrückung wie Impotenz, Arbeitsunfähigkeit usw. Eine der Sexualität *gegenübertretende* — sozialistische oder kapitalistische — Sexualmoral wird damit überflüssig: „Dem Prinzip der moralischen Regelung des seelischen Haushalts steht also die *sexualökonomische Selbststeuerung* gegenüber." (S. 37)

Das Menschenbild, das dieser Theorie zugrunde liegt und die politische Strategie, die sich an diese Theorie knüpft, sind so einfach wie sie problematisch sind. Ihre Gefahren lassen sich zusammenfassen als Überschätzung der sozialen und politischen Garantien, die von der voll entfalteten genitalen Sexualität ausgehen. Wilhelm Reich hat dieses genitale „Charakterideal" in einer Zeit der unmittelbaren sexuellen Unterdrückung als konkrete Utopie entwickelt. Er konnte daraus direkte politische Handlungsanweisungen ableiten. Beide, diese Utopie und die ihr entsprechende Politik, sind in der gegenwärtigen Phase der kapitalistischen Herrschaft noch problematischer geworden, als sie vor dem Faschismus schon waren. Denn diese Herrschaft läßt sich zwar deutlicher denn je kennzeichnen als autoritäre Leistungsgesellschaft, aber, ihre Leistungen werden erzwungen, und ihre Autorität wird eingesetzt zunehmend über einen komplexen Zusammenhang von wirklichen und scheinhaften Befriedigungen — unter ihnen eine ganze Reihe sexueller Befriedigungen. Die gegenwärtige Sexualmoral in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern zwingt die Menschen nicht mehr in einer so direkten und brutalen Weise wie die vorfaschistische Epoche zur Sexualverneinung, also zur Sexualverachtung beim Mann, zur Sexualscheu bei der Frau, und den daraus erwachsenden neurotischen Reaktionen. Die gegenwärtige Epoche ist auf sexuellem Gebiet vielmehr gekennzeichnet von einer durchgängigen Tendenz zur partiellen Freilassung der Sexualität. Die heutigen Formen „kultureller" Erkrankungen haben dementsprechend nicht mehr eine so durchgängig zwangsneurotische Ausprägung. Zum Beispiel werden in jüngster Zeit die klassischen Hysterien immer häufiger von typischen Formen psychoseähnlicher und psychotischer Erkrankungen abgelöst; an die Stelle der klassischen Neurasthenien, deren Ursprung Reich seinerzeit in den von ihm analysierten Sexualhemmungen (mit Libidostau) fand, scheinen typische Fomen anderer körperlicher Erkrankungen zu treten, die von der

Orgasmusfähigkeit selbst unabhängiger sein dürften. Den verschiedenen Anpassungsinstitutionen und Manipulationsagenten des gegenwärtigen kapitalistischen Herrschaftssystems scheint es zu gelingen, eine zweckrational zugerichtete und kanalisierte Scheingenialität zu entwickeln und zu steuern, die mit Sexualunterdrückung nicht gleichgesetzt werden kann. Diese kanalisierte Genitalität hat zwar nichts gemein mit der von Reich angestrebten „sexualökonomischen Selbststeuerung"; sie ist vielmehr ihr Gegenteil: nämlich Freilassung der genitalen Sexualität *im Dienste* fremdgesteuerter Herrschaft (nach Marcuses Kategorie ungefähr: repressive Entsublimierung). Soviel müssen wir also aus dieser Funktion der Sexualität, die Reich im Verblendungszusammenhang seiner Überschätzun der befreienden Kraft der orgastischen Potenz 1944 in den USA nicht mehr erkannte, doch lernen: Die Befreiung der „Genitalität" und die Optimierung der technischen und sozialen Randbedingungen zur Befriedigung der genitalen Sexualität (Verhütungsmittel, Familienunabhängigkeit der Mädchen, Wohnungsfrage etc.) sind keine ausreichenden Garantien mehr dafür, daß die Sexualität zum Motor im Kampf gegen soziale Unterdrückung, ökonomische Ausbeutung und individuelles Elend wird. In der „sexuellen Revolution" erkennt Wilhelm Reich natürlich noch an, daß die bestehenden sexuellen Unterdrückungen an die spezifische Gesellschaftsordnung gebunden sind, in der sie ausgeprägt und befestigt wurden, und daß diese Produkte der Unterdrückung mit einer Änderung des ideologischen Überbaus und der Änderung der Produktionsweise nicht automatisch verschwinden. Und doch wird bereits hier die Stärkung der auf die genitale Befriedigung gerichteten Libido immer mehr zum autonomen gesellschaftsumwälzenden Prinzip erhoben.

Im zweiten Teil des Buches, der eigentlich eine Abrechnung mit der „Sexualreaktion in Rußland" darstellt, legt sich Reich die Frage vor: Wie konnte es aber nach einer großen proletarischen Revolution möglich sein,die revolutionären Errungenschaften der Massen gegen deren eigentliche Interessen Stück um Stück wieder abzubauen? Reichs Verzweiflung an der Antwort darauf wird uns schließlich den Schlüssel zum Verständnis seines letzten Schritts liefern: Wenn die Massen selbst *nach* einer erfolgreichen geellschaftlichen Umwälzung *genital* zu geschwächt sind, die revolutionären Änderungen auf kulturellem Gebiet zu erhalten und auszubauen, dann muß in Zukunft *vor* jeder Revolutionierung diese Genitalität eben auf *somatischem* Wege (nämlich durch direkte physiologisch wirkende Stimuli, und nicht mehr mit psychoanalytischen oder sozialrevolutionären „Verfahren") ge-

stärkt werden. Das Mittel dazu sollte die von den später entwickelten „Orgone-Apparaten" gelieferte „Orgone-Energie" sein.

Soweit ist Wilhelm Reich aber auch 1944 noch nicht: „Im Kommunismus ging mit der wirtschaftlichen Umwälzung in den ersten Jahren eine Revolution im sexuellen Leben einher. Diese Sexualrevolution war der objektive Ausdruck des revolutionären Umbaus der Kultur. Ohne den Sexualprozeß der Sowjetunion ist ihr Kulturprozeß nicht zu fassen." (S. 194). Bis zur Mitte der 30er Jahre wurden nun systematisch die wichtigsten Errungenschaften der mit der sozialen Revolution einhergehenden Kulturrevolution in der SU wieder abgeschafft (siehe dazu besonders den Aufsatz von Ingrid Schmiederer in *neue kritik, Nr. 45):* Die *Selbstverwaltung* des gesellschaftlichen Lebens wich der autoritären Lenkung der Gesellschaft; die *Zwangsfamilie* wurde wieder eingeführt, die fortschrittliche Ehegesetzgebung der 20er Jahre rückgängig gemacht; die *Kollektivierung der Kindererziehung* wurde dementsprechend aufgehoben; die *Unterrichtsmethoden* orientierten sich wieder an den autoritärhierarchischen Prinzipien der Klassengesellschaften; die *Sexualaufklärung* der Kinder wurde gestoppt und schließlich ersetzt durch eine schulische Askese-Ideologie; der *Homosexualitätsparagraph* wurde wieder eingeführt; die legalisierte *Schwangerschaftsunterbrechung* scharf eingeschränkt.

Für diese „Bremsung der Sexualrevolution" und den schließlichen Sieg der „Sexualreaktion" macht nun Reich weder allein die sowjetische Führung noch allein den Zwang zum forcierten Wirtschaftsaufbau verantwortlich. Vielmehr kennzeichnet er die Unsicherheit, von der die gesamte Sowjetgesellschaft nach den institutionell zugestandenen und materiell nur äußerst schwer sich durchsetzenden sexuellen Freizügigkeiten bald erfaßt wurde, als „Konflikt zwischen wirtschaftlichem Kollektiv und der ihr anhängenden sexualbejahenden Tendenz zur sexuellen Selbständigkeit auf der einen Seite und der individualistisch-familiären, sexualängstlichen Struktur der Individuen auf der anderen Seite" (S. 202). Der kommunistischen Führung macht Reich aber wohl zu Recht den Vorwurf, daß sie sich nicht nur „keine Auffassung über die sexuelle Revolution gebildet hatte", sondern daß sie, nachdem sie zunächst gleich nach 1917 auf dem Gesetzeswege die sexuelle Emanzipation dekretiert hatte, alsbald den Karren mit dem vulgärmarxistischen Spruch laufen ließ: zunächst die Lösung der wirtschaftlichen Frage, die sexuelle regelt sich dann von selbst! Das Gegenteil trat ein. Die Rate der Abtreibungen und der Ehescheidungen stieg „beängstigend" hoch, eine sexuelle Verwilderung und Brutali-

sierung setzte, unüberbrückbare Konflikte zwischen der Jugend und der älteren Generation der Bolschewiki traten auf. Diese Konflikte nahmen ein Ausmaß an, das die Bolschewiki und besonders die Funktionäre nur mehr als „chaotisch" bezeichnen konnten. Nunmehr gingen die Funktionäre und später auch die Führung die „Linie des geringsten Widerstandes und des größten Mißerfolges" (S. 234). Sie, deren sexuelle Einstellung in der vorrevolutionären Zeit nowendigerweise von sexueller Abstinenz geprägt war, erinnerten sich dieser ihrer revolutionären Tugenden: Sie leiteten die große Kampagne der Enthaltsamkeit und der sozialistischen Moral ein, die das sexuelle und das gesamte kulturelle Leben in der SU bis heute kennzeichnet. Die kulturrevolutionären Auseinandersetzungen über die Fragen der Gestaltung der individuellen und kollektiven sexuellen Sphäre dauerten aber jahrelang mit großer Heftigkeit an. Reich schreibt: „Der Schwung der Revolution war derart groß, daß diese Behinderung durch einzelne Funktionäre und alte reaktionäre Professoren sich nicht hätte durchsetzen können, wenn es nicht im *objektiven* Prozeß selbst Schwierigkeiten gegeben hätte, die die Unsicherheit der Funktionäre unterstützten. Es wäre also falsch zu sagen, die Sexualrevolution und mit ihr die Kulturrevolution in der Sowjetunion wären an der Unvernunft, Sexualscheu und -angst der führenden Kreise gescheitert ... Die Bremsung einer revolutionären Bewegung von den Ausmaßen der sowjetischen Sexualrevolution kann nur durch schwerwiegende, objektive Hindernisse zustandekommen." (S. 236) Reich faßt diese Hindernisse zusammen: 1. ökonomische Schwierigkeiten, kulturelle Rückständigkeiten und soziologische Ungleichzeitigkeiten in der SU; 2. das Fehlen einer Theorie der Sexualrevolution; 3. der erstarrte sexualablehnende Charakter derer, die plötzlich sexualbejahend sein sollen. Der zweite Fünfjahresplan regelte diese Schwierigkeiten dann auf seine Weise: Er lieferte die ökonomische und ideologische Rechtfertigung der inzwischen erfolgten Einschränkung der sexuellen Freiheiten.

Für Reich konnte die so eingeschlagene Entwicklung nur in eine Richtung führen: „Das Ergebnis wird dann eine glänzend technisierte Wirtschaft sein, die von Neurasthenikern und lebenden Maschinen betrieben wird; aber kein *Sozialismus*." (S. 255) Gegen diese Entwicklung war nun aber Reichs Theorie der „sexualökonomischen Selbststeuerung" dort ohnmächtig" wo sie selbst auf die genitale Befreiung verengt war. Seine eigene sexualökonomische Utopie klingt heute wie ein Hohn gegenüber der sowjetischen Bevölkerung und naiv im Hinblick auf die Tendenzen in den spätkapitalistischen Metropolen: „Wenn die Bevölkerung sich in ihren

sexuellen Bedürfnissen sofort praktisch verstanden fühlen wird, dann wird sie auch Maschinen freudig bauen — ohne Zwang." (S. 323) Wir werden daraus, mit und gegen den großen Wilhelm Reich lernen müssen, daß praktische *genitale* Sexualität und befriedigende Arbeit nicht wesentlich miteinander verkoppelt sind, und, daß die Freilassung der Sexualität kein Garant für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ist.

Der Prozeß des SDS gegen die Bundesregierung in 2. Instanz

Das Verwaltungsgericht Köln hatte 1966 nach jahrelangem Rechtsstreit um die Bundesjugendplangelder für den SDS treuherzig-rechtsstaatlich, pluralistisch-liberal argumentierend entschieden, finanzielle Förderung aus Staatsmitteln dürfe nicht nur an den Parteien orientierten oder die Regierungspolitik unterstützenden Studentenverbänden gewährt werden. Das von den Richtlinien des Bundesjugendplans erforderte „gegenseitige Vertrauensverhältnis" sei nur innerhalb des Spielraums, den das Grundgesetz für politische Programmatik und Praxis garantiere, zu interpretieren. Politisches Wohlverhalten als Gegenleistung für finanzielle Unterstützung abzuverlangen, sei unzulässig (vgl. nk 38/39 Oktober/Dezember 1966 Dokumentationsbeilage).

Das war vor zwei Jahren.

Wenn schon in der mündlichen Verhandlung in Köln die Vertreter der Bundesregierung meinten, darauf hinweisen zu sollen, daß „der SDS die Bundesregierung bei jeder Gelegenheit bekämpft", dann hatte mittlerweile die Bundesregierung in ihrer Berufungsbegründung zum Oberverwaltungsgericht Münster ihre Identifikation von Regierungspolitik und Verfassungstreue umschlagen lassen in „Illoyal"itätsbeschuldigungen gegen den SDS, z. B. wegen seiner Stellungnahme gegen Notstandsgesetze und für die Anerkennung der DDR. Gleichzeitig entdeckte man den § 9,1 Jugendwohlfahrtsgesetz JWG, der nur die Unterstützung von „den Zielen des Grundgesetzes förderlicher Arbeit" erlaube. Der Prozeß war zum „Prozeß gegen den SDS" (R. Reiche in SDS-Korrespondenz Nr. 5) geworden. Während man im Justizstreit noch die mangelnde Förderlichkeit der SDS-Aktivitäten zu beweisen suchte, äußerten die Parteipolitiker im Bundestag schon offen den Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit (nach Bekanntwerden Spitzel-Skandale, in der Sondersitzung des Bundestags nach Ostern 1968).

Im zweiten Schriftsatz der Bundesregierung an die 2. Instanz wurde durch eine Sammlung (z. T. erfundener) Zitate von SDS-Mitgliedern und Gruppen ein mehr atmosphärischer Eindruck von der revolutionären Haltung des SDS zu erzeugen versucht. Unterschlagen wurde der politische Konfrontationszusammenhang. Zur weiteren Glaubhaftmachung wurde noch ein „anonymes" Konglomerat von Aktenvermerk und Minister-Info vorgelegt. Für die Unruhe an den deutschen Hochschulen und „die Radikalisierung der Anhänger des SDS" sei der Sieg der „Dutschke-Gruppe" auf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS verant-

wortlich zu machen. Der SDS strebe das diktatorische Rätesystem sowjetischer Prägung an.

Der neue Anwalt der Bundesregierung, Dr. K. Redeker (Bonn) mischte beim mündlichen Termin am 21. 8. denn auch traditionell antikommunistische Emotionen (am Tag der CSSR-Intervention) und Hinweise auf die Normativität des Faktischen. Die Mittelvergabe sei ja doch erst einmal in das Belieben des Staates gestellt.

Der Senat „schenkte allen Argumenten sein Ohr". Die Gleichbehandlungsmaxime, die das Bundesverfassungsgericht im Parteienfinanzierungsurteil entwickelt hatte, um die „Staatsfreiheit" der politischen Willensbildung zu garantieren, sei allerdings für studentische Gruppen nicht anwendbar, das falle unter das Parteiprivileg.

Die Frage der Verfassungsfeindlichkeit des SDS habe nicht zur Debatte gestanden. Allerdings sei die Entscheidung des Grundgesetzes für die parlamentarisch repräsentative Demokratie eindeutig. „Es gibt tatsächlich Gefahren, die uns vom Leitbild des Grundgesetzes zu entfernen drohen. Alle Interessierten haben die Aufgabe diese Dinge ernst zu nehmen. Die kritischen Ausführungen des SDS zur Verfassungswirklichkeit haben reale Grundlagen. Aber der Kläger hat durch eindeutige Äußerungen klargemacht, daß er eine permanente Kontrolle der Staatsorgane durch die Bürger anstrebt. Das haben die Schöpfer des Grundgesetzes bewußt abgelehnt. Die Väter des Grundgesetzes hatten dabei in Kauf genommen, daß eine Zeitlang der Wille der Repräsentanten des Volkes nicht konform zu sein braucht mit dem Willen des Volkes." (Senatspräsident Schwarz in der mündlichen Urteilsbegründung „zur Überraschung der Zuhörer" [Westfälische Rundschau].) Der Berufung der Bundesregierung sei stattzugeben.

Unser Anwalt, Heinrich Hannover, hat sein Plädoyer beendet mit der Feststellung: „ein weiterer Entzug der Förderungsmittel für den SDS wäre ein weiterer Schritt zur Selbstentlarvung eines Systems, das politische Gesinnung meint, mit Geld kaufen zu können". Die Revision zum Bundesverwaltungsgericht, die ausdrücklich zugelassen wurde, ist eingereicht.

Karl Dietrich Wolff

Aufruf zu einem Wahlbündnis für 1969

Die herrschenden Kräfte der Bundesrepublik haben den letzten Schleier fallenlassen, der über ihre Politik gebreitet war. Mit den Notstandsgesetzen ist der demokratische Auftrag des Grundgesetzes im Kern getroffen. Indem das Parlament sie verabschiedete, hat es sich als Vertretung des Volkes aufgegeben. Anstatt der überfälligen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Reformen erleben wir das Festhalten an einer Politik der Stärkung des Großkapitals, der Rüstung, der Gebietsansprüche an den Osten, der Unversöhnlichkeit gegenüber der DDR. Unter diesen Umständen wird unentwegt dem organisierten Rechtsradikalismus in die Hände gearbeitet. Den Kräften der Diktatur ist der Weg gebahnt.

Breite Schichten begreifen die Herausforderung. Es wächst die Erkenntnis: die herrschenden Parteien haben sich dem Volke gänzlich entfremdet. Ge-

blieben sind die brennenden Aufgaben: Demokratische Kontrolle und Mitbestimmung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens und in den Betrieben, Wahrung und Erweiterung des sozialen Besitzstandes, Aufbau einer glaubwürdigen Sicherheits- und Friedenspolitik.

Eine vielfältige demokratische Erneuerungsbewegung ist in der Entwicklung. Sie wird nicht mehr verschwinden. Sie sollte auch in den Bundestagswahlkampf 1969 mit einer überzeugenden und wählbaren Alternative eingreifen. Schon wird vielerorts darüber beraten, wie das mit Erfolg zu bewerkstelligen ist. Die Unterzeichner dieses Aufrufs meinen, die demokratischen Kräfte, die vielfach noch getrennt auftreten, sollten sich zur Bundestagswahl vereinen. Wir wenden uns an Arbeiter, Angestellte und Beamte, an Intellektuelle und Studenten, an Bauern, den städtischen Mittelstand und die Freischaffenden, die in ihrer Unabhängigkeit bedroht sind, wir wenden uns an politische Gruppen, an Vereinigungen, an alle, denen es um eine demokratische und friedliche Zukunft geht. Wir rufen dazu auf, ein machtvolles Wahlbündnis zu bilden, in dem die Kräfte der Demokratie und des Fortschritts, ungeachtet ihrer Weltanschauung — ob christlich, liberal oder sozialistisch — zusammenwirken. Wir raten, überall im Lande unverzüglich die Initiative zu ergreifen, Zentren zu schaffen und Verbindungen aufzunehmen, damit es im Herbst zur Bildung eines umfassenden Wahlbündnisses für die ganze Bundesrepublik mit einem gemeinsamen Aktionsprogramm kommen kann.

Die Wahlverbindung wird sich eine Form geben müssen, die dem Bundeswahlgesetz entspricht. Sie wird dabei Unabhängigkeit und eigene Vorstellungen der beteiligten Persönlichkeiten und der zusammenwirkenden Gruppen zu wahren haben.

Die Abgeordneten dieser Wahlunion werden in Wechselwirkung mit der außerparlamentarischen Bewegung stehen und damit den demokratischen Aktionen eine weitere Ebene eröffnen. Während die Parlamentarier der herrschenden Parteien dem gegenwärtigen politischen Systemzwang unterliegen und die Veränderungswünsche des Volkes ins Leere gehen lassen, handeln die Volksvertreter des Wahlbündnisses als Teil der demokratischen Bewegung. Sie sorgen für Öffentlichkeit und Kontrolle der Parlamentsarbeit; sie unterstehen dem ständigen Auftrag des handelnden Volkes, der Rechenschaftspflicht und einer stets erneuerten Vertrauensfrage. Die Wahlunion muß sich an den Aufgaben des politischen Tageskampfes entwickeln; der Wahlkampf selbst ist eine Form der täglichen Auseinandersetzung um Demokratisierung aller Lebensbereiche der Gesellschaft, auch des Parlaments. Das Bündnis sollte daher auch bei Gemeinde- und Landtagswahlen erprobt werden.

Mit der Schaffung eines solchen Bündnisses kann unser Volk, zu oft getäuscht, beirrt und von den Herrschenden mißbraucht, die Zuversicht gewinnen, daß durch eigenes Handeln den wirtschaftlichen und politischen Mächten und den Kräften der Diktatur wirksam begegnet und das Geschick unseres Landes gewendet werden kann.

Gießen, im Juni 1968

Werner Hofmann

Aktions- und Wahlbündnis 1969

Neun Fragen und Antworten

Mit einem öffentlichen Aufruf an alle demokratischen Kräfte, sich zur kommenden Bundestagswahl zu einem wirkungsvollen Aktions- und Wahlbündnis zusammenzuschließen, haben die im „Gießener Kreis" vereinten Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre, Professoren, Studenten, Schriftsteller, Landwirte usw. eine in unserem Lande neuartige Form politischen Zusammenwirkens angeregt. Im folgenden sollen wiederkehrende Fragen, die an die Teilnehmer des „Gießener Kreises" gerichtet werden, kurz geklärt werden.

1. Frage: Soll man noch wählen?

Antwort: Die Frage ist berechtigt, nachdem die herrschenden Parteien sich dem Volke gänzlich entfremdet haben. Das Wahlrecht wird nach den Bedürfnissen der Herrschenden manipuliert; durch Sperrklauseln wird der notwendige Prozeß einer Erneuerung unseres Parteiensystems abgeschnürt; mit falschen Parolen wird der Wählerwille beirrt. So kommt es, daß im gegenwärtigen deutschen Bundestag ausschließlich Parteien sitzen, die — unter Einschluß der Sozialdemokratie — die Politik der Kapitalinteressen betreiben, während die zahlreichste Gruppe unseres Volkes, die Arbeiterschaft, unvertreten bleibt. Das Gefühl ist daher weitverbreitet: Mit den Bedürfnissen des Volkes stimmen die herrschenden Parlamentsparteien nicht mehr überein. Dies macht sich der organisierte Rechtsradikalismus zunutze, der selbst die Stimmen enttäuschter Wähler noch dem bestehenden System wieder zuführt.

Gerade wer aber den parlamentarischen Schein durchschaut, darf das Feld nicht kampflos denen überlassen, die ein wirkungsvolles parlamentarisches System heute in Wahrheit nicht mehr brauchen können. Der bewußteste Teil unserer Gesellschaft sollte sich nicht durch Wahlenthaltung mit den gleichgültigsten Gruppen des Volkes treffen und damit den Herrschenden das scheinparlamentarische Spiel erleichtern. Wir selbst, die gewaltige und stets wachsende Zahl der Menschen in Stadt und Land, die in dem versteinerten System einverschworener Parteien ihre Sache nicht mehr aufgehoben fühlen, müssen in die Verhältnisse eingreifen. Wir selbst müssen Gremien bilden, die unseren Bedürfnissen entsprechen, in denen wir handeln können, und unsere eigenen Vorstellungen zur Bundestagswahl entwickeln.

2. Frage: Kann man durch Parlamentsarbeit etwas im Großen ändern?

Antwort: Gewiß nicht durch parlamentarische Wirksamkeit allein, fernab einer demokratischen Öffentlichkeit. Jedes Parlament und jede Parlamentspartei lebt allerdings aus der Verbindung mit Kräften und Gruppen des vorparlamentarischen Raumes. Die Beobachtung zeigt hierbei, daß Regierung wie Bundestag den Wünschen ganz unkontrollierter außerparlamentarischer Gewalten des Großkapitals, der Interessenverbände, der Militärs Folge leisten. Die Bewegung zur Erneuerung der Demokratie hingegen entwickelt als Ausdruck der unmittelbaren Bedürfnisse des Volkes auch ihre eigenen politischen Formen. Sie führt den Kampf um Öffentlichkeit und

Kontrolle auf allen Schauplätzen des gesellschaftlichen Lebens als einen letztlich einheitlichen. Sie will die Verhältnisse überall durchsichtig machen: im Staat wie in den Wirtschaftsbetrieben, in den Schulen und Hochschulen wie in den Verbänden und Parteien. Daher stellt auch die notwendige Erneuerung der parlamentarischen Formen für sie selbst nur einen Teil jener allgemeinen Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens dar, um die es heute geht.

Die Partner des Aktionsbündnisses werden daher auch einen Wahlkampf nicht, wie die herrschenden Parteien, als eine kurzfristige Kampagne führen, sondern vielmehr als Teilglied eines gründlichen Prozesses der politischen Selbsterziehung wie der allgemeinen Bewußtseinsentwicklung überhaupt. Das Bündnis sollte hierbei sofort politisch in Erscheinung treten, und zwar auf der ganzen Linie. Es sollte die Tätigkeit von Regierung und Bundestag ständig begleiten, sie dem vollen Licht einer kritischen Öffentlichkeit aussetzen, seine eigenen Vorstellungen entwickeln und popularisieren. Die Partner des Bündnisses werden den Wahlkampf mit aller Härte und als einen echten Machtkampf gegenüber den Herrschenden auszutragen haben; sie werden diesen Kampf schonungslos, offensiv, enthüllend führen, indem sie unablässig aufzeigen, was Bundestag und Regierung heute zu tun hätten und was sie versäumen. Auch eine parlamentsgerichtete Wirksamkeit verfolgt dabei das Ziel, durch eine Politik der offensiven Reform die Regierenden unablässig vor Alternativen zu stellen, die sie nicht selbst gewählt haben, ihre Worte an ihrem Verhalten überprüfbar zu machen, sie hartnäckig der Kontrolle und der politischen Urteilsbildung im Volke auszusetzen.

In diesem Sinne erscheint das Bündnis der Demokraten als befähigt, jene Bewegung zu einer tiefgreifenden und umfassenden Erneuerung unseres öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens fortzuführen, die im Kampf um die Notstandsgesetze machtvoll in Erscheinung getreten ist.

3. Frage: Wer ist ein Demokrat, und was heißt demokratische Selbstätigkeit?

Antwort: Ein Demokrat ist heute, wer die Verfassungsordnung unseres Landes, welche die herrschenden Gewalten durch eine umfassende Notstandsordnung in ihrem Kern beschädigt haben, aus dem ursprünglichen Geist des Grundgesetzes erneuern und zugleich unser staatliches Leben im Sinne fortgesetzter Erweiterung von Öffentlichkeit und Kontrolle fortentwickeln will.

Die Erfahrung zeigt, daß ein bloßer Parlamentsbetrieb, mit einigen hundert Abgeordneten, die sich alle vier Jahre wieder ihrer Wähler erinnern, nicht ausreicht, um das öffentliche Leben zu demokratisieren. Vielmehr bezeichnet das stille Zusammenspiel von Staatsorganen und verborgenen gesellschaftlichen Mächten den Prozeß einer fortgesetzten Entparlamentarisierung der Entscheidungen, eines allgemeinen Rückzuges von der Öffentlichkeit überhaupt.

Demgegenüber bedeutet demokratische Selbsttätigkeit, daß wir denen, die Macht ausüben, auf die Finger sehen, im Staat wie in der Wirtschaft; daß wir Lärm schlagen, wo immer wir Gesetzesverletzungen, Rechtsbruch, Willkürhandlungen begegnen, wo immer man unsere Mithilfe für Zwecke in

Anspruch nehmen will, die wir nicht billigen können. Demokratische Selbsttätigkeit heißt, daß wir uns um immer mehr Dinge im öffentlichen Leben und in unserer Arbeitswelt selbst kümmern und hierzu nicht auf Gesetze warten; daß wir auf allen Lebensgebieten lernen einzugreifen und immer weitergehende Mitbestimmung für uns unmittelbar in Anspruch zu nehmen.

Ein solches Verhältnis aktiver Demokratie muß sich auch innerhalb des Aktions- und Wahlbündnisses in neuen Beziehungen zwischen Wählern und Gewählten niederschlagen: Die Kandidaten sollten direkt durch die beteiligten Gruppen und in öffentlichen Versammlungen aufgestellt werden, so daß Gewähr dafür besteht, daß die gesellschaftliche Zusammensetzung der Kandidaten des Bündnisses mit derjenigen unserer Bevölkerung aufs engste übereinstimmt. Die Wahlkandidaten sollten auf Wähleraufträge, auf regelmäßige Berichterstattung und Rechenschaft verpflichtet werden; kein Kandidat sollte für mehr als eine Wahlperiode aufgestellt werden, usw. So wird zum Ausdruck gebracht, daß die demokratische Bewegung selbst in keinem Augenbick ihre Aktivität an einige Repräsentanten abtritt, sondern vielmehr unmittelbar ins Parlament selbst hineinwirken will.

4. Frage: Welche gesellschaftlichen Schichten und welche politischen Gruppen sollte das Bündnis umfassen? Wo liegt sein Schwerpunkt?

Antwort: Das Aktions- und Wahlbündnis soll sich keineswegs auf die sogenannte außerparlamentarische Opposition beschränken: seine Reserven sind weit größer. Zu ihm gehören der Sache nach alle, die ihre Interessen in einem Staat des herrschenden Großkapitals und eines schwindenden Freiheitsraumes nicht mehr aufgehoben finden; Arbeiter wie Landwirte, Angestellte wie Kleingewerbetreibende, unsere arbeitende wie unsere studentische Jugend. Politisch sind alle Gruppen bündnisfähig, welche eine Strategie der fortschreitenden Demokratisierung und der offensiven Reform unseres gesamten sozialen Lebens bejahen Ganz gewiß werden sich die Bündnispartner hierbei nicht von dem gemeinsamen Gegner vorschreiben lassen, welche politischen Gruppen sie als honett ansehen wollen, und welche nicht.

Das Bündnis darf bei alledem kein formloser Haufen sein. Es muß seine feste Grundlage in der Arbeiterschaft finden, auf welche die ganze Last des gegenwärtigen Systems fällt und ohne deren Befreiung keine Freiheit der Gesellschaft möglich ist.

5. Frage: Entschieden- demokratisches oder sozialistisches Programm?

Antwort: Das gemeinsame Minimalprogramm, auf das alle Gruppen sich verständigen können, wird der Natur der Sache nach ein konsequent-demokratisches sein. Es dürfte Punkte enthalten wie etwa: Verhinderung des Gebrauchs von Notstandsvollmachten; Austritt der Bundesrepublik aus der NATO, als Beitrag zu einer Auflösung der Militärblöcke in Ost und West; Rüstungsbegrenzung; Verständigung mit der DDR; demokratische Kontrolle in den Betrieben, konsequente Schul- und Hochschulreform; ein ehrliches Agrarprogramm; Kampf gegen Kartelle und Preiswucher, usw. Jede der zusammenarbeitenden Gruppen wird hierbei ihre eigenen Schwerpunkte setzen und darüber hinaus wei-

tergehende Vorstellungen entwickeln. Sozialisten werden mit den Tagesforderungen besondere Zukunftsziele verbinden und dies aussprechen. Jede Gruppe sollte ihre Eigenart nicht preisgeben, sondern zum Ausdruck bringen. Das Bündnis darf nicht ein graues Einerlei unbestimmter Vorstellungen sein; es soll den ganzen Farbenreichtum derer behalten, die durch den gemeinsamen Druck der gesellschaftlichen Gegenkräfte heute zusammengeführt werden und die nicht länger in der Trennung einzeln geschlagen werden wollen.

Bei alledem kann eine Politik der greifbaren Etappenziele, der offensiven Reform gar nicht anders als die demokratische Entwicklung unablässig über den einmal erreichten Stand hinaustreiben.

6. Frage: Wer soll im Bündnis „führen"?

Antwort: Es kann keinen Führeranspruch einer Gruppe geben. Keiner der Partner darf dem anderen seine besonderen Vorstellungen aufdrängen. Jede Gruppe wird auch finanziell ihre Aktionen innerhalb des Bündnisses überwiegend selbst bestreiten müssen, bei selbstverständlicher gegenseitiger Hilfe. Schon hierdurch behalten die Partner die Gewähr dafür, daß nicht eine „Zentrale" die Initiative der Beteiligten an sich zieht.

7. Frage: Wieder einmal eine neue Partei?

Antwort: Das Bundeswahlgesetz läßt nur die Kandidatur von Parteien zu. Das Wahlgebilde, welches das Bündnis entwickeln wird, muß diesen Anforderungen genügen. Was als Partei in Erscheinung tritt, sollte allerdings so klein bleiben wie möglich. Der Schwerpunkt liegt nicht bei der Partei, sondern bei dem Aktionsbündnis, das dahinter steht und das diese Partei trägt. Das Neue besteht darin, daß im Gegensatz zu unseren erstarrten und versteinerten Parteien die Kräfte des Bündnisses offen bleiben für immer neue Gruppen der Bewegung im Volke selbst. Sie wollen nicht an die Stelle dieser Bewegung eine Partei setzen, sondern die Bewegung selbst stärken und entwickeln.

8. Frage: Sollte man nicht die fortschrittlichen Kräfte in den bestehenden Parteien unterstützen?

Antwort: Die Erfahrung zeigt, daß nur noch durch Druck von außen auch die kritischen Köpfe innerhalb der herrschenden Parteien ermutigt werden können. Die Führer der SPD, verdorben durch Jahre eines politisch sittenwidrigen und öffentliches Ägernis erregenden Konkubinats mit der CDU, haben es bisher immer verstanden, Kritiker in den eigenen Reihen zu verwirren oder zum Schweigen zu bringen. Das Wahlbündnis will nicht zuletzt denjenigen Wählern eine neue Heimstatt bieten, die in den letzten Jahren der SPD enttäuscht den Rücken gekehrt haben. — Auch die FDP, die selbstverständlich in ihrem Wesen eine Unternehmerpartei ist, hat allzulange mit der CDU gebuhlt und gemeinsam mit ihr jahrelang an den Notstandsgesetzen gearbeitet; sie bleibt auch weiterhin eine Koalitionsreserve der CDU. — Nur durch eine neue Kraft, welche allem voran die Initiative der Arbeiter und einfachen Angestellten zur Geltung bringt, können auch die Gewerkschaften aus ihrer Verstrickung mit dem gegenwärtigen System und aus ihrer vollständigen Unterwerfung

unter eine Partei gelöst werden, die ihnen gegenüber mit einem totalitären Anspruch auftritt.

9. Frage: Kann man es schaffen?

Antwort: Die von einer politischen Alternative Nächstbetroffenen nehmen schon heute die Pläne für ein Wahlbündnis sehr ernst. (Auch der Eifer, mit dem die Führer der SPD neuerdings das Mehrheitswahlrecht betreiben, zeugt davon.) Zwischen der Zusammensetzung des Parlaments, in dem nur die herrschenden Interessen einen Platz haben, und der Zusammensetzung der Bevölkerung, deren arbeitende Schichten nicht mehr zu Wort kommen, besteht eine so aufreizende Nichtübereinstimmung, daß dies von den herrschenden Gruppierungen selbst als Gefahr empfunden werden muß. Es ist nicht Zuversicht, sondern Furcht, was sie nach immer neuen Eingriffen in das Wahlsystem Ausschau halten und nach immer neuen Mitteln der Irreführung des Volkes greifen läßt. Die Notstandsvollmachten der Regierung, die widerspruchsvolle Wirtschaftspolitik, der Druck auf den Lebensstandard des größeren Teils unseres Volkes werden ein Übriges tun, um unsere Mitbürger aufzuklären. Im Kampf um die Notstandsgesetze haben die herrschenden Kräfte eine Ahnung davon erhalten, welche Energien unser Volk freisetzen kann. Der Prozeß fortschreitender Bewußtseinsentwicklung im Handeln selbst aber entscheidet heute darüber, ob unser Land zu seinen Möglichkeiten finden wird.

Ein Flugblatt aus Marburg

AKTION STUDENTENSTIMMEN IN DIE MARBURGER WAHLURNEN

Am 20. Oktober finden in Hessen Kommunalwahlen statt. Bei den Aktionen der Notstandsgegner in Marburg hat sich gezeigt:

Marburg wird von Notstandsbefürwortern regiert.

Ganz Hessen lachte über die Unfähigkeit des Oberbürgermeisters Gaßmann (SPD), sich gegenüber den kritischen Fragen der studentischen Notstandsgegner zu behaupten. Einer der Einpeitscher der NS-Gesetze, der Staatssekretär Jahn, kann in der Stadt, in der die Notstandsgegner die Mehrheit im Studentenparlament stellen, Stadtverordnetenvorsteher sein, ohne daß die Studenten durch ihre Stimmabgabe etwas daran ändern können.

Das muß anders werden!

Von jetzt ab wollen wir mitbestimmen, welche Politik in Marburg gemacht wird.

Kommilitoninnen und Kommilitonen, meldet Euern ersten Wohnsitz nach Marburg um, damit Ihr am 20. Oktober die Politik des Widerstands gegen die Notstandsgesetze unterstützen könnt.

Macht dort von Euerm Wahlrecht Gebrauch, wo Euer Arbeitsplatz ist.

Die Ummeldung eilt — letzter Termin: 19. Juli 1968

Geht zum hiesigen Einwohnermeldeamt, nehmt Euern Personalausweis mit und meldet Euch hier mit Hauptwohnsitz an (Heimatort kann als Nebenwohnsitz beibehalten werden).

Humanistische Studenten Union
Arbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Fragen
Sozialistischer Deutscher Studentenbund
Sozialdemokratischer Hochschulbund
Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition
Liberaler Studentenbund Deutschlands
club Voltaire Marburg

verantwortlich: Frank Deppe — Druck: Hyams

Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition (ASO) im Sozialistischen Zentrum

Stellungnahme zu: Entwurf: Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands [1]

A. Zum Gesamtcharakter der Programms

Das Parteiprogramm einer illegalisierten KPD kann nicht die alleinige Funktion haben, die Verfassungskonformität ihrer Grundsätze nachzuweisen und dadurch ihre Forderung nach Wiederzulassung zu unterstützen, wenn auch die Relegalisierung der KPD eine wesentliche Erleichterung für ihren Kampf wie für die außerparlamentarische Opposition insgesamt bedeuten würde. Da für die KPD die Relegalisierung zwar ein wichtiges Ziel ist, wir andererseits aber annehmen, daß sie nicht bereit ist, zugunsten dieses Etappenzieles Abstriche an ihrer sozialistischen Programmatik zu machen, betrachten wir den Entwurf des KPD-Programms als gültig nicht nur für eine die Relegalisierung anstrebende oder bereits legalisierte Partei, sondern wir gehen davon aus, daß die im Programmentwurf niedergelegten Grundsätze und Perspektiven durch taktische Erwägungen juristischer Art nicht wesentlich bestimmt sind. Die Schärfe unserer Kritik resultiert gerade daraus, daß wir den Entwurf als politisches Dokument ernstnehmen. Wir möchten sie gerade deshalb als Kritik unter Genossen angesehen wissen. In dem Abschnitt „Die KPD und die internationale kommunistische Bewegung" (letzter Absatz) fordert die Partei selber dazu auf, Programmkritik zu üben. Die Mühe der Kritik lohnt allerdings nur, wenn sie ihre Auswirkungen auf die Schlußfassung des KPD-Programms haben würde.

Ebenso sehen wir davon ab, gegenüber dem KPD-Programm die „Rücksichten" zu nehmen, die man füglich etwa einem Wahlprogramm bürgerlicher oder sozialdemokratischer Parteien entgegenbringen sollte, die zum Zwecke des Stimmenfangs auf grundsätzliche Programmatik verzichten und ihre Verlautbarungen allein auf Werbewirksamkeit abstellen.

Die Tatsache, daß diese beiden Vorbemerkungen notwendig waren, spiegelt bereits das Problem, daß die Verfasser des Programmentwurfs sich bei ihrer Arbeit nicht recht klar darüber waren, ob es sich hierbei um den Entwurf eines Grundsatzprogramms oder eines Aktionsprogramms handeln soll. So schwankt die Vorlage denn auch zwischen diesen beiden Möglichkeiten. Wir würden empfehlen, daß sich eine Neufassung des Entwurfs auf ein Aktionsprogramm festlegt, da man von einer Partei der außerparlamentarischen Opposition gerade in der jetzigen Situation (Verabschiedung der Notstandsverfassung als Ausdruck einer Transformation der parlamentarischen Demokratie; Strategiediskussionen in den Gruppen der außerparlamentarischen Opposition) Auskunft über ihre Strategie und ihre taktischen

[1] Textgrundlage: „Entwurf: Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands". In: Deutsche Volkszeitung — Nr. 7 (16. 2. 1968), S. 11-16 (Dokumentation).

Aktionen verlangen muß, denn diese Auskunft hat den Zweck, zugleich und sofort zu einer Anleitung zum konkreten politischen Handeln zu werden Ein Aktionsprogramm ist allerdings nur möglich, wenn ihm eine ausführliche Analyse — die sonst ja Teil eines Grundsatzprogramms sein müßte — zugrundeliegt. Jede Einzelforderung des Aktionsprogramms muß von den Ergebnissen dieser Analyse ausgehen. Ist diese grundsätzliche Analyse konsequent sozialistisch, dann kann auch jede Einzelforderung nur den Charakter einer Übergangslosung haben, deren strategisches Ziel sichtbar bleiben muß. Daß dies bei den Forderungen des Entwurfs nicht der Fall ist, sehen wir als Folge eines analytischen Versäumnisses an.

Dieses Versäumnis scheint uns darin zu liegen, daß der im Entwurf verwandte und ihm zugrundeliegende Begriff des „staatsmonopolistischen Kapitalismus" ein zu sehr vereinfachtes Modell der westdeutschen Gesellschaft spiegelt. Für die Verfasser des Programms steht einem homogenen Block der Herrschenden — bestehend aus Monopolbourgeoisie, bürgerlichen Parteiapparaten, rechten SPD-Führern — ein tendenziell ebenso homogener Block von Beherrschten — nichtmonopolistische Bourgeoisie, die Mehrheit der SPD-Mitgliedschaft, fortschrittliche Christen, „die Gewerkschaften" — gegenüber. Die Interessenunterschiede zwischen den einzelnen Gruppen dieser „Beherrschten" werden verschleiert, insbesondere gilt dies für die Tatsache, daß die vom Entwurf postulierte Identität der Interessen von nichtmonopolistischer Bourgeoisie und Proletariat nur historisch objektiv und tendenziell besteht — aufgrund entweder der zunehmenden Proletarisierung der selbständigen Bauern und kleinen und mittleren Unternehmer oder der Ersetzung der ökonomischen Selbständigkeit dieser Schichten durch wachsende Abhängigkeit von den Monopolen. Diese Interessenidentität spiegelt sich aber weder in den Köpfen der Beteiligten — insbesondere der Selbständigen — noch in den konkreten (oft besonders brutalen) Ausbeutungsverhältnissen zwischen nichtmonopolistischer Bourgeoisie und den in der Klein- und Mittelindustrie beschäftigten Arbeitern.

Die grobschlächtige Polarisierung in der Theorie vom „staatsmonopolistischen Kapitalismus" ersetzt den Verfassern einerseits offensichtlich die Analyse der komplexen gesellschaftlichen Realität und läßt sie andererseits die objektive Funktion der Arbeiterklasse nur als ein Moment unter vielen zumindest gleichwertigen anderen einstufen. Die Beachtung der Erkenntnisse der Sozialpsychologie wird durch den pauschalen Begriff „Manipulation" nicht überflüssig. In der deutschen Geschichte hat sich bereits mehrfach gezeigt, daß die Psychologie absinkender Mittelschichten unmittelbar faschistisches Potential produziert; jedoch zieht das KPD-Programm mit seiner Bündnispolitik daraus die falschen Konsequenzen.

Durch diese Polarisierung zwischen der winzigen Minorität der Herrschenden und der überwältigenden Majorität der Beherrschten, unter denen nicht mehr genauer differenziert wird, scheint den Verfassern des Entwurfs nachgerade die politische Machtfrage schon beantwortet zu sein. Zumindest

könnte man auf die Frage verfallen, weshalb die Masse der fortschrittlichen Mitglieder der SPD nicht schon längst ihre rechten Führer beseitigt hat, weshalb die fortschrittlichen Christen sich nicht schon längst ihrer reaktionären Oberen entledigten und überhaupt der Block von abhängig Arbeitenden und nichtmonopolistischer Bourgeoisie die Herrschaft der Monopole nicht schon vor langem abschüttelte. Aus dieser Pauschalisierung erklärt sich außerdem die sehr unspezifische, oft gänzlich unpolitische Sprache des Programms (etwa das ständige Auftauchen des Begriffs „Volk").

An anderen Stellen des Entwurfs wird seine Bildersprache völlig zum Ersatz für eine Analyse, etwa wenn der Neonazismus als „Seuche" bezeichnet wird (er ist keine Krankheit, sondern hat gesellschaftliche Voraussetzungen, die genannt werden müssen), oder wenn behauptet wird, die „Schminke" der Wohlstandsgesellschaft blättere ab: die Wohlstandsgesellschaft war keine „Schminke", sondern in der Rekonstruktionsphase des westdeutschen Kapitalismus relative Realität (weshalb nur *relativ*, auch daß müßte begründet werden).

Die unkorrekte Bestimmung der Grenze von Herrschenden und Unterdrückten führt zu einer Verschwörertheorie: es scheint, als ob Monopolisten, rechte Sozialdemokraten etc. die Massen nur verführen. Das Problem der Partizipation etwa der Masse der Mitgliedschaft der SPD an der rechten Politik ihrer Partei wird aus zwei Gründen nicht gesehen: a) es fehlt die Einsicht, daß es „rechte Führer" und vom offiziellen Kurs der SPD Profitierende auf allen Stufen der Partei gibt; b) es wird nicht realisiert, daß mit der Ausschaltung innerparteilicher Demokratie ein qualitativer Verfall der Mitgliedschaft (aufgrund des Fehlens innerparteilicher Diskussion und innerparteilicher Alternativen) einhergeht, der die Parteimitgliedschaft eher zu einem einzigen reaktionären Block (mit „linken" Rationalisierungsornamenten) macht denn zu einer Zweiheit von demokratischer Majorität und undemokratischer Minderheit. Dieses Schema erscheint eher anwendbar auf die Beziehung der SPD zu ihren Anhängern, also zu denjenigen ihrer Wähler, die Nichtmitglieder sind und bisher SPD gewählt haben mangels einer linken Alternative, die a) eine Wahlmöglichkeit geboten hätte, b) bei den bislang relativ apathischen SPD-Wählern politisches Bewußtsein, das diese von der SPD wegführen könnte, erst hätte schaffen können. Nur aufgrund dieses Zusammenhanges konnte die NPD auch für bisherige Anhänger der SPD zur Pseudoalternative werden, und an dieser Stelle ergibt sich auch ein Konnex zwischen dem KPD-Verbot das diese linke Alternative erschwerte, und dem Aufstieg der NPD. Eine solche Analyse vermag sowohl die Verschwörertheorie als auch die Definition des Rechtsradikalismus als „Krankheit" zu ersetzen.

Bei der Betrachtung der Gewerkschaften versagen sich die Verfasser des Entwurfs sogar die Verschwörertheorie. Hier erscheint der DGB insgesamt als eine fortschrittliche Einheit, die Funktion zumindest der Gewerschaftsspitzen — aber auch unterer Instanzen, die als verlängerter Arm der SPD erscheinen (siehe Distanzierungen von Warnstreiks anläßlich der Dritten Le-

sung der Notstandsverfassung) — etwa innerhalb der „Konzertierten Aktion" wird ignoriert.

Die Gefahren der Fixierung selbst „linker" Gewerkschafter an die SPD sollten auch für die Teile der außerparlamentarischen Oppositon, die noch auf einzelne Kontaktmöglichkeiten innerhalb der SPD setzen, Anlaß für eine Differenzierung der Taktik sein: Wer meint, mit „linken" SPD-Mitgliedern und -Funktionären politisch zusammenarbeiten zu können, ohne deren organisatorische Bindung an die SPD über kurz oder lang aufzubrechen, läuft Gefahr, schließlich ebenso den politischen Intentionen der offiziellen SPD-Politik dienstbar zu werden wie die linken Gewerkschafter à la Matthöfer.

Dagegen bleibt die Einschätzung der Rolle der KPD wieder in der Verschwörertheorie stecken. Die Partei macht Vorschläge z. B. für Hochschul- und Bildungspolitik, ohne zur Kenntnis zu nehmen, daß für diese Gebiete bereits Vorschläge der sozialistischen außerparlamentarischen Opposition bzw. von Gewerkschaften (GEW) vorliegen, die weit spezifischer sind als die der KPD. Indem die KPD hier sich nicht als *ein* Moment unter mehreren innerhalb der außerparlamentarischen Opposition begreift, ergänzt sie ihre ungenügende Analyse der Bundesrepublik durch eine ebenso ungenügende Auffassung von der außerparlamentarischen Opposition. Dementsprechend fehlt auch eine detaillierte Strategie des projektierten Bündnisses von KPD, Sozialisten und Radikaldemokraten.

Die Ereignisse in Frankreich im Mai und Juni 1968 (als die Initiativen zu den revolutionären Aktionen der französischen Arbeiterschaft nicht vom PCF ausgingen, der sich viel eher dadurch auszeichnete, daß er in den kritischsten Situationen zumindest objektiv eine blockierende Funktion wahrnahm) haben gezeigt, wie notwendig es ist, daß eine kommunistische Partei ihre Stellung innerhalb der gesamten sozialistischen Opposition, von der sie nur ein — wenn auch besonders relevanter — Teil ist, reflektiert und insbesondere in Rechnung stellt, daß der Begriff der „Avantgarde" neu und differenzierter definiert werden muß und daß die aktuelle Politik einer kommunistischen Partei nicht darin bestehen kann, „Nachtrabpolitik" (Lenin) zu treiben.

Die theoretische Entsprechung dieser Praxis scheint zu sein, daß die Verfasser die Entwicklung sozialistischer — nicht parteikommunistischer — Theorie in den letzten Jahrzehnten offensichtlich ebenso ignorieren wie die nichtkommunistische sozialistische außerparlamentarische Opposition, die nur höflich pauschal genannt und wohl von den Verfassern des Entwurfs noch am ehesten in der „Linken" innerhalb der SPD lokalisiert wird.

Stellenweise hört die Gesellschaftsanalyse des Programmentwurfs sogar völlig auf, Analyse von Gesellschaft zu sein. Wenn etwa in dem Abschnitt „Das Großkapital beherrscht Staat und Wirtschaft" festgestellt wird: „Die Entwicklung in der Bundesrepublik ist objektiv reif für den Sozialismus" dann ist der Begriff von Objektivität, der hier verwandt wird, offensichtlich ein rein technologischer. „Objektiv reif für den Sozialismus" ist eine Situation jedoch niemals rein *technisch*, es müssen die sozialen und politischen

Voraussetzungen für die Transformation ebenfalls gegeben sein. Das ist in der Bundesrepublik zur Stunde nicht der Fall. Nur derjenige kann die politischen und sozialen Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus als gegeben ansehen, dem mit der unterstellten Polarisierung (Staatsapparat, Monopolbourgeoisie, „rechte Führer" einer- und „nichtmonopolistische" Massen andererseits) die politische Hauptarbeit quasi automatisch schon geleistet scheint. In einem solchen Falle erscheint die gesellschaftliche Transformation allerdings nur noch als ein technologisches Problem, dessen Bewältigung die entsprechenden politischen und sozialen Folgen automatisch nach sich zieht (also automatischer Übergang zum Sozialismus; siehe Lenins Kritik an Kautsky und den Menschewisten). Dementsprechend sind die Einzellosungen des Entwurfs oft auch rein technizistisch: sie beschränken sich etwa auf die Forderung nach besserer Technik und Bildung, ohne daß gefragt wird, ob die Einlösung dieser Forderungen systemsprengend wirkt oder etwa das bestehende kapitalistische System nur noch funktionsfähiger macht.

B. Zu einzelnen Abschnitten:

Zur Präambel

1. Absatz: „Vielen erscheint die Gegenwart unsicher". Wichtiger wäre hier bereits ein Hinweis auf die Krise von 1966 ff., die die Krisenanfälligkeit auch des Kapitalismus in der BRD bewiesen hat.

2. Absatz: „Die Reaktion hat sich zum Angriff im einzelnen formiert" — hier muß dargestellt werden, worin dieser Angriff besteht: Konzertierte Aktion, große Koalition, Notstandsverfassung.

3. Absatz: „In vielen Aktionen ... wird das Verlangen nach demokratischen Veränderungen ... sichtbar". Hier wären die Aktionen konkret zu nennen.

4. Absatz, letzter Satz: Die KPD hat Hoffnungen nicht zu teilen, sondern in einem Aktionsprogramm ihre Vorschläge zur Verwirklichung dieser Hoffnungen zu machen.

„Wo steht die Bundesrepublik —
wohin treibt sie?"

1. Absatz: Als durch die soziale Entwicklung der BRD benachteiligt werden genannt: Bauern, Handwerker, Gewerbetreibende, kleine Unternehmer. Es fehlen in diesem Absatz: die Arbeiter. Ihre Existenz wird ganz verschämt angedeutet, indem man die Arbeiter offensichtlich, ohne spezifisch zu nennen, unter die „Werktätigen" einreiht, deren Arbeitsplätze nicht gesichert sind. Dadurch wird dieser Absatz verwaschen, vornehmlich geht er auf Gruppen ein, die der KPD zunächst einmal — aufgrund ihrer sozialen Situation — fernstehen.

W. Liebknecht und Lenin sahen die „Kraft der Kämpfenden nur dann als wirkliche Kraft, wenn es die Kraft der klassenbewußten Arbeitermassen war" (Lenin, Vorwort zur russischen Ausgabe von: Wilhelm Liebknecht, „Kein Kompromiß, kein Wahlbündnis!". 1907).

2. Absatz: Hier ist zu fragen, ob tatsächlich nur die Großindustriellen die technischen Errungenschaften für ihre Profitinteressen „mißbrauchen" oder ob dies — nur mit graduellen Unterschieden — nicht schließlich für alle Unternehmer gilt. Produzieren etwa die kleinen, nichtmonopolistischen Unternehmer nicht für ihre Profitinteres-

sen? Weiter: Was heißt hier „mißbrauchen"? Wie sollen die Industriellen innerhalb der objektiven ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems technische Errungenschaften anders benutzen, was bleibt ihnen anderes übrig? Hier liegt eine eindeutig moralisierende Betrachtungsweise vor! Nicht die Großindustriellen „mißbrauchen" die Produktivkräfte, sondern unter den gegebenen Produktionsverhältnissen ist nur „Mißbrauch" möglich. Für wen ist Rüstung „sinnlos"? Für das Großkapital bestimmt nicht. In einem marxistischen Programm ist es unbedingt nötig, die systemerhaltende Funktion der Rüstung für den Spätkapitalismus nachzuweisen. Die beiden letzten Sätze müssen ebenfalls konkreter gefaßt werden: das Programm muß das Auseinanderklaffen zwischen den Bedürfnissen des produzierenden Sektors und der entsprechenden Infrastruktur der BRD erörtern. Dies könnte die Voraussetzung werden für die Forderung nach antikapitalistischen Strukturreformen, die allerdings erst in einem anderen Abschnitt aufgestellt werden kann.

3. Absatz: Verschleiernd wirkt es, wenn der Neonazismus als „Seuche" bezeichnet wird. Er hat soziale und politische Voraussetzungen, die hier genannt werden müssen.

5. Absatz: „Die Feindschaft der herrschenden Kreise der Bundesrepublik gegen die Deutsche Demokratische Republik hat das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten auf einen Tiefpunkt gebracht." Dieser Satz ist sinnlos, denn: war das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten denn jemals nicht auf einem Tiefpunkt?

7. Absatz: „Arbeiter, Angestellte, Geistesschaffende, Bauern und Handwerker, Gewerbetreibende": mag sein, daß alle diese Gruppen in den vergangenen Jahren schwer und vergeblich (letzteres ist für einige Gruppen wieder zu bezweifeln) gearbeitet haben. Frage: Was verspricht sich die KPD davon, daß sie dieses Sammelsurium aufzählt? Will sie alle diese Gruppen *gleichzeitig* ansprechen? Die Wählerschaft der KPD als Vorwegnahme der klassenlosen Gesellschaft? Eine Beschreibung der Position der Arbeiterklasse in den letzten beiden Jahrzehnten erscheint doch wohl sinnvoller, da man aus ihr politische Konsequenzen ziehen könnte, die in dem Augenblick diffus werden, da man noch andere Gruppen als die Arbeiterschaft einbezieht.

Im selben Absatz ist davon die Rede, daß wenige Millionäre „die Geschicke unseres Landes" bestimmen. Hier taucht zum ersten Mal ein Stück Verschwörertheorie auf, die sich durch das gesamte Programm dann hindurchzieht. Es geht nicht darum, ob ein paar Einzelpersonen mehr oder ein paar Einzelpersonen weniger in der BRD die Macht haben, sondern darum, daß die BRD ein kapitalistisches System ist. Das *System* muß beseitigt werden und nicht ein Clique von Millionären.

11. Absatz: In ein Aktionsprogramm müßte hinein: *Wie* sollen sich alle Demokraten und Sozialisten „zum gemeinsamen Handeln vereinen", in welchen organisatorischen Formen, in welchen Aktionen? Wo stecken diese Demokraten und Sozialisten heute, in welchen Organisationen? Wie sollen sie sich zu diesen Organisationen verhalten?

„Das Gesicht der Erde hat sich gewandelt"

2. und 3. Absatz: Wenn der Entwurf die DDR behandelt, dann muß er auf die in Westdeutschland bestehende antikommunistische Bewußtseinsstruktur insofern Rücksicht nehmen, als er die DDR nicht nur anpreisen darf, sondern auch für sie argumentieren und Beweise liefern muß. Er muß genau auf diejenigen gesellschaftlichen Bereiche hinweisen, in denen es sich schon heute in der DDR zeigt, „daß es ohne Kapitalisten besser geht". Daß das ganze Programm sprachlich noch einmal gründlich überarbeitet werden muß, dafür ist der gesamte zweite Absatz ein Beispiel unter vielen anderen, die durch ihren lyrisierenden Unterton ungemein lächerlich wirken. Überhaupt sollten Begriffe wie „Verantwortung", „Weltanschauung", „Hoffnung" nicht so unreflektiert gebraucht werden, wie es in dem Programmentwurf durchgehend geschieht.

„Die geschichtliche Chance des deutschen Volkes"

Hier müßte konkret auf die geschichtliche Situation nach 1945 eingegangen werden; die Bedingungen für die kapitalistische Restauration in den Westzonen wären zu analysieren.

3. Absatz: Die Verfasser des Entwurfs wissen natürlich, daß die geschichtliche Chance des deutschen Volkes nicht in der Ablösung der Kriegsschuldigen von den Kommandohebeln bestand, sondern in einer Systemveränderung. Das „friedliche, blühende Land", von dem sie schreiben, konnte natürlich nur ein sozialistisches Land sein, was aber in diesem Abschnitt verschwiegen bzw. verschleiert wird. Diese Verbindung von Verschleierungstaktik und Personalisierung erklärt sich wiederum durch die Tatsache, daß das Programm Gesellschaftsgruppen mit gänzlich heterogenen Interessen ansprechen will.

„Das deutsche Großkapital spaltete Deutschland"

3. Absatz: Hier wird erstmals die Führung der SPD abgehoben von der gesamten übrigen sozialdemokratischen Mitgliedschaft. Es geht nicht um die Führung der SPD allein, sondern um die objektive Funktion der gesamten Partei — unabhängig von den subjektiven Absichten von „Führern und Geführten" — die analysiert werden müßte. Es muß erläutert werden, *warum* die Westmächte die Spaltung betrieben.

„Der sozialistische deutsche Staat"

Die Diskussionsposition westdeutscher Sozialisten wurde jahrelang dadurch erschwert, daß die Hindernisse beim Aufbau des Sozialismus in der DDR (Nachhinken des Lebensstandards, Verzögerung bei der Etablierung einer sozialistischen Demokratie) dem westdeutschen Antikommunismus als Argumente dienen konnten. Ein Programmabschnitt, der sich mit der DDR befaßt, darf diese Schwierigkeiten nicht verschweigen, sondern muß sie erklären und kann dann erst sichtbar machen, weshalb die Errichtung eines sozialistischen deutschen Staates einen historischen Fortschritt darstellt. Auch hier muß Werbelyrik („Ihr Leben erhält einen neuen Sinn") durch genaue historische Analysen ersetzt werden, was im Jahre 1968 politisch eher möglich ist als vor der Gründung der Großen Koalition, da einerseits die massiven Einengungen der Demokratie

in Westdeutschland, andererseits die Möglichkeiten zur Überwindung der spezifischen Anfangsschwierigkeiten der DDR immer deutlicher zum Vorschein kommen. Besser als ein abstraktes Anpreisen der DDR wäre eine konkrete Erläuterung der Plan- und betrieblichen Verwaltungsstruktur.

Warum muß die sozialistische Alternative eine Gefahr für den Kapitalismus und Imperialismus darstellen? Eine Antwort darauf vermöchte auch die westdeutsche Anti-DDR-Hetze zu erklären.

Es wäre auch gut, wenn in diesem Abschnitt zum Ausdruck käme, daß das Bestehen der DDR zwar zur Unterstützung für den Kampf der Sozialisten in Westdeutschland zu werden vermag, daß dieser Kampf aber nur Erfolg haben kann, wenn er selbständig geführt wird.

„Die abenteuerliche Bonner Großmachtpolitik"

Die Stellung der BRD innerhalb der internationalen imperialistischen Globalstrategie kommt nur ungenügend zum Ausdruck, insbesondere das Verhältnis BRD-USA wird zu kurz behandelt. Überflüssig ist wieder der Hinweis darauf, daß die Imperialisten die technischen Errungenschaften für ihre eigensüchtigen Zwecke „mißbrauchen".

Außerdem fehlt hier die Erläuterung, warum sich die Politik bestimmter Fraktionen der Bourgeoisie in der BRD gegenüber der DDR gewandelt hat. Die Bildung der Großen Koalition hatte mehr innen- als außenpolitische Voraussetzungen. Im Programmentwurf ist die Gewichtung umgekehrt.

„Parteien handeln gegen das Volk"

Hier wäre eine genauere Analyse der Entdemokratisierung des westdeutschen Parteiensystems — vom Bundeswahlgesetz von 1953 über das KPD-Verbot, den Abbau der innerparteilichen Demokratie bis hin zum Parteiengesetz von 1967 — zu wünschen. Von allen diesen Momenten wird nur das KPD-Verbot genannt.

3. Absatz: Auch hier werden die „rechten Führer der SPD" wieder personalisierend aus dem Kontext der Gesamtpartei und deren objektiver Funktion im Spätkapitalismus gelöst.

9. Absatz: Der Programmentwurf muß zur organisatorischen Form des Zusammenschlusses Stellung nehmen.

Die Funktion der SPD muß neu bestimmt werden, insbesondere als Disziplinierungsanstalt für ihre Mitglieder und die Gewerkschaften. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei der letztlich integrativen Wirkung des sog. „linken Flügels" zu widmen, wie sie auf dem Nürnberger Parteitag 1968 und anläßlich der Verabschiedung der Notstandsgesetze besonders deutlich geworden ist.

„Das Großkapital beherrscht Gesellschaft und Staat"

1. Absatz: Die Gegenüberstellung von a) einer kleinen Schicht von Millionären und b) den Millionen Werktätigen ist nicht differenziert genug. Innerhalb der „Millionen Werktätigen" müßte noch einmal genau unterschieden werden: Wie kommt es, daß die Mehrzahl der „werktätigen Schichten" sich mit dem kapitalistischen System identifiziert? Wie hoch ist der Identifikationsgrad der einzelnen Schichten? Ist die Manipulation durch die Springer-Presse der einzige Grund für die Iden-

tifikation, oder kommen soziale Gratifikationen für bestimmte Gruppen hinzu? Für welche Schichten deuten sich Tendenzen zur Auflösung der Identifikation an?

12. Absatz: Die Notstandsgesetze haben sozial-ökonomische und politische Ziele, nicht juristische. Sonst wäre die Polemik gegen sie — wie sie der Programmentwurf betreibt — moralisierend.

15. Absatz: Es wäre wirkungsvoller, die ultrareaktionäre Politik der Springer-Presse nicht nur zu behaupten, sondern sie z. B. an der Berichterstattung über Streiks und Demonstrationen zu erklären.

Der Hinweis auf den Bildungsnotstand artikuliert nicht das spezifische Interesse der Arbeiterklasse an besserer Ausbildung, das nicht identisch ist mit der heute intensiv auch von industriellen Kreisen erhobenen Forderung nach Bildungseinrichtungen, welche genügend Intellektuelle produzieren, um den unmittelbaren und kalkulierten Bedarf der kapitalistischen Wirtschaft zu decken, sondern objektiv darüber hinausgeht.

Reform des Bildungswesens bedeutet nicht Heranführen der Qualifikationsstruktur an die Bedürfnisse des Kapitalismus, wodurch dieser nur funktionsfähiger würde; den Interessen der abhängig Arbeitenden entspricht sie auf die Dauer nur, wenn sie als antikapitalistische Strukturreform angelegt ist.

18. Absatz: Die Zukunft „unseres" Landes wird nicht in den Schulen und Hörsälen entschieden, sondern in politischen und ökonomischen Auseinandersetzungen, etwa in den Betrieben zwischen Unternehmern und Arbeitern und — innerhalb und außerhalb der Betriebe — im politischen Kampf. Hier zeigt sich der bereits eingangs kritisierte technizistische Begriff von Fortschritt.

„Für die Umgestaltung der Bundesrepublik zu einem Staat der fortschrittlichen Demokratie und des Friedens"

3. Absatz: Dieser Absatz kann seinen Platz nur in einem Aktionsprogramm haben, das auch als ein solches gekennzeichnet ist. Kampf um Sicherung und Erweiterung der demokratischen Rechte, soziale Sicherheit und Frieden ist „erste Pflicht" der Sozialisten vielleicht in bestimmten konkreten Situationen, jedoch nicht für allezeit. Es fragt sich schon, ob der reine Defensivcharakter dieser Losungen selbst der Lage in Westdeutschland, wie sie heute ist, gerecht wird. Es sind Situationen denkbar, in denen andere Prioritäten gesetzt werden müssen. Hier wird wiederum die Vermengung von Aktions- und Grundsatzprogramm sichtbar.

„Die Bundesrepublik braucht Frieden und ein gutes Verhältnis zur Deutschen Demokratischen Republik"

Dieser Abschnitt ist in hohem Maße idealistisch. Hätte das Programm analysiert, weshalb die Bundesrepublik als spätkapitalistisches Land eine aggressive Außenpolitik treiben muß, dann würde es von demselben Staat nicht eine friedliche Außenpolitik verlangen, die nur möglich ist nach innenpolitischen Umwälzungen, die den Kapitalismus in der BRD beseitigen. Zwar braucht die Bundesrepublik „eine neue Außenpolitik" (8. Absatz; die gegenwärtigen Ansätze zu einer neuen Ostpolitik verändern nicht den aggres-

siven Grundcharakter der Bonner Außenpolitik, sondern entsprechen nur der veränderten Interessenlage von Teilen der westdeutschen Exportindustrie), aber der Programmentwurf muß zeigen, daß eine „neue Innenpolitik" die Voraussetzung dazu ist.

10. Absatz: Die Rüstung ist — das wird hier nicht gesehen — nicht nur ein militärischer, sondern auch ein ökonomischer Faktor. Wenn Kürzung der Rüstungsausgaben gefordert wird, dann müssen die gesellschaftlichen Partialinteressen genannt werden, gegen die eine solche Maßnahme verstößt; erst dann wird deutlich, daß eine radikale Kürzung der Rüstungslasten nur möglich ist nach vorangegangenen gesellschaftlichen Veränderungen, die nicht kampflos zu erreichen sind — anders, als dieser Abschnitt des Programms es nahelegt.

Zur Reduzierung der Bundeswehr: Gegen wen soll sich wohl die Bundesrepublik als ein weiterhin kapitalistisches Land mit ihrer Bundeswehr, deren Verminderung hier gefordert wird, verteidigen? Eine „Verteidigungstruppe" in der Bundesrepublik kann nur eine Verteidigungstruppe des westdeutschen Kapitalismus sein, und eine solche haben Sozialisten zu bekämpfen, gleichgültig, ob mit 12 oder 18 Monaten Wehrdienstzeit.

Alljährlich stellen Tausende von Jugendlichen Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer. Ihre Opposition hat sich in der letzten Zeit politisiert, insbesondere in einer Aktion zur Zurücksendung der Wehrpässe anläßlich der 3. Lesung der Notstandsgesetze. Diese Opppositionellen zogen die Konsequenz aus der neuen innenpolitischen Funktion, die die Notstandsverfassung der Bundeswehr zuweist. Will die KPD ihnen zumuten, sie sollten nur sechs Monate den Wehrdienst verweigern? An der Wehrpaßaktion beteiligten sich auch nichtsozialistische Gruppen (z. B. die Studentenorganisationen LSD und HSU). Hier wird besonders deutlich, wie weit an wichtigen Punkten die KPD hinter der sonstigen außerparlamentarischen Opposition nachhinkt.

Die Tatsache, daß der Entwurf des KPD-Programms schon vor der Verabschiedung der Notstandsverfassung vorgelegt wurde, kann nicht als Entschuldigung dienen, denn die Konsequenzen dieser Gesetze einschließlich der Rolle der Bundeswehr werden schon seit Jahren öffentlich diskutiert.

„Unser Volk braucht soziale Sicherheit"

2. Absatz: Die hier erhobenen wirtschaftspolitischen Forderungen — insbesondere nach Steigerung der Massenkaufkraft — werden auch von den Befürwortern des kapitalistischen Systems gestellt. Ein KPD-Programm muß unterscheiden zwischen den realen Bedürfnissen der abhängig Arbeitenden und dem kapitalistischen Interesse an einer gehobenen Endnachfrage zur Verhinderung von Absatzkrisen.

3. Absatz: Das „elementare Menschenrecht auf Arbeit" kann im Kapitalismus nicht gesichert werden (der Programmentwurf darf deshalb hier keine Illusionen wecken) und gilt im Sozialismus nicht absolut. Wie steht es da mit dem „Recht auf Faulheit"? Weiterhin ist darauf hinzuweisen, daß Rüstung eben im Kapitalismus nicht „sinnlos" ist.

4. Absatz: Auch in einem Aktionspro-

gramm sollte nicht nur defensiv Schutz der Arbeiter vor Automationsfolgen gefordert, sondern es sollten auch Wege aufgezeigt werden, wie die Möglichkeiten der Automation für die Arbeiter nutzbar gemacht werden können.
Die Forderung, den selbständigen Mittelstand zu fördern, muß präzisiert und unter den Bedingungen der Entwicklungstendenzen des Kapitalismus bedacht werden. Es geht nicht an, den Mittelschichten falsche Hoffnungen zu machen.
11. Absatz: Dieser Absatz wäre überflüssig in einem Programm, das deutlich macht, daß es nicht nur die amerikanische Kapitalherrschaft brechen will, sondern jede.

„Das Recht auf Bildung muß verwirklicht werden"
1. Absatz: Die „großen humanistischen Kulturtraditionen" werden für verbindlich erklärt, ohne daß diese ihre Verbindlichkeit begründet wird.
2. Absatz: Das Recht auf Bildung wird hier rein abstrakt postuliert. „Bildung" ist nicht immun gegen konkrete politische Inhalte und soll es nicht sein. Über diese Inhalte muß das Programm Aussagen machen.
6. Absatz: Was ist „humanistische Literatur und Kunst"? Es wird hier unhistorisch unterstellt, daß bürgerliche Kultur in allen geschichtlichen Phasen auch eine Kultur der Arbeiterklasse sein kann. Stattdessen sollte ein kommunistisches Parteiprogramm auch die Perspektive auf eine „Kulturrevolution" öffnen.
7. Absatz: Springer kann nicht isoliert enteignet werden. Es geht um die Zerschlagung des gesamten Manipulationsapparates, in dem der Springer-Konzern nur eine — wenn auch sehr bedeutende Rolle spielt.
Insgesamt müssen die Forderungen dieses Abschnittes präziser sein, etwa unter Heranziehung des Bremer Plans der GEW und der Denkschrift des SDS „Hochschule in der Demokratie".

„Für grundlegende demokratische Reformen"
1. Absatz: „... wenn nicht die Macht der Monopole gebrochen wird." Ein Programm müßte zeigen, *wer* dies kann und *wie* dies zu schaffen ist. Hier hilft nicht ein deklamatorischer Satz, hier sind mehrere Programmpunkte nötig.
4. bis 8. Absatz: Es muß deutlicher gemacht werden, daß die Mitbestimmung, die das Programm fordert, tendenziell nichts anderes bedeuten darf als die letzliche Entscheidungsbefugnis der Arbeitervertreter auf allen Ebenen. „Mitbestimmung" kann nicht das Endziel sozialistischer Politik sein. Ihr geht es auch nicht nur — wie im 4. Absatz behauptet — um die Absicherung des Lebensstandards etc. und um die Mitarbeit in einer friedliebenden Regierung.
21. Absatz: Reformen im Interesse der abhängig Arbeitenden werden niemals nur „antimonopolistisch" sein, sondern zugleich antikapitalistisch. Angesichts dieser Tatsache wird es kaum möglich sein, *allen* Mittelschichten zu versprechen, daß solche Reformen auch in ihrem Interesse liegen.

„Der Weg zum Sozialismus"
8. Absatz: Wird es die *einzige* Aufgabe einer außerparlamentarischen Bewegung sein, sich parlamentarisch zu transformieren?
9. Absatz: In welchen Punkten wird

das „Parlament" einer „sozialistischen Ordnung" noch Merkmale des heutigen Parlamentarismus tragen, wenn es doch ein „wirkliches Organ des Volkswillens" sein soll, nicht mehr ein kapitalistisches Herrschaftsinstrument? (Vgl. Lenin, „Staat und Revolution" zur Zerschlagung der alten Staatsmaschinerie.)
In diesem Abschnitt rächt es sich, daß in dem ganzen Programmentwurf kein einziges Mal die Formen der gewaltsamen Repression und Manipulation im Interesse des Kapitals in der BRD gründlich analysiert werden (Armee, Presse, Bürokratie, Parlamentarismus und ihr Zusammenspiel), wenn man sie auch einige Male deklamatorisch beim Namen nennt. Nur so ist die Illusion zu bewahren, daß ein „friedlicher" und noch dazu parlamentarischer Weg zum Sozialismus in der BRD möglich ist.

„Für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, für das demokratische Bündnis der Volkskräfte"
Was sind „Volkskräfte"? Wo sind sie zu finden in einer Gesellschaft, die ein kommunistisches Parteiprogramm doch wohl als eine Klassengesellschaft definieren müßte?

„Arbeitereinheit — Bedingung des Erfolgs"
Hier wird die Einheit als ein Desiderat *an sich* gefordert. Wer so wenig verlangt, kann eigentlich mit dem jetzigen Zustand zufrieden sein: es besteht eine Einheitsgewerkschaft und die politische Einheit der Arbeiterklasse ist weithin hergestellt, nämlich in der SPD. Wer die Einheit fordert, sollte vor allem ihren neuen politischen Inhalt definieren, und ihn vor allem. Er wird dann nicht umhin können, Aussagen über eine neue organisatorische Form dieser Einheit zu machen. („Born ... der es aber mit seiner Verwandlung in eine politische Größe etwas zu eilig hatte, ‚verbrüderte' sich mit Kreti und Plethi, um nur einen Haufen zusammenzubekommen, und war keineswegs der Mann, der Einheit in die widerstrebenden Tendenzen bringen konnte." Engels, Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten. 1885. In: Karl Marx, Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln. Berlin 1965. S. 9.)

„Die Verantwortung der Sozialdemokraten"
Die Trennung zwischen rechter SPD-Führung und der gutgläubigen SPD-Mehrheit ist schematisch. Die Frage wäre zu stellen, wie es kommt, daß die rechte angebliche Minderheit über die Mehrheit dieser Partei herrschen kann. Welche organisatorischen Konsequenzen sind daraus zu ziehen? Kommt es nur auf einen Führungswechsel in der SPD an? Wenn nein, welche organisatorische Alternative ist vorzuschlagen? Die Verfasser des Entwurfs unterliegen hinsichtlich der SPD denselben Illusionen wie hinsichtlich des Parlamentarismus: sie wollen eine — vorgeblich — neue Politik mit einem alten technischen Instrumentarium machen, dem lediglich die KPD als linker Flügel systemimmanent angegliedert ist.
In ein Aktionsprogramm gehören auch Angaben über die organisatorische Form der hier postulierten Zusammenarbeit zwischen Linkssozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten. Wie ist diese zu entwerfende Organisationsform zu entwickeln, damit den „linken" Sozialdemokraten eine organisatorische Alternative zur SPD

glaubhaft sichtbar gemacht werden kann?

„Die Verantwortung der Gewerkschaften"
Die Tatsache, daß der DGB immer noch Verhandlungen mit der DDR und dem FDGB ablehnt, zeigt, daß er sich nicht in das Schema einordnen läßt, das das KPD-Programm vorzeichnet.

„Arbeiter und Geistesschaffende"
Um der Gemeinverständlichkeit willen sollte man den etwas antiquierten Ausdruck „Geistesschaffende" durch den geläufigeren „Intellektuelle" ersetzen. Die Bedeutung der Intellektuellen in der außerparlamentarischen Opposition und die Form, wie sie in dem Programm abgehandelt werden, stehen in keinem Verhältnis zueinander. Zu zeigen, daß die Wissenschaftler und Techniker auch Objekt kapitalistischer Ausbeutung sind, genügt nicht, es müßte ihre wachsende Bedeutung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß deutlich gemacht werden, es muß gezeigt werden, daß Wissenschaft eine Produktivkraft ist, ebenso ist die Bedeutung von Wissenschaft und Technik im bürgerlichen Repressionsapparat zu zeigen.

„Arbeiter, Bauern und städtische Mittelschichten"
Dieser Abschnitt enthält die problematischsten Thesen des Entwurfs. Die Bauern sollen ihre Organisationen als „Kampforganisationen verstehen". Durch ein illusionäres „Verstehen" werden diese Organisationen noch lange nicht umfunktioniert. Ebenso „verstehen" die Mittelschichten, soweit sie kleinkapitalistische Mittelschichten sind, ihre Interessen gewiß besser als die Verfasser des Programmentwurfs: eine antikapitalistische Politik wird sich auf lange Sicht ebenso gegen die Interessen dieser Schichten wenden müssen, wie die objektive gesellschaftliche Entwicklung auch unter kapitalistischen Verhältnissen den Bedürfnissen dieser Schicht widerspricht. Ein KPD-Programm, das entschlossen die Interessen der Arbeiter vertritt und zugleich organisatorische Formen des Kampfes der Arbeiterklasse entwirft, wird es nicht nötig haben, Illusionen in zweifelhaften Bündnispartnern zu wecken.

„Kommunisten und Christen"
Ebenso wie das Programm bei der Analyse der SPD immer nur auf die Diskrepanz zwischen der schlechten Führung, die den Sozialismus verraten habe, und den braven, fortschrittlichen Mitgliedern der Partei hinweist, ohne die gesellschaftliche Funktion der Gesamtpartei im westdeutschen Kapitalismus zu untersuchen — ebenso geschieht dies bei der Kirche.
Außerdem ist es irreführend, daß man in den programmatischen Entwürfen sozialistischer Parteien immer noch den Pfaffenröcken progressive Funktionen andichtet und aus der Tatsache, daß diese ihre objektive Funktion heute entweder besser kaschieren als früher oder sie selbst nicht begreifen und in einigen Fällen auch nicht mehr zum *offenen* Kampf gegen den Sozialismus und die Interessen der Werktätigen aufrufen, die Konsequenz zieht, daß man sich nun mit ihnen verbünden könne. Angesichts der sich stets verschärfenden Widersprüche des kapitalistischen Systems, die das Programm doch selber konstatiert, kann die christliche Ideologie keinerlei unabhängige,

friedliche Rolle einnehmen; sie schlägt sich stets auf die Seite der irrationalsten Kräfte der Gesellschaft. Die Humanistische Union z. B. bekämpft schon lange die in der BRD seit 1949 funktionierende Allianz von christlicher Kirche und kapitalistischem Staat und kennzeichnet die Priester und ihre Anhängerschaft als das, was sie sind anzusehen, nämlich als Sprachrohr der reaktionärsten gesellschaftlichen Kräfte. Auch hier müßte die KPD zumindest gleichziehen.

„Die Arbeiterbewegung und die junge Generation"
Dieser Abschnitt ist rein deskriptiv. Es müßte Stellung genommen werden zu konkreten Aktions- und Organisationsformen der opponierenden Jugendlichen (AUSS- SDS, Bremer Straßenbahnaktionen etc.).
4. Absatz: Die Unruhe der Jugendlichen ist hoffentlich nicht „gesund"; die Jugend „ringt" nicht, und schon gar nicht um „Ideale". Solange der Programmentwurf in dieser Weise den opponierenden Jugendlichen den Materialismus streitig macht, darf er nicht behaupten: „Wir Kommunisten verstehen die Jugend", denn alle diese antiquierten Begriffe sind Ausdruck einer gesellschaftlichen Realität, gegen die die Jugendopposition ja gerade anrennt!

„Die Frauen im demokratischen Kampf"
Der letzte Absatz dieses Abschnitts beruft sich auf Clara Zetkin. Dabei läßt die Behandlung des Themas hier einige der wichtigsten Grundsätze von Clara Zetkin vermissen, die immer wieder darauf hingewiesen hat, daß die Klassenschranken auch die Frauen voneinander trennen, daß „Emanzipation" für eine bürgerliche Frau etwas anderes bedeutet als für eine Proletarierin und daß die proletarischen Frauen sich nur emanzipieren können, wenn sie sich als Arbeiterinnen befreien. Im Programmentwurf wird das Thema der Emanzipation der Frau jedoch rein deskriptiv abgehandelt.

„Das demokratische Bündnis aller Volkskräfte"
Welchen Klassencharakter und welches Ziel hat die „Gesamtbewegung"? Wodurch unterscheiden sich die Kommunisten von ihren Partnern in der „Gesamtbewegung"? Ist das Bündnis Ziel oder Etappe? Welche weiteren Etappen müssen anvisiert werden? Welchen Klassencharakter hat die anzustrebende „Demokratie"?

„Die KPD und die internationale kommunistische Bewegung"
Wichtiger als die Darlegung der quasi „außenpolitischen" Beziehungen der KPD zu anderen kommunistischen Parteien wäre hier die Bemühung um eine Theorie des internationalen Klassenkampfes, die vor allem reflektiert, welche Wechselbeziehungen sich zwischen den Emanzipationskämpfen der Dritten Welt und möglichen politischen Entwicklungen in den kapitalistischen Ländern ergeben und welche innenpolitischen Konsequenzen eine KPD in der Bundesrepublik daraus zu ziehen gedenkt. Es müßte das Verhältnis von friedlicher Koexistenz und internationalem Klassenkampf geklärt werden.
7.—9. Absatz: Die Differenzen zwischen sozialistischen Ländern werden in diesem Abschnitt nur vage angedeutet, nicht exakt beschrieben. Die Unschärfe der Formulierungen weckt

den Verdacht, daß sie eine Politik decken sollen, die — in Analogie zur innenpolitischen Bündnispolitik — auch außenpolitisch einem Einheitsfetisch huldigt.

REPUBLIKANISCHE HILFE

6 Frankfurt am Main
Wilhelm-Hauff-Straße 5 · Telefon 77 60 68
Konto: Dresdner Bank, Frankfurt/M., 282 880

Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Freunde!

Gerichte und Staatsanwaltschaften in der BRD ermitteln zur Zeit gegen mehr als 800 junge Arbeiter, Schüler und Studenten wegen politischer Delikte. Die ersten Verurteilungen zu Gefängnisstrafen, zum Teil ohne Bewährung, liegen bereits vor. Obrigkeitsstaatliche Strafbestimmungen, Schadenersatzansprüche, fristlose Kündigungen und Disziplinarverfahren sind offenbar die einzige Antwort der Administrierenden auf politisch brennende Fragen.

Durch juristische Repressionen sollen die demokratisch Engagierten in die private Isolierung getrieben und zum Schweigen gebracht werden. Wir müssen in unmittelbarer Zukunft noch mit einer Unmenge von Verfahren rechnen.

Jedes Verfahren kostet viel Geld. Selbst wenn keine Verurteilung zustandekommt, müssen die Freigesprochenen für Anwaltskosten aufkommen oder erleiden Verdienstausfall.

In Frankfurt am Main hat sich das Kuratorium „Republikanische Hilfe" konstituiert, das die demokratische Öffentlichkeit über die zahlreichen juristischen Repressionen, der die Opposition in der Bundesrepublik Deutschland ausgesetzt ist, informieren will und zu gleicher Zeit die Betroffenen durch Bereitstellung personeller, organisatorischer und finanzieller Mittel unterstützen will.

Das Kuratorium hat einen Rechtshilfefonds eingerichtet, aus dem die notwendigen finanziellen Mittel für die juristische Hilfe zur Verfügung gestellt werden; über die Verwendung der Mittel legt das Kuratorium öffentlich Rechenschaft ab.

Wir bitten dringend um Spenden, ganz besonders um einen regelmäßigen Beitrag, weil wir über längere Zeit hin mit Verfahren rechnen müssen.

Solidarität kann und muß sich heute zeigen in konkreter Unterstützung derjenigen, die stellvertretend für die gesamte Oppositionsbewegung persönlich bedroht werden.

Mit solidarischen Grüßen

Kuratorium: Dr. F. Benseler, RA H. Hannover, Inge Hornischer, RA H. Mahler, Dr. K. Meschkat, Helmut Schauer, Dr. J. Seifert, Klaus Vack, Karl Dietrich Wolff.

Auszug aus der Satzung: § 6. Das Kuratorium richtet einen Rechtshilfefonds ein, aus dem Betroffene aus politischen Verfahren unterstützt werden. Über die Verwendung der Gelder entscheidet das gesamte Kuratorium. Dieses ist verpflichtet die Öffentlichkeit insbesondere die Spender eingehend über die Verwendung zu unterrichten. § 7 Die Vereinigung arbeitet mit lokalen Einrichtungen ähnlicher Art zusammen und informiert und unterstützt diese.

neue

Frank Wolff — Organisation: Emanzipation und Widerstand / Joscha Schmierer — Bemerkungen zur Organisationsfrage / Bernd Rabehl — Der SDS und die Strategie der direkten Aktion in Westeuropa / Rechenschaftsbericht des Bundesvorstands zur 23. o. Delegiertenkonferenz des SDS / Der SDS-Heidelberg 1967/68 / Der SDS als Hochschulorganisation: Zur Beziehung von Projektgruppe und Hochschulrevolte in Frankfurt / Autoritäres Verhalten und autoritäre Strukturen im SDS / Das Modell der drei Ebenen und zwei Räte / Resolution über den strategischen Stellenwert der technischen Intelligenz / Diskussionspapier der Initiativgruppe medizinischer Arbeiter in Westberlin

kritik

Oktober 1968

50

Wenn es
um
Drucksachen
geht

sei es
des Termines
oder der
Qualität wegen

DRUCKEREI
ALFRED W. DUNKER

6 Frankfurt am Main
Lange Straße 31
Telefon 28 25 64